P R O T O K O L L

über die 24. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 1. April 1982, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Festsaal (Gemeinderatsitzungssaal).

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

VI Z E B Ü R G E R M E I S T E R :

Heinrich Schwarz
Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Rudolf Fürst
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner
Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Karl Feuerhuber
Walter Heumann
Karl Hochrather
Karl Holub
Wilhelm Kern
Walter Köhler
Herbert Lang
Hermann Leithenmayr
Otilie Liebl
Johann Manetsgruber
Franz Mayr
Rudolf Pimsl
Josef Radler

Friedrich Reisner

Erich Sablik

Erwin Schuster

Herbert Schwarz

Ernst Seidl

Rudolf Steinmassl

Franz Steinparzer

Otto Tremel

Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Magistratsdirektor-Stellvertreter

Senatsrat Dr. Franz Knapp

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

TAR. Ing. Wolfgang Grassnigg

OAR. Walter Kerbl

Rechnungsdirektor Oberamtsrat

Ludwig Stary

Stadtbaudirektor OSR. Dipl. Ing.

Otto Ehler

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 Stadtstatut. (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei).

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS:

Präs-782/81	Ankauf von 300 Stk. Bildbänden "Steyr" vom Gutenbergverlag (Restauflage).
Ha-490/82	Gesellschaft Österreichischer Kinderdörfer; Gewährung einer Subvention.
Pol-186/82	Österr. Zivilschutzverband, Landesleitung Oberösterreich; Gewährung einer Subvention.
Erlaß	
Wa-3303/67	Schreibpegel Zwischenbrücken; Ankauf von Diagrammrollen.
Wa-880/74	Kanalisation Wehrgraben; Maßnahmenkatalog des Büros Dipl. Ing. Flögl; Ansuchen um Mittelfreigabe für 1982.
GHJ1-1285/82	Ersatzbeschaffung einer elektrischen Schreibmaschine für das Standesamt.
GHJ1-1396/82	Ankauf eines Dienstkraftwagens (Ersatzbeschaffung).
ÖAG-761/82	Brunnenschutzgebiet; Refundierung von Ausgaben für 1981.
Stadtwerke	
Wa-1452/80	Sanierung des Ramingbaches; Freigabe der Mittel zur Abstattung des 30 %igen Interessentenbeitrages.
Bau6-1984/77	
Bau5-5200/77	Wohnanlage Resthof - Bauabschnitt II/C und II/D; Oberflurhydranten.
VerkR-2825/81	Neustifter Hauptstraße; Errichtung von Ausweichflächen; Entschädigung für Grundeinlöse und Bewuchs.
SH-267/82	Pflegemütter; Ehrung anläßlich des Muttertages.
Bau6-2165/81	Leopoldibrunnen am Stadtplatz; Einbau einer Umwälzpumpe.
Wa-5856/65	Stadtgutteich Gleink; Bodenschlammsondierung; Bodenschlamm- und Wasseranalyse.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Bau2-4520/81 Wettbewerb "Wehrgraben"; Kosten.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 2) ÖAG-2945/81 Verkauf eines Grundstückes an die Firma Musica.
- 3) ÖAG-1620/79 Verkauf eines weiteren Industriegrundstückes aufgrund einer Option an Alfred Ametz, Baustoffhandel, Steyr, Haratzmüllerstraße 65 b.
- 4) ÖAG-5876/81 Ankauf eines Grundstückes von Johann und Josefa Knogler.
- 5) ÖAG-3743/81
Stadtwerke Trinkwasserversorgungsanlage des Wasserverbandes "Region Steyr", Bauabschnitt 01; Ankauf der für die Errichtung der Brunnenanlage Tinsting, Gemeinde Garsten, erforderlichen Grundstücke.
- 6) GHJ2-462/79 Restaurant-Cafe-Theaterkeller; Übernahme des von Hildegard Wimmer angekauften Inventars.
- 7) GHJ2-147/82 Gemeindeeigenes Objekt Wagnerstraße 2 - 4; Instandsetzungsarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 8) Buch-6500/81 Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1981.
- 9) Buch-6500/81 Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1981 und Entnahme und Zuführung an die Rücklage.
- 10) ÖAG-5107/81 Kaufverträge der Stadt mit Brunhilde und Dipl. Ing. Eberhard Neudeck, Ingeborg Löbl und Helga Lechner; Grunderwerbsteuer.
- 11) Bau6-1782/76 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Errichtung der Kläranlage Hausleiten; Verkauf der städtischen Grundparzelle 1163/2, KG Gleink, EZ 333 an den RHV.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

- 12) Buch-1757/82 Zentralaltersheim; Ankauf von Zimmereinrichtungen; Kreditüberschreitung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 13) ÖAG-364/82
Stadtwerke Neufestsetzung der Tarife für die städtische Bestattung.
- 14) ÖAG-1443/82
Stadtwerke Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn; Verlustersatz 1981; Akontozahlung.
- 15) ÖAG-605/82
Stadtwerke Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke für 1982 gem. § 21 Abs. 1 Z. 3 FAG 1979.
- 16) SH-266/82 Einkommensschwache Personengruppen; Brennstoffaktion 1982.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 17) Bau3-3956/81
Bau6-3957/81 Aufschließung Hofgründe; Straßen- und Kanalbau.
- 18) Bau6-4206/81 Kanal Reithoffergasse; Ansuchen um Mittelfreigabe.
- 19) Wa-5114/81 Sanierung des St. Anna-Wehres.
- 20) Bau5-4743/80 Resthof II/B/1; Herstellung der restlichen Außenanlagen bzw. Gartengestaltung.

21) Bau6-1425/82 Resthof II/C; Herstellung des Marktplatzbrunnens.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

22) Bau3-3360/81 Fußgängerübergang Altgasse - Hangsanierung; Restabwicklung.

23) Bau3-6690/81 Hangsanierung Lauberleite.

24) Bau6-6488/76 Kanalisierung Münchenholz; Wiederherstellung der Straßenflächen.

25) Bau6-6501/81 Neue Welt-Gasse; Straßen- und Kanalbau.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Werte Anwesende, ich begrüße Sie zur ordnungsgemäß einberufenen Gemeinderatsitzung. Sie ist öffentlich und die Unterlagen dazu wurden zeitgerecht und ordnungsgemäß zugestellt. Es stehen eine Reihe Punkte zur Behandlung und Sie haben die dazugehörigen Amtsberichte bzw. Antragsformulierungen vor sich liegen. Ich darf auch die Entschuldigungen für heute bekannt geben. Infolge Erkrankung und teilweise Kuraufenthalt sind Frau Stadtrat Kaltenbrunner, Stadtrat Zöchling und Gemeinderat Mausz heute abwesend. Die Protokollprüfung für diese Sitzung wird den Herren Gemeinderäten Leithenmayr und Tremml übertragen. Wie zu bemerken ist, sind die beiden Herren mit dieser Funktion einverstanden.

Anfragen zur heutigen Sitzung liegen nicht vor, so daß ich überleiten kann zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Vorher noch ein kleiner Hinweis, es war notwendig, diese Improvisation vorzunehmen, was natürlich für den Gemeinderat nachteilig ist, und zwar insofern, weil hier keine Tische vorhanden sind, um sich eventuell Notizen machen zu können. Ich bitte Sie für diesen Umstand um Entschuldigung, aber uns war nicht bekannt, daß heute eine Schülergruppe im Zuge des Unterrichts für politische Bildung anwesend sein wird. Hätten wir es früher gewußt, hätten wir vorsorgen können. Das ändert aber nichts daran, daß wir trotzdem die Tagesordnung wie geplant abwickeln werden.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters gleich vorweg die Nachricht, die Ihnen zweifelsohne aus der Presse bekannt sein wird, daß nach sehr intensiven Bemühungen es gelungen ist, die drohende Gaspreiserhöhung für das Jahr 1982 abzuwenden. Hier haben sich einerseits Gespräche bei Bundesminister Staribacher und andererseits gemeinsame Verhandlungen der drei Präsidenten, Trauner, Schmidl und Lehner, seitens ihrer Institutionen sehr günstig ausgewirkt und ich hatte auch persönlich Gelegenheit, bei einer Intervention bei Bundesminister Staribacher dabei zu sein und den Standpunkt der Stadt Steyr darzulegen. Wir haben auf Grund dieser nunmehrigen Regelung für heuer keine Erhöhung zu erwarten, obwohl die öö. Ferngas natürlich von der RAG entsprechende Mehrpreise zu erwarten hat. Es ist auch zu keiner Nachforderung gekommen aus der Erdgaslieferung für 1981. Das ist der erste Punkt.

Zweitens ebenfalls etwas Erfreuliches. Es ist gelungen, zu den ursprünglich mit 11 Mill. dotierten Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindereferat des Landes Oberösterreich, Landeshauptmann-Stellvertreter Hartl, nunmehr noch 2 Mill. Schilling zu erhalten. Wir werden daher heuer nicht 11 sondern 13 Mill. Schilling an Bedarfszuweisungen erhalten. Diese verständnisvolle Haltung verdient die nötige Erwähnung.

Nun zur dritten Mitteilung. Ich habe, wie Sie wissen, am 20. Jänner bei einem Gespräch mit Dr. Ratzenböck auf die Misere beim Landeskrankenhaus hingewiesen betreffs der dortigen Parkplätze. Nunmehr, wie ich mich vergewissern konnte, sind alle Arbeiten so weit im Gange, daß wir damit rechnen dürfen, daß in absehbarer Zeit diese Parkplatzsituation bereinigt ist. Ein diesbezüglicher Brief des Herrn Landeshauptmannes und auch einer von Landeshauptmann-Stellvertreter Possart in der Richtung ist beim Magistrat Steyr eingelangt. Es hat lange gedauert, aber wie Sie sehen, Interventionen solcher Art haben doch bei nötiger Hartnäckigkeit Erfolg.

In einer Aussprache mit Herrn Landesrat Winetzhammer ist es gelungen, eine gemeinsame Vorgangsweise bei der Konzeption einer Nordspange von Steyr über die Enns bei Haidershofen zur geplanten S 37 zu erhalten. Es wird also hier in einer Gesamtplanung sowohl die S 37 als auch die Brücke der Nordspange mit dem Zubringer nunmehr betrieben. Ein Gespräch mit Bautenminister Sekanina in der Sache und diesbezüglicher Briefverkehr bestätigt auch die Unterstützung des Ministeriums. Allerdings wird vermutlich auch auf Grund dieser neuen Trassierung, die sich ergibt aus einer Zählung der Verkehrsfrequenzen, wobei dieser Strang ganz besonders starke Frequenzen aufweist, es so sein, daß von Steyr bis zur Einbindung dieser Nordspange so eine zweispurige Regelung getroffen wird, wie bei der Nordspange selbst und ab der Einbindung in den Knoten, der erst neu geplant werden muß, in vierspuriger Ausführung die Weiterführung erfolgen wird. Die Wohnbaugespräche, die für Dienstag, 6., vorgesehen waren, wurden verschoben auf Anfang Mai, so daß ich darüber nichts Neues berichten

kann.

Hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse der BMW-STEYR-Motorengesellschaft kann ich sagen, es hat sich der Titel insofern geändert, daß diese nunmehr eine 100 %ige Tochter von BMW München ist, und zwar durch die Vertragsänderung, daß sich Steyr-Daimler-Puch aus dem Unternehmen in Steyr vollständig zurückgezogen hat und in einer Sondergesellschaft für Entwicklungsfragen mit BMW zusammen versucht, das leider für 1985 nicht verwirklichtbare Projekt des M 1-Motors in dieser Sparte so weit zur Serienreife zu bringen. In einem Gespräch mit dem Vorstandsdirektor von BMW München und dem hiesigen Vorstandsvorsitzenden, einerseits Herrn Direktor Doppelfeld, andererseits Dr. Büchlhofer von Steyr, wurde uns versichert, daß trotzdem keinerlei Abänderung des Unternehmenszieles eintritt. Allerdings muß nun ein Ersatz für das nun nicht mehr zum Tragen kommende M 1-Motorprojekt, das 40 % der Grundfläche des gesamten Betriebsareals ausgemacht hätte, gesucht werden, so daß auch nicht vor 1985 mit neuen Produkten in der Fertigung zu rechnen sein wird.

Die Prognostizierung der Arbeitsplätze bleibt so wie vorgesehen, die Wohnprobleme behandeln wir über die Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch AG mit BMW Steyr. Im großen und ganzen haben Gespräche des Bundeskanzlers in München beim BMW-Vorstand stattgefunden und auch ein Briefverkehr, der uns seitens des Landeshauptmannes zugegangen ist, haben bestätigt, daß unsere Ansicht auch von dort aus geteilt wird, nämlich, daß BMW potent genug ist, uns die Garantie zu gewähren, daß hier der Betrieb in Steyr in der geplanten Form weiter fortgeführt wird und letzten Endes auch zum Vollausbau kommen kann.

Ich darf noch darauf verweisen, daß mir ein Brief zugegangen ist des Herrn Prof. Dr. Roland Rainer, Präsident des österreichischen Kunstsenates, und von Assistenten der Kunstakademie und der Technischen Universität. Wir haben Herrn Prof. Rainer unverzüglich eine Antwort zugesendet, weil in diesem Brief eine für uns völlig unverständliche Formulierung enthalten ist, daß anstelle des Wehrgrabenkanals eine Straße gebaut werden soll. Näher darauf einzugehen, erübrigt sich, weil ich später zu diesem Punkt noch einiges sagen werde.

Eine Mitteilung noch an die Damen und Herren des Gemeinderates. Ich erhalte laufend Briefe und Karten mit Dankschreiben von Jubilaren, die 80, 85, 90 bzw. 95 Jahre alt geworden sind und von der Stadtgemeinde ein Geschenkpaket bekommen haben, oft auch mit Zusatzpräsenten, wenn es sich um 95jährige und ältere handelt. Es ist mir nicht möglich, alle zu verlesen, vielleicht ist aber der Name Koppelhuber in Steyr noch sehr vielen in Erinnerung. Die Frau des längst verstorbenen Architekten Franz Koppelhuber schrieb mir ebenfalls, und das möchte ich stellvertretend für alle Schreiben, die an mich bzw. an den Gemeinderat gemeinsam ergehen, vorlesen:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Mit Ihren so überaus aufmerksamen Glückwünschen zur Vollendung meines 85. Lebensjahres haben Sie mir eine große Freude bereitet. Es ist mir ein aufrichtiges und tiefes Bedürfnis, Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, herzlichst zu danken. Bei dieser schönen Gelegenheit möchte ich nicht versäumen, zum Ausdruck zu bringen, daß ich im Altenheim der Stadt allerbestens untergebracht und versorgt bin.

Es dankt tief bewegt, Ihre Koppelhuber Luise."

Meine Damen und Herren, abschließend noch eine Mitteilung, die sicherlich für uns von weittragender Bedeutung ist. Es hat gestern mit Vertretern des Bundesministeriums für Unterricht am Vormittag eine Verhandlung im Rathaus stattgefunden, wobei der Gegenstand der weitere Ausbau unserer schulischen Einrichtungen war. Es ist bekannt, daß die Stadt im Sinne der Wehrgrabenentwicklung die neue Schule für die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen im Wehrgraben errichtet und daß nunmehr dadurch auch eine Übersiedlung der BBAK von der Werndlstraße in den Wehrgraben nach Fertigstellung dieser Schule erfolgen wird. Umgekehrt hat sich zwischenzeitlich die drei- und vierjährige Frauenberufsschule auf eine fünfjährige Maturaschule entwickelt, was nunmehr verlangt, daß auch diesem Schultyp erhöhte Aufmerksamkeit zugeht, weil damit auch das Weiterstudium möglich ist. Für diesen Schultyp war ursprünglich nur eine Adaptierung der HAK und HASCH vorgesehen und nunmehr wird ein Zubau erfolgen in einer Größenordnung von etwa 7 - 8 Mill. Schilling, um hier ausschließlich diese höhere Frauenberufsschule un-

terbringen zu können. Damit tritt eine Entlastung im HAK-Gebäude ein und die neue Schule hat auch andere Voraussetzungen zum Lehrbetrieb.

Die zweite Entscheidung, die gestern getroffen wurde, betrifft den Neubau der Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen im Wehrgraben und hier wurde auch entschieden, auf Grund der allgemeinen schulischen, politischen Entwicklungen, dort ebenfalls auf eine fünfjährige Schule mit Maturaabschluss aufzustocken – die Organisationen dazu sind bereits im Gang, so daß bereits jetzt der Bau von 4 Klassen mehr erforderlich wird. Das muß jetzt im Rohbauzustand bereits erfolgen, damit es nicht später zu weiteren Umbauten kommen muß. Die Aufstockung dieser Schule ist berechnet mit einem Kostenaufwand von etwa 4 – 4,5 Mill. Schilling. Das Erfreuliche daran ist, daß es gelungen ist, daß der Bund die Gesamtkosten dieser Mehraufwendungen von 10 – 11 Mill. Schilling nunmehr selbst übernimmt und das in einer Neugestaltung der Leasing-Verträge, die die Stadt Steyr mit dem Unterrichtsministerium abgeschlossen hat, seinen Niederschlag finden wird.

Schließlich noch ist die Grundsatzentscheidung getroffen worden, wenn im Wehrgraben-gebiet zu dieser Schule, der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen, ein Turnsaal zur Errichtung kommen soll, daß der Bund einen Baukostenzuschuß von 50 % der anteiligen Baukosten übernehmen wird. Damit ist auch hier eine große Sorge von der Stadt Steyr in dieser Richtung, was die Finanzen betrifft, genommen.

Meine Damen und Herren, damit bin ich am Ende der Mitteilungen. Ich muß Ihnen nun auch die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis bringen, die Sie zeitgerecht erhalten haben und die gemäß § 51 Abs. 3 des Statutes hier nochmals zur Kenntnis zu bringen sind. Diese Anträge werden ja nicht mehr neu verlesen, da Sie ja bereits zu den entsprechenden Stadtsenatsitzungen zugestellt wurden. Ich bitte nur um Kenntnisnahme dieser Unterlagen und der getroffenen Entscheidungen.

Nun kommen wir zu den Verhandlungsgegenständen, die in der Tagesordnung aufscheinen. Bevor ich dazu komme, möchte ich darauf hinweisen, daß mir zu Eingang der Sitzung zwei Dringlichkeitsanträge vorgelegt wurden, einer der Sozialistischen Fraktion des Gemeinderates der Stadt Steyr, der mit den nötigen Unterschriften versehen ist. Es wurde hier kein Antrag auf Sofortbehandlung gestellt, er wird daher am Ende der Sitzung zur Behandlung kommen. Ein zweiter Dringlichkeitsantrag wurde seitens der ÖVP-Fraktion eingebracht. Auch hier ist mir nicht bekannt, daß er zur sofortigen Behandlung beantragt wurde.....

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Wir bitten um sofortige Behandlung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sofortige Behandlung? Meine Damen und Herren, wir nehmen darüber die Abstimmung vor. Wer ist dafür, daß dieser Antrag der ÖVP-Fraktion sofort in Behandlung genommen wird, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe?

Für den Antrag der ÖVP: 9 Stimmen ÖVP, 1 Stimme FPÖ (GR Eichhübl), 1 Stimme KPÖ.
Gegen den Antrag: 22 Stimmen SPÖ.

Der Antrag findet also nicht die Zustimmung. Er wird daher im Anschluß an die ordentliche Tagesordnung angefügt, so wie der Antrag der Sozialistischen Fraktion.

Damit sind meine Berichte so weit geregelt ...

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Bitte eine Frage zur Geschäftsordnung. Es ist mir unverständlich, wie jemand beschließen kann, über einen Antrag am Ende der Sitzung abzustimmen, wenn er inhaltlich gar nicht zur Kenntnis gebracht ist!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie müssen die Geschäftsordnung lesen, Herr Gemeinderat Holub: "Dringlichkeitsanträge § 6 der Geschäftsordnung: Eine Beschlußfassung über Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, ist nur im Falle der Dringlichkeit zulässig. Dringlichkeitsanträge

sind schriftlich einzubringen und müssen unter Einrechnung des Antragstellers von mindestens 6 Unterschriften des Gemeinderates unterstützt sein."

Diese Tatsache liegt vor 2. "Der Dringlichkeitsantrag ist am Schluß der Sitzung in Verhandlung zu nehmen, außer der Gemeinderat beschließt mit einer Mehrheit von 2/3 der Anwesenden", - diese wurde hier eindeutig nicht erreicht - "daß der Antrag sofort nach Bekanntgabe der Dringlichkeitsantrages durch den Vorsitzenden in Verhandlung zu nehmen ist. Über die Dringlichkeit entscheidet der Gemeinderat, dazu steht jeder Fraktion eine Wortmeldung zu."

Die Dringlichkeit wird aber erst am Schluß behandelt. Über die sofortige Behandlung ist jetzt zu entscheiden, das ist geschehen. Geschäftsordnungsmäßig sehe ich hier überhaupt keinen Widerspruch. Die Wortmeldungen, die jeder Fraktion zustehen, werden dann bei der Behandlung des Antrages berücksichtigt. Ich sehe hier also keine Widersprüche zur Geschäftsordnung.

Nachdem die Abstimmung schon erfolgt ist, die Zweidrittelmehrheit für die Sofortbehandlung nicht erreicht wurde, wird der Vorgang, so wie vorhin erwähnt, am Ende der Sitzung vor sich gehen.

Ich bitte nun Kollegen Schwarz, den weiteren Vorsitz zu übernehmen, damit ich meinen Antrag zum Vortrag bringen kann.

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister, zum Tagesordnungspunkt "Wettbewerb Wehrgraben" um die Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, uns liegt ein Antrag vor, den der Stadtsenat in seiner Sitzung am 25. Februar mit Dringlichkeit verabschiedet hat. Bevor ich den Antragswortlaut bekanntgebe, darf ich noch einige Hinweise dazu geben, die vielleicht zum besseren Verständnis dieses Antrages dienen können.

Am 24. November vergangenen Jahres fand eine nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates statt, so wie wir diese Sitzungen des öfteren im Jahr abhalten, um Probleme, die anstehen oder einer Behandlung zugeführt werden sollen, zu prüfen, zu diskutieren und in einer Sachentscheidung im Gemeinderat erledigen zu können. In dieser Sitzung am 24. November haben wir den Vorschlag unterbreitet, zu den Untersuchungen und Studien, die seinerzeit Prof. Hierzegger mit seiner Studentengruppe aus Graz über den Wehrgraben gemacht hat und über die Altstadtuntersuchung, eine weitere Alternative zu bekommen durch die Wissenschaftler Semsroth und Sackmayer, die auch von der Offenhaltung des Gerinnes ausgegangen sind. Dabei wußten alle, - das ist heute noch existent - daß die Antragslage, die Beschlußlage, also die ganze Situation der Bescheide und auch - auch das muß man herausheben - die Finanzierungsfragen ganz anders lauten. Alle diese Dinge gehen aus vom Beschluß des Gemeinderates aus 1972 und den Folgebeschlüssen auf Auffüllung des Wehrgrabengerinnes und Verlegung eines großen Abwassersammeler-Kanals. Um hier eine Alternative zu bekommen, die aufbaut auf dieser Rechtsgrundlage und auf dieser Finanzierungsgrundlage, haben wir uns damals geeinigt, daß wir einen Architektenwettbewerb oberösterreichweit ausschreiben und uns dabei der Ing.-Kammer über die Sektion Architekten bedienen. Ausgelöst wurde dieser Gedanke dadurch, daß im Herbst des vergangenen Jahres die Sektion Architekten der Ing.-Kammer für OÖ. in Steyr eine Versammlung abgehalten hat, mich zur Teilnahme einluden. Dort wurde ziemlich heftig Beschwerde darüber geführt, daß die Städte überhaupt sich nicht der Ideen und Gedanken privater Architekten bedienen, sondern ausschließlich im eigenen Wirkungsbereich architektonische Lösungen suchen. Ich konnte sagen, daß wir in Steyr anders vorgehen, denn in Steyr haben wir uns bei allen Bauwerken der letzten Jahre immer wieder heimischer Architekten bedient und wie man aus den Erfolgen der Stadtentwicklung erkennen kann, sicher nicht zu unrecht. Als der Gedanke eines Ideenwettbewerbes auftauchte, habe ich sofort mit Dipl. Ing. Hinterwirth Kontakt aufgenommen und ihn gefragt, ob die Architektensektion Interesse an einer solchen Ausarbeitung hätte. Daraufhin wurde ein sehr bejahendes Gespräch begonnen, an dem auch Architekt Dipl. Ing. Wertgartner aus Linz, der für Ausschreibungsgrundlagen scheinbar der Experte dieser

Sektion ist, teilnahm. Das Ergebnis war sehr positiv und die Herren haben sich bereit erklärt, diese Ausschreibungsgrundlagen zu erarbeiten und dann zur Verfügung zu stellen. Es hat nicht sehr lange gedauert, da hat uns Dipl. Ing. Hinterwirth angerufen und erklärt, diese Aufgabe sei so groß, daß sie eigentlich doch eher an einen Auswärtigen zu übergeben sei, und daß ein Studienkollege von Dipl. Ing. Hinterwirth, Architekt Dipl. Ing. Kunze aus Wien, der z. B. auch bei den Donauauen der Ausschreiber dieser Unterlagen war, sich als geeignet und besonders prädestiniert für diese Sache findet und er auch bereit wäre, diese Ausschreibungsunterlagen zu erstellen. Seitdem sind die Kontakte im Laufen und wir waren dann natürlich gezwungen, entsprechende Vorleistungen zu erbringen, weshalb es zum Antrag in der Stadtsenats-sitzung am 25. Februar gekommen ist. Am gleichen Tag hat eine Präsidialsitzung stattgefunden, wo diese Frage zur Erörterung kam. Zwischenzeitlich haben wir parallel dazu, um auch etwas über die Finanzierung zu wissen, das Wasserbauten-Planungs-institut Dipl. Ing. Flögl in Linz damit beauftragt, eine Studie anzustellen, wie hier die eine oder andere Variante sich kostenmäßig auswirken könnte. Am 25. Februar wurde diese Differenz im Präsidium berichtet, dort hat es auch geheißen, daß eben diese so groß ist, daß man darüber reden wird müssen. Das dazu.

Am 2. März hat eine neuerliche Gemeinderats-Informationssitzung stattgefunden, zu der die Damen und Herren des Gemeinderates sämtliche Unterlagen dieser Flögl-Untersuchung erhalten haben und wo eine Differenz zwischen Auffüllen und Offenhalten des Wehr-grabenkanal-Gerinnes von 50 Mill. ausgewiesen wird. Daher auch die Alternative, von der Bescheidlage ausgehend, Ideenwettbewerb von den Rechtsgrundlagen, von den rechtlichen Normen und nicht von Utopien oder irgendwelchen Wünschen. Wir können ja nicht Geld investieren, das ist ja nicht unerhebliches Geld, es ist jetzt gerade eine Untersuchung angestellt worden und wir wissen, daß es nahezu an 2 Mill. heranreicht. Man kann nicht immer nur untersuchen, man muß auch einmal eine Grundlage dazu be-sitzen, wie es weitergeht.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, stelle ich den Antrag des Stadtsenates:

1) Bau2-4520/81

Wettbewerb "Wehrgraben"; Kosten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 15. 2. 1982 wird zum Zweck der Durch-führung des "städtebaulichen Wettbewerbes Wehrgraben" mit einem nach Bezahlung des mit Bürgermeisterverfügung vom 11. 2. 1982 bereits freigegebenen Betrages von 72.500 S verbleibenden Gesamtkostenaufwand von S 1,127.300,- der Betrag von

S 307.500,-- (Schilling dreihundertsiebentausendfünfhundert)

bei VSt 5/3630/0020 freigegeben und eine Kreditüberschreitung bei derselben VA-Stelle in Höhe von

S 819.800,- (Schilling achthundertneunzehntausendachthundert)

bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu er-folgen.

Die Bürgermeisterverfügung vom 11. 2. 1982, mit der Herr Architekt Dipl. Ing. Hel-mut Kunze, Klosterneuburg, mit der Abwicklung des "städtebaulichen Wettbewerbes" beauftragt und eine Akontozahlung von S 72.500,- auf das zu erwartende Gesamthonorar freigegeben wurde, wird hiemit unter einem nachträglich genehmigt.

Ich bitte die Damen und Herren des Gemeinderates, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag des Herrn Bürgermeisters. Ich habe bis jetzt drei Wortmeldungen vorliegen. Kollege Tremel ist der erste Debattenredner. Ich bitte um Entschuldigung, ich sehe heute die ÖVP-Mitglieder fast nicht.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie Sie sicher alle noch wissen, habe ich bereits in meiner Erklärung in der außerordentlichen Gemeinderatsitzung vor ungefähr einem Jahr darauf hingewiesen, daß die Taktik der SP-Mehrheit im Gemeinderat in der Wehrgrabenfrage die ist, ihre Auffassung, die sie festgelegt hat, durchzusetzen und ihre Pläne für eine Zuschüttung des Wehrgrabenkanales weiter offen bleiben. Die Stadt hat bereits meiner Meinung nach genug Geld, hunderttausende Schilling, für die Pläne und für den Maßnahmenkatalog ausgegeben und es steht bereits eine Reihe von Entscheidungshilfen zur Verfügung. Daher ist meine Fraktion gegen die Wettbewerbsausschreibung Wehrgraben mit einem Kostenaufwand von 1,2 Mill. S, wie dies eben der Herr Bürgermeister kundgetan hat. Diese 1,2 Mill. Schilling sind ja nicht in der Stadtkasse vorhanden, sondern können nur durch Darlehensaufnahme aufgebracht bzw. gedeckt werden. Der Stadtteil-Erneuerungsplan für den Wehrgraben von Sackmauer/Semsroth, die Grundlagen zur Stadterneuerung der Technischen Hochschule Graz, unter der Leitung von Hierzegger, sind beide sehr umfangreiche Studien und Grundlagen, und dienen uns voll und reichen aus für eine Entscheidungsgrundlage.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, in allen Büchern, die in der letzten Zeit erschienen sind, nimmt der Wehrgraben eine besondere Stellung ein mit seinem Gerinne. Zum Beispiel der Bildband von unserem Kollegen Walter Kerbl mit den herrlichen Farbbildern vom Wehrgraben, ebenso kann ich hier zitieren das Buch "1000 Jahre Steyr" so wie die neue Werbebroschüre der Stadt Steyr, die mit einer sehr großen Auflage in Österreich und in der ganzen Welt für den Wehrgraben, aber auch gleichzeitig für das Wehrgrabengerinne - das kann man auf dieser Broschüre deutlich sehen - wirbt. Der alte Wehrgraben mit dem Wehrgrabenkanal hat eine geschichtlich historische Bedeutung, das muß man immer wieder auch in diesem Kreis hervorheben. Die verzweigten Flußarme der Steyr hatten eine wesentliche Bedeutung bei der Entwicklung unserer Heimatstadt, nämlich der Arbeiterstadt Steyr. In der wassertechnischen Anlage liegen die Wurzeln des Beitrages vor allem der werktätigen Steyrer. Von diesem Wasserlauf, von diesem Gerinne und den historischen Werkanlagen am Kanal führt ein direkter Weg zu den heutigen großen Steyr-Werken. Der Wehrgrabenkanal ist daher eng verbunden mit dem Fleiß und der Tüchtigkeit der Steyrer Arbeiterschaft in der Eisenverarbeitung und war auch die wirtschaftliche Grundlage unserer schönen Eisenstadt Steyr. Durch Sanierung des historischen Teiles des Wehrgrabens mit seinem Gerinne soll meiner Meinung nach auf jeden Fall die Struktur erhalten bleiben. Das Altstadtkonzept von Hierzegger ist in seiner Art meiner Meinung nach auch richtungweisend. Das soll nicht nur Lektüre sein, sondern alle Steyrerinnen und Steyrer anregen, selbst mit Vorschlägen in Erscheinung zu treten, um gemeinsam mit den Verantwortlichen - hier ist offenbar der Gemeinderat gemeint - an der Lösung teilzunehmen. Diese Worte stammen nicht von mir, sie stammen vom damals neu gewählten Bürgermeister Franz Weiss, dies kann man im Vorwort zur Hierzegger-Studie nachlesen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Sie wissen, jene Kreise erweitern sich in zunehmendem Maß, die die Auffassung vertreten, man soll Maßnahmen im Gemeinderat treffen, die der Erhaltung des Gerinnes und der Sanierung des historischen Altstadtbereiches des Wehrgrabens dienen. Darunter verstehen wir, daß die Verlegung des Kanales nicht im Gerinne und damit dessen Zuschüttung erfolgt, sondern außerhalb. Auch die Kostenschätzung ist uns längst bekannt und wurde auch einleitend von Bürgermeister Weiss unterstrichen. Bereits Ende 1980 beschäftigte sich unser städtisches Bauamt damit und errechnete die Kosten bei Zuschüttung mit 30 - 40 Mill. Schilling und bei Weiterbestand des Gerinnes mit Gesamtkosten von 60 - 70 Mill. Schilling. Die Studie, die auch heute schon angeschnitten wurde von Flögl vom Februar 1982 kam ebenfalls auf Gesamtbaukosten bei Auflassung des Gerinnes von 35,5 Mill. Schilling und bei Erhaltung auf rund 64 Mill. Schilling. Auch hier zeigt sich wiederum deutlich, man muß nicht immer auswärtige Kräfte mit einbeziehen bei Erhebungen. Man sieht hier jetzt zum Vergleich, es hätten auch die Ziffern und Zahlen des städtischen Bauamtes ausgereicht, um zu wissen, welcher Kostenunterschied bei Zuschüttung bzw. Offenhaltung herauskommt.

Um der Bevölkerung weitere Kosten für Pläne und Studien zu ersparen, ist die KPÖ-Fraktion für die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses von 1972, nach dem der Kanal im Gerinnebett verlegt und der Wehrgrabenkanal zugeschüttet wird. Ich bin auch der Meinung, das Offenhalten oder Zuschütten des Wehrgrabenkanals kann und darf nicht durch einseitige Ausschreibung eines Architektenwettbewerbes entschieden werden. Die KPÖ-Fraktion betrachtet das Projekt Wehrgraben stets im Zusammenhang mit der längst fälligen Gebäudesanierung in der Altstadt. Die erforderliche Sanierung kann durch die Zuschüttung des Wehrgrabens auf Grund eines längst überholten Gemeinderatsbeschlusses vor 10 Jahren nicht gelöst werden. Ich bin der Auffassung, sogar das Gegenteil ist der Fall. Die Revitalisierung, die Erneuerung dieses Stadtteiles ist bei der Aufrechterhaltung des Gerinnes bautechnisch möglich, das führte auch das letzte Gutachten Flögls aus. Die erforderlichen höheren Baukosten müßten meiner Meinung nach vom Bund, von Land, Gemeinde und vor allem von den privaten Besitzern – damit meine ich auch die Steyr-Werke – getragen werden. Konkret trete ich dafür ein, für eine bessere Aufklärung der gesamten Steyrer Bevölkerung, und vor allem auch, daß man sie über die Kostenfrage informiert. Ich trete auch dafür ein, daß man den Fraktionszwang hier im Gemeinderat, bezogen auf das Wehrgrabenproblem, aufhebt, damit alle Gemeinderäte freie Entscheidungsmöglichkeiten bekommen. Weiters bin ich für die Durchführung einer Befragung der Steyrer Bevölkerung auf der Grundlage der Sanierung des Altstadtbereiches des Wehrgrabens. Ich glaube, auch der gesamte Gemeinderat wäre verpflichtet, und soll sich verstärkt bemühen in Zukunft, um mehr Finanzierungshilfen von Bund, Land und auch von den Steyr-Werken zur bekommen, zur Realisierung des Wehrgrabens und zur Erhaltung des Wehrgrabenkanales.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremel für seinen Beitrag. Nächster Sprecher ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, daß wir seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion diesem Antrag die Zustimmung nicht geben werden, und zwar deswegen nicht, weil wir gegen die Ausschreibungsmodalitäten für diesen Architektenwettbewerb sind. Vor allen Dingen lehnen wir die Auflage der Zuschüttung des Wehrgrabens ab, weil dadurch eine Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeit der teilnehmenden Architekten gegeben ist. Wir haben diese ablehnende Haltung bereits in der Informationssitzung, die vor kurzem stattgefunden hat, bekannt gegeben. Daß diese Ablehnung gerechtfertigt ist, beweist die Tatsache, daß sich inzwischen etwa 15 Vertreter von Vereinen aus dem Stadtgebiet Steyr, aus allen Bevölkerungsschichten, zu einem Proponentenkomitee zusammenschlossen, mit dem Ziel einer Vereinsgründung und in weiterer Folge zu erreichen, daß der Wehrgraben zwar selbstverständlich revitalisiert werden soll, aber unter der Voraussetzung der Offenhaltung des historischen Gerinnes. Dieses Interesse ist aber weit über die Bevölkerung der Stadt Steyr hinaus gegangen – ich erinnere an die Pressemeldungen in den verschiedensten Zeitungen in ganz Österreich, ich erinnere an die Rundfunk- und Fernsehmeldungen und Interviews. Ich möchte aber auch den Brief erwähnen, der an den Herrn Bürgermeister und an die Ingenieurkammer des Landes Oberösterreich ergangen ist, auch mit dem Anliegen, das historische Gerinne zu erhalten, den Wehrgraben zu revitalisieren. Diesen Brief hat eine ganze Gruppe von Professoren und Assistenten der Technischen Hochschule unterzeichnet. Ich darf aber auch in Erinnerung rufen, daß anläßlich einer Bürgerinitiative etwa 3500 Personen dafür unterschrieben haben, diesen Wehrgraben wohnenswert zu gestalten und vor allen Dingen das Gerinne zu erhalten. Ich glaube, daß diese Argumente so schwerwiegend sind, daß es uns gerechtfertigt erscheint, Sie, Herr Bürgermeister, aufzufordern, diese Auflage aus dem Architektenwettbewerb herauszunehmen und zu gewährleisten, daß diese Architekten frei entscheiden können. Ich glaube aber auch, daß es in Zukunft doch möglich sein müßte, daß schon im Interesse der Bewohner des Wehrgrabens eine Möglichkeit in Zusammenarbeit mit allen im Gemeinderat vertretenen Parteien geschaffen werden müßte, einen Maßnahmen-

katalog für die Revitalisierung des Wehrgrabens zu erarbeiten, im Interesse vor allen Dingen aber jener großen Bevölkerungskreise, die die Erhaltung des Wehrgrabenkanals wünschen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Als Nächsten bitte ich Kollegen Fritsch.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe interessierte Zuhörerschaft – ich glaube, Sie dürfen auch angesprochen werden, Ihr Interesse beweist ja auch das Interesse an den historischen Gegebenheiten unserer Stadt. Ich kann es mir an und für sich relativ leicht machen, denn meine beiden Vorredner, Kollege Tremml und Kollege Eichhübl, haben an und für sich einen wesentlichen Argumentationsschatz bereits vorweg genommen. Das heißt, daß eigentlich die Interessen der Angelegenheit Wehrgraben quer durch die Parteien, quer durch die Fraktionen gehen, mit einer einzigen Ausnahme, die es derzeit bisher der Schein ist. Das beweist aber auch, meine Damen und Herren, daß dieser Wehrgraben für uns Steyrer und in Steyr kein Politikum werden soll, sondern daß eine Entscheidung des Gemeinderates über das weitere Schicksal vom Sachzwang aber auch gleichzeitig von der historischen Notwendigkeit gekennzeichnet sein soll. Das beweist mir aber auch, daß Kollege Tremml in seinen Ausführungen auf die Befragung der Steyrer Bürger eingegangen ist, das beweist, daß Kollege Tremml auf die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses aus dem Jahre 1972 eingegangen ist. Das ist nebenbei und ich bin so frei, das vorher schon von meiner Fraktion zu erklären und zu sagen, der Inhalt unseres Dringlichkeitsantrages. Das beweist aber, meine Damen und Herren, daß ein Umdenken seit dem Jahre 1972 auf Grund der städtebaulichen, aber auch auf Grund der Erhaltung historischer, kultureller Werte eingesetzt hat. Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, daß man dieser wohlfundierten und berechtigten Meinung nicht nur einer kleinen Gruppe, sondern österreichweit, Rechnung tragen müßte durch diese Ihre Beschlüsse? Der heutige zur Beschlußfassung stehende Antrag beinhaltet dies sicherlich nicht, daß Sie der Meinung Rechnung tragen. Es ist heute ein Betrag von rund 1,2 Mill. dafür frei zu geben. Ich stehe im Gegensatz zur Meinung von Kollegen Tremml, daß das nicht sinnvoll verwendetes Geld sei, sondern ein solcher Architektenwettbewerb soll uns ja die Möglichkeit bieten, aus den bestehenden Ideen das Bestmögliche herauszusuchen. Bekanntlich haben viele Köpfe doch bessere Gedanken als nur einer. Aber, ein Architektenwettbewerb in der Form, meine Damen und Herren, wie er zur Ausschreibung gelangt, ist – verzeihen Sie mir den Ausdruck – eine Fopperei, aus mehreren Gründen. Ich versuche, diesen Ausdruck auch zu beweisen. Ich gehe zuerst in die reine Formalgeschichte ein. Es ist richtig, daß am 24. November in einer Informationssitzung darüber gesprochen wurde, daß man Alternativen sucht. So hat es dazumals gelautet. Alternativen bedeuten aber doch nicht, bereits einen Einbahnweg vorzuzeichnen, sondern Alternativen bedeuten, sich alle Möglichkeiten, die sich bieten, unter Umständen anzueignen. Es ist am 15. Februar der Amtsbericht zu diesem heute zur Beschlußfassung vorliegenden Antrag geschrieben worden. Es war eine Gemeinderatsitzung am 16. Februar, wo normalerweise darüber hätte geschäftsordnungsgemäß befunden werden müssen, denn es ist eine Bürgermeisterverfügung gewesen, mit der zumindestens einmal 72.500 Schilling akontiert werden. Von der Geschäftsordnung her wäre der Bürgermeister, in dem Fall muß ich sagen verpflichtet, umgehend, sofort dem Gemeinderat diese Verfügung zur Beschlußfassung vorzulegen. Der Amtsbericht wurde am 15. geschrieben, die Bürgermeisterverfügung war vom 11. 2. und am 16. 2. war Gemeinderatsitzung. Das heißt also und ich möchte es nicht unterstellen, aber es drängt sich auf, die Überlegung, daß man bewußt eine Verzögerung verursacht hat, um nicht im Gemeinderat sofort eine Beschlußfassung herbeizuführen. Es war am 4. Februar eine Fraktionsobmännerbesprechung. Auch da wurde von diesem Architektenwettbewerb keine Silbe erwähnt. Es schaut so aus, als ob hinter verschlossenen Türen eine intern beschlossene Sache in eine rechtlich fundierte Basis umfunktioniert werden sollte. Denn – das betone ich ausdrücklich – als Fraktionsobmann der Österr. Volkspartei ist mir über diesen Architektenwettbewerb, über dessen Inhalt, nichts bekannt gegeben worden, bis einen Tag vorher, wo ich mir

dann die Unterlagen habe besorgen können. Am gleichen Tag, wo Stadtsenatsitzung war, ist vormittags in der Präsidiumssitzung darüber gesprochen worden. Daß dieser Architektenwettbewerb, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, eigentlich etwas ist, was uns als Gemeinderäte alle angeht, das ist, glaube ich, übersehen worden. Es gibt einen Präsidial-Planungsausschuß der Stadt Steyr. Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist der Herr Bürgermeister. Es ist niemand in diesem Planungsausschuß mit den Kernproblemen, geschweige denn mit einer Silbe vom Architektenwettbewerb und dem Ausschreibungsinhalt informiert worden. Zu meinem großen Erstaunen - das kann ich dadurch beweisen, daß es mehr oder minder geheim war - habe ich erfahren, daß ich als Ersatzjuror tätig sein soll. Es hat mich niemand informiert, es hat mich niemand gefragt, und auf einmal steht man drinnen. Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, nicht daß man glaubt, ich bin da beleidigt oder sonst irgend etwas, nein, weiß Gott wie weit weg davon. Aber es ist ein Beweis für mich dafür, daß man eigentlich ganz etwas anderes mit diesem Architektenwettbewerb im Sinn gehabt hat. Nun schauen Sie, meine Fraktion hat dazumals, als für das Budgetjahr 1982 die Wünsche an den Haushaltsplan herangetragen werden konnten, bereits eine entsprechende Mitteleinsetzung für diesen Wettbewerb gefordert. Sie sind, wenn auch in abgeschwächter Form, eingesetzt worden. Wir waren alle der Auffassung, daß in der Causa Wehrgraben man Sachprobleme, Sachzwänge in erster Linie zur Maxime des Handelns machen muß. Mit dieser Art der Ausschreibung des Wettbewerbes ist man nicht von sachbezogenen, sondern in dem Falle muß ich fast sagen von einseitig parteipolitisch orientierten Überlegungen ausgegangen.

Nun noch zu ein paar anderen Dingen. Es ist heute bereits angezogen worden die Kostenstudie aus dem Büro Flögl. Gestatten Sie mir, daß ich die Titel weglasse. Diese Kosten sind heute schon zum Teil genannt worden, sie beinhalten allerdings eine Novität, die man bis dato in Steyr noch nie angestellt hat, eine Kapitalisierung der entsprechenden Gelder auf 20 Jahre. Kein Mensch hat beim Straßenbau, kein Mensch hat beim Brückenbau, kein Mensch hat beim Alten Stadttheater, beim Umbau, oder beim Neuen Stadttheater oder beim Stadtsaal überhaupt Kapitalisierungen mit hineingerechnet, obwohl wir alle miteinander wissen, daß sich daraus Folgekosten in entsprechender Größenordnung ableiten lassen. Aber hier ist es drinnen. Das heißt aber auch, meine Damen und Herren, wenn man mit einer Größenordnung von rund 95 Millionen rechnet, bei Erhaltung des Wehrgrabens und gleichzeitiger Kanalisation, daß uns ja diese Kosten nicht ad hoc, sondern im Laufe der Zeit anfallen werden. Wenn heute gesprochen wurde, daß von entsprechenden Stellen unter Umständen doch Finanzmittel zur Hilfe der Stadt flüssig gemacht werden könnten, dann beinhaltet diese Feststellung eine gewisse Richtigkeit. Ich verweise auf einen Brief des Herrn Landesrates Winetzhammer vom 13. März 1981 - also vor gut einem Jahr, an Herrn Bürgermeister Franz Weiss - der zur Causa Wehrgraben, zu seiner Problematik, in diesem Schreiben Stellung bezieht. Aber es ist hier in diesem Schreiben richtiggehend zum Ausdruck gebracht worden, daß insbesondere - ich zitiere auszugsweise - die Sanierung der Wehren erfolgen müßte. Im Rahmen meiner Möglichkeiten bin ich gerne bereit, sowohl beratend als auch finanziell die Stadt Steyr dabei zu unterstützen. Es geht noch an und für sich weiter. Ich könnte mir ohne weiteres denken, daß von Seiten des Bundesdenkmalamtes - die Aussagen des Leiters des Bundesdenkmalamtes zur Angelegenheit Wehrgraben sind Ihnen ja bekannt - daß von dort Mittel flüssig gemacht werden könnten. Sicherlich nicht in jener Größenordnung, die sich der vorstellt, der etwas bekommen möchte. Aber, wir sind doch sonst so findig und das kann man ohne weiteres mit Anerkennung festlegen, alle sich bietenden Geldgebequellen auch anzubohren. Daß es bei dieser Findigkeit sicherlich auch notwendig wäre, für die Sanierung des Wehrgrabens, unter dem Aspekt der Offenhaltung des Gerinnes, entsprechende Förderungsmittel anzusprechen. Es sei denn, man ist überhaupt nicht gewillt, den Wehrgraben unter dem Aspekt der Offenhaltung des Gerinnes zu sanieren. Ich darf nun wieder zurückkommen auf die Kostenschätzung und habe dabei eines entdeckt. Das deckt sich auch mit verschiedenen Rechtsmeinungen der zuständigen Stellen. Die Kostenmehranteile für die Verbandsgemeinden bewegen sich, zwischen Zuschüttung und Offenhalten, von etwas mehr als einer Million Schilling.

Das heißt, aus zweierlei Sicht gesehen, die Argumentation, daß die Verbandsgemeinschaften nicht bereit, nicht willens, und finanziell nicht fähig sind, die Mehrkosten mit zu übernehmen, ist nur bedingt richtig. Denn eine Größenordnung von einer Million Schilling ist auch für die Gemeinde im Sinne der historischen Erhaltung im Bereiche des Wehrgrabens, für die Stadt Steyr ein Posten, der getragen werden könnte. Das beweist aber auch gleichzeitig, daß in dieser Flögl'schen Kostenschätzung der größte Anteil, vorwiegend im Bezug auf Erhaltung der Wehre, Brücken usw. der Stadtgemeinde Steyr anheim fallen würde. Das beweist aber bitte – und darauf darf ich auch noch zurückkommen – etwas anderes mehr. Es ist immer wieder, bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit, erklärt worden, daß die Zuschüttung des Wehrgrabens, logischerweise auch die Kanalisation, ein Gebot darstellt. Ein Bescheid des Landeshauptmannes, wie es der Herr Bürgermeister immer formuliert, und ich muß als Bürgermeister dieser Stadt diesem Rechtsbescheid Rechnung tragen. Das heißt also, es müßte etwas, was mir auferlegt wurde, von mir, wenn auch vielleicht zähneknirschend, aber trotzdem erfüllt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Bescheid ist ein Bewilligungsbescheid. Bewilligt kann etwas werden, es muß aber auch gleichzeitig darüber hinaus von Seiten des Konsenswerbers entschieden werden, ob er dieser Bewilligung nachkommt oder nicht. Wenn heute der Herr Bürgermeister gesprochen hat, daß ihm Briefe verschiedener Art zugegangen sind, dann hat er vielleicht in der Hitze des Gefechtes übersehen oder vergessen, daß ihm auch in der Angelegenheit Wehrgraben ein Brief des Herrn Landeshauptmannes, Dr. Josef Ratzenböck, zugegangen ist, der sich auf diese Rechtsgegebenheit bezieht, und daß auch der Landeshauptmann, der immer angesprochen wird, obwohl den Bescheid der damalige Landesrat Dr. Hartl unterzeichnet hat, ebenso der Auffassung ist, daß dieser Bescheid wasserrechtlich gesehen, neu verhandelt werden kann, so vom entsprechenden Gremium – in dem Fall ist das der Gemeinderat der Stadt Steyr – ein Antrag erfolgt. Es wäre, so glaube ich, in den Intentionen unser aller gelegen, wenn man den Weg einer neuen Antragstellung – der Dringlichkeitsantrag befaßt sich ja damit – beschreiten würde, bevor endgültige und bevor unwiderrufliche Entscheidungen in diesem Fall getroffen werden.

Daß das Problem Wehrgraben, meine Damen und Herren, nicht nur Steyr, sondern in ganz Österreich die dafür notwendigen und zuständigen Fachleute bewegt, bezeugen die Aussagen, die Aussendungen und Stellungnahmen des Österreichischen Kunstsenates, beweisen – wie vorhin schon zitiert – die Aussagen des Leiters des Bundesdenkmalamtes, beweist unter anderem auch eine Artikelserie im Profil. Sie kennen das alle, es ist also ein Problem, meine Damen und Herren, das uns nicht in Steyr alleine berührt, sondern etwas, was für die geschichtliche Entwicklung der Stadt Steyr es zu erhalten gilt. Hier gehe ich konform mit der Auffassung von Kollegen Tremel, daß es ausgerechnet jene Partei sein soll und deren Spitzenmandatar, die immer erklären, wir vertreten die Arbeitnehmer, vertreten deren Interessen. Daß also ausgerechnet die Sozialistische Partei jenen Bereich, in dem der Wohlstand der Stadt Steyr begründet wird, von den Arbeitern in diesem Gebiet, zerstören will. Schauen Sie, es geht nicht darum, daß ein Wasser fließt oder nicht fließt, es ist sicherlich mit zum Wohlbefinden, wie es einmal wo geschrieben stand, ein Anteil. Es ist aber unbestreitbar, daß gerade dieser Bereich etwas Einmaliges in den gesamten städtebaulichen Gegebenheiten Österreichs darstellt. Die Kulturstadt Steyr, die man dann nach Aussage des entsprechenden Leiters des Kunstsenates vergessen kann

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das hat der Herr Peichl gesagt!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

.. dann war es halt der Herr Peichl, sprich Ironimus. Das ist aber für mich verhältnismäßig gleichwertig im Bezug auf das fachliche Wissen

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Die ORF-Gebäude, die er baut, sind super!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Du wirst ab und zu Zeit haben, Kollege Zagler, im ORF aufzutreten, heute bleiben wir noch im kleinen Rahmen des Gemeinderatsalles der Stadt Steyr.

Eines möchte ich aber festhalten. Diese Aussagen sind nicht aus der Luft gegriffen, diese Aussagen entstammen nicht dem Justamentstandpunkt, sondern wurden aus verantwortlicher Sicht auf Grund ihrer fachlichen Kenntnisse gefällt. Dem will sich die Stadt Steyr, will sich der Gemeinderat, bzw. eine Fraktion des Gemeinderates, verschließen? Sollten Sie sich, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, sich dieses Vorwurfes nicht nur heute, sondern auch in fernerer Zukunft aussetzen, daß Sie ein kulturelles Gut, ein kulturelles Unikat Österreichs, aus irgendwelchen Gründen und Überlegungen immer, zerstört haben. Die Kostenfrage ist sicherlich ein mitentscheidender Faktor, das ist unbenommen. Kostenfragen aber alleine, ohne versucht zu haben, Fördermittel zu erhalten, als Ausschließungsgrund für die Offenhaltung des Gerinnes heranzuziehen, ist eine Argumentation, der man nicht nachfolgen kann.

Ich kehe aber doch noch einmal zum Architektenwettbewerb zurück. Sie kennen auch, meine Damen und Herren, durch die Aussendungen des heute bereits apostrophierten Vereines die Stellungnahmen zu diesem einseitigen Architektenwettbewerb, daß sich auch Architekten bereit erklären werden, wie wir informiert wurden, unter Mißachtung der Ausschreibungsbedingungen diesen Wettbewerb zu bestreiten. Das beweist doch aber, daß Architekten verantwortungsvoll denkend und handelnd von sich aus erklären, wenn eine Lösung, dann nur unter Beibehaltung der Gerinne und sonst ist keine denkbar. Diese Ausschreibung des Architektenwettbewerbes in der derzeitigen Formulierung, auch wenn er seit 1. März läuft, können wir nicht ohne weiteres zur Kenntnis nehmen. Es hängt nur von der Einsicht – ich will nicht einmal sagen vom guten Willen – der Mehrheitspartei hier herinnen ab, wie sie sich zu unserem Abänderungsantrag stellen wird. Abänderungsantrag gemäß § 8 unserer Geschäftsordnung für den Gemeinderat:

Der gegenständliche Antrag, Bau2-4520/81 hat die Ausschreibung des Wettbewerbes Wehrgraben zum wesentlichen Inhalt. Die vorliegende Fassung der Ausschreibungsbedingungen beinhaltet eine ungerechtfertigte einseitige Betrachtung des Problems mit der ausdrücklichen Zielsetzung, das Wehrgrabengerinne aufzufüllen. Um die unbestritten notwendige Sanierung der gesamten Stadtteile durch einseitige Betrachtung nicht gedanklich einzuengen, stellen die Unterfertigten namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden Abänderungsantrag:

"Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Ausschreibungsbedingungen sind dahingehend abzuändern, daß die Einreichungen auch unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung des Gerinnes zulässig sind. Die bisherig ergangene Ausschreibung ist in diesem Sinne zu ergänzen!"

Es ist uns klar, meine Damen und Herren, daß ein laufender Wettbewerb im Bezug auf seine Bedingungen noch geändert werden kann, wenn man willens ist, das zu tun. Es ist dies, glaube ich, im Interesse, auch im Interesse des Rufes unserer Stadt, eine unabdingbare Notwendigkeit, diesem Abänderungsantrag beizutreten, worum ich Sie sehr herzlich bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag und bitte Sie, in der Diskussion, diesen Abänderungsantrag mit in Ihre Überlegungen aufzunehmen.

Ich bitte gleichzeitig Kollegen Wippersberger um seinen Beitrag.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, meine Damen und Herren, liebe Jugend!

Es muß hier offen ausgesprochen werden, daß die Vorgangsweise der ÖVP-Fraktion immer dann, wenn für die Stadt wichtige Entscheidungen getroffen werden, mit Zusatz- oder Abänderungsanträgen Verzögerungen herbeiführen zu wollen, schon bekannt ist.

Ich kann dafür einige Beispiele aus jüngster Zeit anführen, so zum Beispiel wurden beim Bau der Mehrzweckhalle Münchenholz formale Vergabemängel gesehen, um dieses wichtige Veranstaltungszentrum im größten Stadtteil von Steyr zu verhindern. Die sozialistische Mehrheit hat aber dieses Spiel durchschaut und hat trotzdem diesen Beschluß gefaßt. Heute ist der Mehrzwecksaal Münchenholz ein fixer Bestandteil des kulturellen und geselligen Lebens der Münchenholzer geworden. Ich selbst bin Münchenholzer und darf Ihnen sagen, wie wichtig und richtig der Bau dieser Mehrzweckhalle in Münchenholz war, sieht man heute aus der überaus großen Frequenz, was die Inanspruchnahme dieses Saales anbelangt.

Ein weiteres Beispiel. Beim Ausbau der Dukartstraße legte sich die ÖVP quer mit einem Vorschlag, der ein jahrelanges Hinausschieben dieses innerstädtischen Straßenbaues nach sich gezogen hätte. Die technisch so einwandfreie Lösung, die getroffen wurde, sollte mit einer Variante, die ein Hereinrücken der Straße auf privates Grundstück erfordert hätte, auf Jahre verzögert werden. Abgesehen davon, daß die verbleibenden Grundflächen zwischen Straße und Bahngelände kaum noch nutzbar gewesen wären. Dazu kam noch der Vorschlag, einen Fußgehersteg in der Höhe des Rathauses hinüber zum ehemaligen Steyrer-Hof zu machen, der wohl nur Gelächter auslösen konnte. Auch hier hat sich der Gemeinderat richtig entschlossen, die Dukartstraße, wie sie sich nun darbietet, war wohl die beste Lösung für uns alle.

Ein weiteres Beispiel. Das Jahrhundertebauwerk Zwischenbrücken ist heute fertig, hat sich der Verkehrsstruktur unserer Stadt voll angepaßt und eine Misere beendet, die nicht nur eine ständige Gefahr für die Straßenbenutzer, sondern auch einen städtebaulichen Übelstand darstellte. Auch diesen Bau wollte die ÖVP mit Forderungen verhindern, und zwar mit jenen Forderungen, zuerst Verkehrskonzepte auszuschreiben, die – das liegt in der Natur der Sache – nur kurzen Bestand hätten, weil sie sich den jeweiligen Verhältnissen anpassen müssen. Wahrscheinlich hätte Steyr weder im Jubiläumsjahr 1980, noch heute die Lösung Zwischenbrücken, wie sie sich nunmehr anbietet. Genau so ist es jetzt. Im Wehrgraben muß gehandelt werden. Wir haben schon sehr viel Zeit verloren. Dieser Wehrgraben muß wieder ein Stadtteil zum Leben und nicht nur einer zum Anschauen bzw. Diskutieren werden. Was sollen alle diese Verzögerungen und Einwände, diese Einflüsse von außen und diese einseitige Beeinflussung der verschiedenen Dienststellen. Niemand wird letztlich dem Steyrer Gemeinderat die Verantwortung abnehmen, weder die Professoren und Assistenten der Hochschulen, noch ein Verein, und schon gar nicht besser wissende Einzelpersonen. Finden wir uns doch hier im Gemeinderat zu einer Diskussion, zu einer Beurteilung und einer Entscheidung zusammen. Je früher dies geschieht, umso besser. Meine Fraktion kann Verzögerungen nicht mehr akzeptieren.

Ich kann abschließend nochmals sagen, es ist hoch an der Zeit, daß wirklich etwas geschieht und das hat meine Fraktion nunmehr vor. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger für seinen Beitrag. Kollege Holub ist der nächste Redner.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wir haben im Nachbarsaal, in dem wir an sich den Komfort hätten, unsere Unterlagen ablegen zu können, schon ab und zu Lateinstunden gehabt. Ich möchte die Tradition abwandeln und auf Französisch beginnen: L'Etat c'est moi.

Für die unter ihnen, die Französisch nicht können, möchte ich die Übersetzung bringen: Der Staat bin ich.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Also bis jetzt war es richtig und wenn es sein sollte, Herr Stadtrat, bin ich gerne be-

reit, mich sprachlich mit Ihnen zu duellieren. Die wörtliche Übersetzung heißt: Der Staat bin ich. Dieser Staat ist offenbar, wenn man das in Analogie weiter führen würde – diese Stadt ist offenbar, also die SPÖ, so klingt es immer wieder durch, und es tut mir furchtbar leid, daß ausgerechnet ein sachlicher Mensch wie Stadtrat Wippersberger Ausführungen machen muß, für die, wenn ich sie gemacht hätte, ich sowieso – das weiß ich, geschätztes Präsidium, den Ruf "zur Sache bekommen hätte. Für die Ausführung "die einseitige Beeinflussung von Dienststellen". Da habe ich Geringeres gesagt und habe einen "Ruf zur Ordnung" zur Kenntnis nehmen müssen. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß es absolut untauglich ist, ständig mit zweierlei Maß zu messen. Das ist eine Auslegung der Geschäftsordnung, die absolut pervers ist. Ich bitte um einen Ruf zur Ordnung, wenn es wieder sein soll.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich feststellen, es hat sich überhaupt nichts ereignet, daß Sie eine Kritik in dieser Form vorbringen könnten. Ich darf bitten, daß man zur Sache kommt, sonst muß ich das Wort entziehen. Was Sie hier vorbringen, hat mit Sachlichkeit nichts zu tun.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Was die Richtigkeit meiner Prognose nur bestätigt, Herr Bürgermeister. Wenn ich zur Sache spreche, möchte ich doch zu dem sprechen, was Stadtrat Wippersberger zunächst angeführt hat. Es wurde offenbar in der Absicht, ein Publikum zu beeinflussen, angezogen, daß wir gegen die Mehrzweckhalle in Münichholz gewesen wären

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Es stimmt, was ich gesagt habe.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Von Verzögerung war die Rede.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wenn Sie dann wieder ruhig sind, kann ich weiter sprechen. Es ist Tatsache, daß wir nicht gegen die Mehrzweckhalle waren, sondern daß wir lediglich aufgezeigt haben, daß es gelinde gesagt bedenkliche Modalitäten bei der Vergabe gegeben hat. Die haben wir aufgezeigt. Es ist einfach Aufgabe eines Mandatars, in dieser Stadt bedenkliche Umstände aufzuzeigen und sich dagegen zu stemmen. Von dieser Ansicht werden Sie mit demagogischen Auslegungen meine Fraktion sicher nicht abbringen können.

Der nächste Punkt, meine Damen und Herren, die Dukartstraße. Wissen Sie denn nicht mehr, wie das abgelaufen ist? Die Bürgermeinung, ist Ihnen offenbar überhaupt nichts wert, sonst würden Sie nicht immer das Aussprechen der Bürgermeinung immer wieder als Sakrileg bezeichnen. Die Bürgermeinung war seinerzeit so, daß das Projekt so gemacht werden müßte, daß möglichst wenig Bäume am Hang zur Enns runter gefährdet würden. Diese Bürgermeinung wurde mit unserer Hilfe auch artikuliert und das Ergebnis dieses Artikulierens, meine Damen und Herren, war, daß eine private Unternehmung einen Vorschlag eingebracht hat, und das ist das Konzept, nach dem Sie sich jetzt feiern lassen, das ist das Konzept von dem Sie behaupten, wir hätten uns dagegen gestellt. Das ist eine glatte Verdrehung der Tatsachen.

Zu Zwischenbrücken, meine Damen und Herren, kein Mensch war gegen die Errichtung der Brücken, stellen Sie das doch nicht so hin, Sie machen sich ja vor der Öffentlichkeit lächerlich.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Zuerst muß man die Verkehrssachen erledigen, dann kann man über

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Entschuldigung, aber wenn es nach der ÖVP gegangen wäre, wären die Brücken noch nicht fertig und die Dukartstraße sicher auch noch nicht.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich weiß nicht, ob das jetzt eine sachliche Feststellung ist ..

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist eine sachliche Feststellung und beweisbar.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das hätte ich gerne gesehen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Selbstverständlich, weil wir heute

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Herr Bürgermeister, Du stellst in der Emotion vor Publikum Behauptungen auf, die Du nicht beweisen kannst.

Ich gehe weiter in der Replik an Stadtrat Wippersberger. Der Wehrgraben muß leben, hast Du gesagt Herr Stadtrat. Das ist zweifellos richtig, das wollen wir doch alle. Wir wollen, daß dort unten saniert wird, und zwar möglichst schnell. Aber bitte mit der einseitigen Beeinflussung von Dienststellen, das wirst Du beweisen müssen. Das ist bitte eine Aussage, die wahrscheinlich wieder nur angesichts von Mikrofonen oder angesichts von Publikum getätigt wurde. Offenbar war die Fraktionssitzung, die Sie heute Vormittag wahrscheinlich abgehalten haben zu diesem Thema eher in der Absicht, wie stellen wir die anderen schlecht hin, als in der Absicht, was tun wir denn zum Guten.

GEMEINDERAT WILHELM KERN:

Das ist eine richtige Unterstellung.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich habe gesagt offensichtlich, ich kann es nicht beweisen, denn ich bin nicht Mitglied Ihrer Fraktion.

GEMEINDERAT WILHELM KERN:

Das wäre schon wieder ein Ordnungsruf.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich möchte wissen, warum das schon wieder ein Ordnungsruf wäre.

Es geht darum, daß die Sanierung im Wehrgraben sinnvoll vor sich gehen soll und damit das sinnvoll vor sich geht, haben wir den Abänderungsantrag vorgelegt. Vizebürgermeister Fritsch hat Ihnen den Text und auch die Motivation dazu verlesen, die Fraktionsobmänner haben die entsprechenden Exemplare bekommen. Wenn Ihnen das historische Gepräge in der Steyrer Stadt so ernst ist, wie Sie es immer verbal behaupten, wenn Ihnen wirklich etwas daran liegt, das historische Gepräge zu erhalten, wenn Sie es ernst nehmen mit der Sanierung des Wehrgrabens und nicht nur leeres Stroh dreschen wollen, dann bleibt Ihnen eigentlich gar nichts anderes übrig, als diesem Abänderungsantrag zuzustimmen.

Wenn Sie das nicht tun, muß man sich der Argumentation des Vizebürgermeisters Fritsch anschließen und die Gedanken wiederholen, warum denn eigentlich die Terminisierung, so wie nun gelaufen, vor sich genommen wurde. Warum haben Sie nicht den Gemeinderat rechtzeitig befaßt? Haben Sie Angst gehabt vor einer Bürgermeisterverfügung, die öffentlich diskutiert wird. Meine Damen und Herren, diese Diskussion bleibt Ihnen doch nicht aus. Oder haben Sie die Absicht gehabt, daß der Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden kann und man dann in der guten österreichischen Mentalität "da kann man nichts machen, so läuft es halt jetzt schon" sagt, na gut, einerseits hat die Österreichische Volkspartei einen Architektenwettbewerb gefordert,

sie könnte so war offensichtlich Ihre Meinung, jetzt nichts dagegen haben, wenn das schon läuft. - Bitte sehr, meine Damen und Herren, wir werden nicht aufhören aufzuzeigen, daß Sie hier zumindest Meinung biegen.
Schließen Sie sich bitte dem Abänderungsantrag meiner Fraktion an, sonst werden Sie in der Öffentlichkeit sich vermutlich doch gefallen lassen müssen, daß Sie als Mörder des historischen Gepräges hingestellt werden, und zwar nicht von mir, sondern von der Öffentlichkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Das sind harte Aussprüche.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Natürlich, das ist auch ein hartes Thema.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Das sind Unterstellungen, die sehr wohl widersprochen werden müssen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Sie werden das sicherlich machen, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Sicher, aber nicht in Ihrem Jargon.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Mein Jargon ist gar nicht so übel.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Kollege Holub, es vergeht keine Sitzung des Gemeinderates, in der Sie nicht durch Äußerungen, die beleidigend sind, die Mitglieder des Gemeinderates zu beschimpfen. Ich muß also bitten sich zu mäßigen und hier einen entsprechenden Ton am Rednerpult anzuschlagen, damit sich das Haus sich Ihrer nicht schämen muß.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Das ist eine Ausdrucksweise, Herr Bürgermeister, für die Sie sich schämen müßten.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ändern Sie Ihre Ausdrucksweise, Herr Kollege Holub, sonst muß ich Ihnen das Wort entziehen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Das wird also wieder das demokratische Verständnis in diesem Haus ausdrücken, wenn mir das Wort entzogen wird. Dieses Vergnügen mache ich Ihnen nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich darf Sie bitten, Ihren Diskussionsbeitrag fortzusetzen oder zu unterbrechen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Das Vergnügen mache ich Ihnen nicht und gehe.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke, damit ist dieser Beitrag abgeschlossen. Wünscht sonst noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Herrn Bürgermeister um das Schlußwort. Kollege Schwarz hat sich noch gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich bitte Herrn Kollegen Schwarz zum Rednerpult.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Nachdem die Diskussion abrupt abgebrochen wurde, möchte ich mich noch melden, um einiges aufzuzeigen.

Ich möchte von vornherein sachlich Argumente vorbringen und keinerlei Spitzfindigkeiten, was hier bezüglich der Ausschreibung etc. vorgekommen ist. Über die Wichtigkeit der Erhaltung des Wehrgrabens sind alle informiert und das ist jedem klar. Ich glaube, auch Sie in der Mehrheitsfraktion haben genug in den Zeitungen gelesen, fachliche Stellungnahmen gelesen und studiert, so daß man heute sagen kann, daß man sich nicht mehr verschließt diesen Argumenten. Ich möchte die Wichtigkeit auch gar nicht näher darstellen, sie ist zur Genüge bekannt. Ich möchte nur auf das Schreiben hinweisen, das dem Gemeinderat zugegangen ist von 32 Professoren und 54 Assistenten sowie auf den Brief des Vereines "Rettet den Wehrgraben", der sich noch in Gründung befindet. Hier ist alles angeführt und ich glaube, man muß sich auch auf ein Gutachten von solchen Fachleuten verlassen und kann das nicht vom Tisch wischen und sagen, wir entscheiden etwas, wenn praktisch die gesamte Fachwelt eine andere Meinung vertritt.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Hier wurde zum Teil falsch informiert. Ich habe das auch gelesen, es war vom Straßenbau die Rede. Kein Mensch sprach von einem Straßenbau.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Kollege Wippersberger, ich habe am Anfang von Spitzfindigkeiten gesprochen, ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen. In einer Studie steht, dort soll ein Museum werden, dort passen Handwerksbetriebe hin, dort paßt eine Gemischtwarenhandlung hin. Ich glaube, darum geht es nicht bei der Wehrgrabensanierung. Es geht einzig und allein um die Frage, wollen wir den Wehrgraben offen halten mit fließendem Wasser oder nicht? Das ist die einzige Frage, es geht um sonst nichts. Leider Gottes ist es so, daß man auf jede Äußerung einhakt und darauf sagt, daß es gar nicht vorgesehen ist, eine Straße zu bauen usw. Darum geht es nicht, es geht eben um die große Linie, ob man bereit ist, den Wehrgraben so zu belassen, wie er ist.

Schockierend war, was bereits heute angeklungen ist, die Äußerung der Professoren und Architekten Peichl und Rainer, daß man Steyr als Kulturstadt vergessen kann, wenn der Wehrgraben zugeschüttet wird. Mich hat das auch zutiefst getroffen diese Aussage. Aber es ist klar, man kann hier nicht teilen und sagen, bisher hat die Gemeinde Steyr sehr viel für die Erhaltung der Altstadt geleistet. Es sind die Häuser renoviert worden, es sind in den 80iger Jahren enorme Beträge aufgewendet worden. Das ist richtig, aber das rechtfertigt nicht, daß man andererseits den Wehrgraben, der ebenfalls erhaltenswürdig ist, zuschüttet. Ich möchte es damit vergleichen, wenn man von 10 Denkmälern sechs erhält, und dann sagt, die anderen 4 zerstören wir, weil wir ohnedies die einen erhalten haben. Es ist etwas Unteilbares, wenn man sich identifiziert mit der Kultur, muß man auch dieses Naturdenkmal, oder wie es genannt wird Denkmal der Arbeit, genau so pflegen.

Bezüglich des Kostenvergleiches möchte ich darauf hinweisen, um 28 Mill. kostet die Errichtung des Kanalstranges bzw. die gesamte Gestaltung des Wehrgrabens mehr. Die Kapitalisierung auf 20 Jahre für Abschreibung, Instandhaltung und Reparatur kann man nicht zur Gänze zurechnen und damit sagen, es kostet um 50 Mill. mehr, denn darin sind allein um diese Steigerung bei dieser Kapitalisierung Rücklagen drinnen in der Höhe von 40 %, die als Abschreibung genannt sind, mit rund 8 Mill. Schilling. Wir können also nur von den Errichtungskosten ausgehen und die sind bei Auflassen des Gerinnes 35 Mill. und bei Erhaltung 63 Mill. Schilling. Also es ist eine Differenz von 28 Mill. Schilling. Nur das steht zur Debatte.

Die Studie von Dr. Flögl ist sehr wertvoll und aufschlußreich, wenn man sich die Kosten anschaut. Bisher hat es immer geheißen, wir können den Kanal nicht bauen und es ist unbedingt notwendig, das Gerinne still zu legen, weil die Kosten des Kanals so hoch sind. Hier kommt eindeutig zum Ausdruck, daß die Kosten eben, wie es be-

reits Vizebürgermeister Fritsch gesagt hat, 1,35 Millionen betragen, Mehrkosten betragen. Alles andere entfällt auf 2,3 Millionen Mehrkosten für die Kanäle in der Gemeinde, Uferverbauungen, Brücken, Wehranlagen usw., also einzig und allein Kosten für die Erhaltung des Stadtbildes. Es ist immer so dargestellt worden, als ob man den Wehrgraben nicht kanalisieren könnte, weil das so unmögliche Kosten sind. Es geht ja hier um die Gestaltung des gesamten Wehrgrabens, das ist hier das Entscheidende, und dafür liegen diese Kosten vor.

Ich möchte noch darauf hinweisen, 28 Millionen sind sicher ein sehr großer Betrag, der auch mich schreckt. Wir sind aber auch andere Beträge gewöhnt, die wir hier schon beschlossen haben, ich möchte nur erinnern an Zwischenbrücken, wofür wir 45 Millionen Schilling ausgegeben haben, das Alte Stadttheater 50 Millionen, das Neue Theater, das ehemalige Volkskino, der Umbau 50 Millionen, der Stadtssal 25 Millionen. Hier geht es um einen ganzen Stadtteil, der 28 Millionen mehr kostet. Aber es ist ja ein gesamter Stadtteil, der eben in seiner Eigenart erhaltenswürdig ist.

Bezüglich der Abschreibungen möchte ich noch sagen, weil es sicherlich im nachhinein wieder zitiert wird, die Mehrkosten, die hier kapitalisiert wurden auf 20 Jahre, hier sind Abschreibungsbeträge enthalten zum Beispiel für Uferverbauungen auf 100 Jahre gerechnet, Kanalbau auf 60 Jahre, Holzbrücken auf 40 Jahre und Betonbrücken auf 80 Jahre. Es ergibt sich hier ein Betrag von rund 40 % aller gesamten Mehrkosten, der auf Rücklagen entfällt, was tatsächlich nicht gemacht wird. Ich glaube, auf längere Zeit ist es weder in der Wirtschaft, noch in der Kommunalpolitik möglich, auf längere Zeit Aussagen zutreffen, wie auf 20 Jahre. Es ist eben so, daß man hier bei den Kosten sagen muß, es gibt für die Begriffe Schönheit, Glück, Freude, Zufriedenheit, Gesundheit, Wohlbefinden, keinen Maßstab, den man mit Geld messen kann oder irgendwie bewerten kann. Ich denke nur an die vielen Bewohner der Stadt Steyr und auch an die Besucher, die sich freuen, daß sie eine so schöne Stadt, die Altstadt, anschauen können, erleben können, und die sich genau so am Wehrgraben erfreut haben im Jahre 1980 bei der Tausendjahrfeier. Es ist heute ein Umdenken im Gange gegenüber vor 10 Jahren. Vor 10 Jahren war man noch nicht bereit, und es ist auch ohne große Aufregung in der Bevölkerung der Beschluß im Gemeinderat zur Kenntnis genommen worden, daß der Wehrgraben zugeschüttet werden soll. Es ist hier weniger gemacht worden, weniger Wirbel, wenn ich so sagen darf. Jetzt, wo eben mehr Verständnis vorhanden ist, muß man dem Rechnung tragen und auch die bessere Erkenntnis der Entscheidung zugrunde legen. Und daß das jetzt nur mit einem Zusatz- bzw. Abänderungsantrag durchgeführt werden kann, das ist das Recht und die Pflicht jedes Gemeindemandatars, das zu tun, denn ansonsten würden wir nicht mitarbeiten, wenn wir das nur zur Kenntnis nehmen würden, was vorgelegt wird.

Ich ersuche daher ebenfalls die Mehrheitsfraktion, sich unserem Antrag anzuschließen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Schwarz für seinen Beitrag. Nächster Debattenredner ist Magister Zagler.

GEMEINDERAT KDFM. HELMUT ZAGLER:

Ich empfinde tiefes Unbehagen über den Stil der politischen Auseinandersetzungen heute, werter Herr Bürgermeister, sehr geschätzte Damen und Herren, liebe Gäste. Das sind nicht meine Worte, sondern Worte, die ich den OÖ. Nachrichten von heute entnehme, die kein Geringerer als Ihr ehemaliger Nationalratspräsident Maleta in einem Interview gegenüber der "Furche" angegeben hat. Genau der Eindruck scheint mir heute bestätigt zu sein. Maleta sagt, erschreckend ist, daß dem Gegner oft keine ehrliche Überzeugung mehr zugebilligt wird, sondern nur noch Handeln aus charakterlicher Minderwertigkeit, alles wird zu einer persönlichen Verleumdungskampagne gemacht. Zufälligerweise auf der selben Seite, in der gleichen Zeitung, steht im "Blick nach innen", von Karl Danninger geschrieben, eine Abhandlung über das Problem des Konferenzentrums. Dort führt Karl Danninger aus, daß es sich hier im National-

rat um Sprechblasentheater handelt, daß nur mehr Sprechblasen ausgetauscht werden. Daß es den Leuten gar nicht mehr um die ehrliche auseinandersetzung geht, sondern wirklich nur mehr darum, politischen Erfolg auf mindere Art und Weise zu gewinnen. Er sagt, da kann die Opposition nicht tatenlos zuschauen, also versucht sie, weil sie sich an den möglich erscheinenden Erfolg nicht anhängen kann, diesen zu verhindern, indem sie dagegen des Volkes Meinung in die Waagschale werfen will. Es geht also nicht wie im Falle des Konferenzentrums um Arbeitsplätze, es geht viel mehr wieder um den politischen Erfolg. Das möchte ich ummünzen auch auf die Wehrgrabengeschichte, es geht leider vielen bei uns – oder manchen bei uns – weniger um die Gestaltung, weniger um menschengerechte und menschenwürdige Bedingungen im Wehrgraben, sondern viel mehr um politischen Erfolg. Ich glaube, auch die Wortmeldungen und Reaktionen von Kollegen Holub haben dazu Anlaß gegeben, gerade diese Problematik wiederum zu überdenken. Wir sollten wirklich aufhören, im politischen Erfolg zu denken, um des politischen Erfolges willen. Ich sehe auch die Zustimmung hier, aber bitte mehr Sachlichkeit in die Diskussion mit einfließen zu lassen. Ich weiß, die Problematik oder Thematik ist sehr emotionalisiert und von einem gewissen Teil – ich will nicht sagen Umweltschutzgruppen oder Grüner – Gruppen, aber ähnlich gelagerter Gruppen – beeinflußt. Wir sollten uns also nicht durch diese Emotionen vor einem klaren Blick hier scheuen, wir sollten doch, bitte, auch was den Wettbewerb anlangt schauen, was die kreativen Kräfte, die es in unserem Land Gott sei Dank in großer Zahl gibt, was diese kreativen Kräfte imstande sind zu schaffen, um einerseits historisches Gut zu erhalten und andererseits – worum es uns ja auch gehen muß – für unsere Mitbürger lebensgerechte, menschenwerte Wohnungen zu finden. Das wäre mein Appell, als Junger tut mir das besonders leid und ich sehe hier eine Jugendgruppe sitzen. Es ist wirklich nicht unverständlich, daß sehr viele junge Leute verdrossen sind, wenn sie hier sehen, mit welcher politischen Engstirnigkeit an Probleme herangegangen wird.

Ich würde also bitten, hier eine Versachlichung doch herein zu bringen. Danke.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen? Herr Kollege Fritsch bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Relativ einfach, meine sehr geehrten Damen und Herren, und in aller Kürze. Die Aussagen von Kollegen Zagler haben mich letztlich verleitet, noch einmal um eine Wortmeldung zu bitten. Wenn er sich bezogen hat auf einen Artikel in den OÖ. Nachrichten, so stimme ich vollkommen überein mit der Meinung Dr. Maletas, aber ich stimme dann nicht mehr überein, wenn diese Sachverhalte dort geschildert nur immer sehr einseitig und nur immer dem anderen gegenüber zugemutet werden. Wenn man versucht, zu erklären, daß politisches Kapital daraus geschlagen wird, so muß ich, Kollege Zagler, doch in aller Eindringlichkeit darauf hinweisen, daß ich bei meiner ersten Wortmeldung bereits zum Ausdruck gebracht habe, daß für uns der Wehrgraben keine politische Effekthascherei, sondern eine sachbezogene Angelegenheit ist. Ich glaube doch, daß nur von sachlichen Beweggründen, die logischerweise dort oder da nicht emotionsfrei sein können, je nach Temperament gesteuert werden, daß wir uns nur von den sachbezogenen Gründen leiten lassen. Wenn heute Ausdrücke gefallen sind, – ich hoffe, daß sie vielleicht abgeschwächt werden – die dahingehend lauten, von einer einseitigen Beeinflussung von Dienststellen, dann ist – das Wort Unterstellung ist heute schon einmal aus diesem Bereich gefallen – das sicher eine Unterstellung. Ich möchte nichts anheizen, möchte aber feststellen, daß doch verschiedenste Dienststellen, sei es im kommunalen, sei es aber im überörtlichen Bereich, mit der Angelegenheit Wehrgraben sich befaßt haben. Wenn eine einseitige Beeinflussung hier vorgeworfen wird, dann wäre mit Recht ein Aufheulen, Kollege Wippersberger, der Beamten des Magistra-

- es war ein einstimmiger Beschluß aller Gemeinderatsfraktionen und Mitglieder im Rathaus, und einige dieser Mitglieder von damals, die die Hand dazu gehoben haben, sitzen heute noch unter uns. Und die müßten alle Umstände selbst genau kennen. So weit ich bis jetzt entnehmen kann, distanzieren sich zwar einige davon, aber die Mehrheit des Hauses bekennt sich dazu, weil sie genau weiß, warum damals diese Bescheide und Beschlüsse so getroffen wurden.

Die Spekulationen in dieser Zeit, das kann man heute auch sagen, haben darauf abgezielt, der damals privaten Wehrgrabenkommune die sogenannte "Liebesinsel" abzukaufen, um dort ein großes Spielzentrum zu errichten. Es war kein anderer hinter dieser Absicht als der auch in Steyr bekannte Herr Langer von der ATS-Bank, oder wie diese Bank in Graz heißt, der inzwischen die Luft von außen nur durch ein Gitter sehen kann. Ich glaube, es ist leicht ermeßbar, wenn damals dieser Spekulation nicht die Gemeinde durch ihre Entscheidung zuvor gekommen wäre, was daraus entstanden worden wäre. Vielleicht ist das noch eine Ursache, daß ein Professor Rainer, den ich zwar persönlich nicht kenne, aber immerhin als Präsident eines Kunstszenates von Österreich schätzen muß, sich hier zu Äußerungen über Spekulationen im Hintergrund dieser ganzen Wehrgrabengeschichte verleiten läßt. Das muß man auch in den Vordergrund der Überlegungen mit einbeziehen.

Damit keine Mißverständnisse auftreten, möchte ich noch einmal vor dem versammelten Personenkreis sagen und behaupten, alle Mitglieder des Gemeinderates sind im Besitz der Ausschreibungsunterlagen, alle wissen um die Umstände um den Inhalt. Ich komme aber nicht darüber hinweg, weil so vieles von Außenstehenden in letzter Zeit, entweder in der Absicht, Unwahrheiten bewußt zu verbreiten oder aus Unkenntnis der Sachlage oder aus sonstigen emotionellen Gründen, die ich nicht beurteilen kann, falsch beurteilt wurde und das wurde weiter getragen in Presse, Rundfunk und Fernsehen, die das dann bestätigt haben.

Die Seite 15 der Ausschreibungsunterlage besagt: Schwerpunkte der Wettbewerbsaufgabe. Vorliegender Wettbewerb soll somit Lösungsvorschläge zur Frage erbringen, in welcher Art, von und in welchem Ausmaß eine Änderung im Sinne einer Verbesserung der Baustruktur von Wohn- und Arbeitsstätten, der technischen und sozialen Infrastruktur, der Versorgung mit Grün- und Erholungsflächen, der Verkehrserschließung und der Ausnützung der durch die Auffüllung des Wehrgrabengerinnes entstehenden Flächen erfolgen soll, und zwar bei Berücksichtigung der Auffüllung des Wehrgrabengerinnes, der Hochwasserschutzmaßnahmen gegenüber dem Steyr-Fluß, des projektierten Abwasserkanales unter Berücksichtigung des Gesichtspunktes der Wirtschaftlichkeit, der Realisierbarkeit und der typischen örtlichen Erscheinungsbildes sowie inwieweit die vorgeschlagenen Maßnahmen Auswirkungen auf das typische örtliche Erscheinungsbild sowie auf die Stadtlandschaft haben. Das ist nur ein Teil dieser Wettbewerbsausschreibungen. Die Abgrenzung des Gebietes wurde mit Absicht auf den sogenannten historischen Teil bezogen, weil der am dichtesten verbaut ist und einer dringenden Sanierung bedarf. Der Gebäudezustand ist denkbar schlecht.

Hier lautet auf Seite 16 der Text: Wettbewerbsgebiet. Abgrenzung des Wettbewerbsgebietes. Das Wettbewerbsgebiet bildet den östlichen Teil des Wehrgrabenbereiches als sein Kerngebiet, es ist laut Plan p 2 abgegrenzt. Es entspricht mit Ausnahme der Flächen zwischen Direktionsstraße, Überwasser, Steyr-Fluß, der ersten Baustufe der Auffüllung des Wehrgrabengerinnes. Charakteristik des Wettbewerbsgebietes. Eine eingehende Charakteristik des Wettbewerbsgebietes geht aus den Grundlagen Punkt 1/10/2 hervor. Damit hier auch klar gezeigt wird, daß man sich schon etwas gedacht hat, hier immer wieder von der historischen Landschaft die Rede ist und wenn von der Bausubstanz von anderen andere Aussprüche gemacht werden.

Ich komme zu den einzelnen Beiträgen. Gemeinderat Tremml erklärt den Bewerb für überhaupt nicht notwendig, denn in der Arbeiterstadt, die sowieso in ihrer Tradition mit Fleiß verbunden ist, vergißt er als Kommunist ganz, daß die Not neben dem Fleiß ständiger Begleiter in diesem Gebiet gewesen ist, teilweise heute noch ist. Das ist auch ein Auftrag, den wir als sozialistische Gemeindevertreter mit einbeziehen müssen

tes der Stadt Steyr gegeben, wenn auf sie ein solcher Vorwurf kommen sollte. Ich glaube auch, daß er in der Hitze des Gefechtes ausgesprochen wurde. Ich hoffe, daß er nicht Usus wird. Das gleiche betrifft einen Ausspruch von Kollegen Schwarz, daß sich der Gemeinderat für eines seiner Mitglieder schämen müßte. Die Redefreiheit ist, glaube ich, noch unbestritten. Es gibt halt Dinge, die man vielleicht und berechtigt emotionsgeladen vorbringt. Aber es ist das gute Recht jedes Einzelnen, aus seiner Warte, aus seiner Kenntnis, aus seinem Temperament, aber auch aus seinen Gedankengängen heraus, dieser Problematik gegenüber zu treten. Gerade hier in diesem Saal, den man fast als "Wehrgrabensaal" bezeichnen müßte, weil wir hier herinnen schon eine diesbezügliche lange Sitzung hatten, scheint es, daß sich Emotionen aufstauen bzw. zur Explosion kommen. Für mich ist das aber nicht nur ein Negativbeweis, für mich ist das aber auch ein Beweis dafür, daß jeder Einzelne aus seiner Sicht, aus seiner Warte, sich mit dieser Problematik beschäftigt. Gerade hier geht es doch einzig und allein darum, nur die Erhaltung eines entsprechenden Zustandes dort herbei zu führen. Ich betone ausdrücklich, daß Kollege Zagler gesagt hat, daß wir eben interessiert daran sind, was initiative Kräfte imstande sind zu schaffen. Das ist ja der Sinn eines Wettbewerbes. Aber engen wir doch bitte diese initiative Kräfte nicht automatisch durch eine vorgegebene Richtung in ihren Schaffungsmöglichkeiten ein. Wenn Sie aber diesem Hauptantrag die Zustimmung geben, dann tun sie es. Es ist damit, meine Damen und Herren, das sei abschließend gesagt, noch immer nicht zum Ausdruck gekommen, wenn der Wettbewerb in beiden Varianten möglich ist, beide Varianten entsprechend initiative Schöpfungskräfte entwickelt haben und Vorschläge ermittelt haben, welche dieser Varianten zum Tragen kommt. Damit muß sich ja der Gemeinderat sowieso noch einmal beschäftigen. Eine Präjudizierung von vornherein ist nicht dazu angetan - das ist meine persönliche Meinung und die meiner Fraktionsfreunde - um initiative Kräfte in dem Fall zu fördern, sondern so wie es jetzt aussieht, sind viele initiative Kräfte durch die Ausschreibungsmodalitäten beeinflußt bzw. verärgert. Daher nochmals abschließend mein Ersuchen, diese Überlegungen in Ihre Beschlussfassung mit einzubeziehen und unserem Abänderungsantrag zuzustimmen.

Applaus

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist und er-
suche Herrn Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, ich möchte gleich zu Beginn auf den Brief des Herrn Landeshauptmannes eingehen, der von Kollegen Fritsch zitiert wurde, der lautet:
"Immer wieder höre ich, daß in Steyr Bezug genommen wird auf einen Bescheid des Landeshauptmannes vom 17. 7. 1972 - die Zahl ist angeführt - wonach unter Spruch Abschnitt 3 der Stadt Steyr die Zuschüttung des Wehrgrabens als letztmalige Vorkehrung aufgetragen wird." Es ist dann weiter ausgeführt: "Wenn somit auf die Erhaltung des Gerinnes wert gelegt wird, müßte ein derartiger Antrag an die Landesregierung ergehen und vorgelegt werden. Ich werde dann veranlassen, daß ein diesbezügliches Verfahren durchgeführt wird und dann eine Klärung gegeben ist, ob der Wehrgraben erhalten wird oder ob wir darauf verzichten können." Er schließt dann mit der Bitte um Kenntnisnahme und um baldige Gegenäußerung, verbleibe ich mit bestem Dank ..."
Der Brief ist mit 30. 3., also von gestern, datiert. Er kommt sicher nicht von ungefähr. Ich glaube kaum, daß die Terminzusammenballung nicht unwesentlich sein könnte. Nun liegt aber zum gleichen eines vor, das möchte ich auch nicht verschweigen, weil ein Herr Hofrat Dr. Renoldner in der Presse zitiert wurde, wonach diese Zuschüttung eine Bewilligung ist, die wir als Stadt Steyr eingeholt haben, das ist nur ein spezieller Teilbescheid. Der Ursprungsbescheid war ein Auftragsentscheid der Wasserrechtsbehörde, in der die Zuschüttung des Wehrgrabens verlangt worden ist. Das muß ich eindeutig sagen. Erst nachdem die Stadt Steyr durch ihren Beschluß vom Jahre 1972

in unsere Überlegungen. Ich bedaure, daß von der kommunistischen Partei diese Idee nicht mitgetragen wird.

Die Kosten sind längst bekannt, dazu muß ich auch sagen, am 19. März 1981 habe ich mir erlaubt, die grobe Schätzung des Bauamtes für die Kanalsituation Wehrgraben mitzuteilen. Daraufhin hat sich FPÖ-Gemeinderat Mausz gemeldet und hat sich hier dazu verleiten lassen zur Aussage, das Bauamt ist dazu gar nicht fähig, und was weiß ich, was er noch für Beschuldigungen gegen die Beamtschaft vorgebracht hat, da habe ich mich veranlaßt gesehen, zur Ehrenrettung der Beamten und deren Tätigkeit, einiges zu sagen. So kann man es natürlich nicht machen. Die Bestätigung, daß die Beamtschaft sehr wohl korrekt vorgegangen ist bei ihrer Einschätzung, hat sich inzwischen aus dem Dr. Flögl-Gutachten ergeben.

Kollege Eichhübl seitens der FPÖ spricht vom Proponenten-Komitee. Dazu muß ich sagen, Herr Gemeinderat, es ist Ihnen ja bekannt, daß wir von der Mehrheit des Hauses, von der ersten Versammlung dieses Proponentenkomitees überhaupt nichts erfahren haben und auch keine Einladung erhielten, so daß es sich klarerweise um eine Proponenten-Erstversammlung, eine Interessentenversammlung der gesamten Oppositionsvertreter, die sich scheinbar abgesprochen haben, war, und einer Reihe anderer Personen, die ein eminentes Interesse an der ganzen Geschichte haben, gehandelt hat. Ich habe inzwischen einen Brief von Herrn Prof. Mader, der ja federführend in dieser Angelegenheit tätig ist, erhalten, mit der nachträglichen Einladung, doch auch einen sozialistischen Vertreter dazu zu nominieren. Ich glaube, das wird nicht notwendig sein, der Herr Mader hat meines Wissens seitens der SPÖ bereits ein Schreiben bekommen, das die Stellungnahme der SPÖ in dieser Richtung klar und deutlich zum Ausdruck bringt.

Die von Herrn Prof. Rainer erwähnte Zubetonierung und der Errichtung einer Straße im Wehrgraben ist so absurd, daß ich mich wundern muß, daß ein Mann mit dem Profil eines Prof. Rainer solche Aussprüche ungeprüft übernimmt und so einfach in das Fernsehen und in die Presse gibt. Ich muß hier aber auch betonen, ich weiß diese Aussprüche und kenne sie nur - ich habe auch das Interview im Fernsehen nicht gesehen, nicht einmal das, wo ich selbst aufgetreten bin - vom Hörensagen und kann nur annehmen, daß das stimmt, was in der Zeitung steht. Obwohl dort vieles geschrieben wird, was nicht stimmt. Ich nehme aber an, daß er hier einer Information erlegen ist, die hinten und vorne bewußt verdreht ist, sonst könnte ich mir nicht vorstellen, daß solche Aussagen gemacht werden. Das gleiche gilt für Prof. Peichl. Hier danke ich Kollegen Gemeinderat Schwarz für seine Erklärung von dieser Stelle aus.

Meine Damen und Herren, die Stadt Steyr hat insgesamt in den letzten 14 - 15 Jahren allein aus der eigenen Stadtkasse ca. 15 Mill. Schilling beigesteuert für Revitalisierung von Privathäusern und Kirchengebäuden. Die Beiträge des Bundes über das Bundesdenkmalamt des Landes Oberösterreich sind nicht einmal ein Zehntel davon, also sehr bescheiden, wenn man von Spezialbauten wie Margarethenkapelle usw. absieht. Ich glaube also, daß man der Stadt Steyr auf keinen Fall den Vorwurf machen kann, daß man diese Stadt vergessen kann als Kulturstadt, wenn das Wasser im Kanal nicht mehr rinnt. Man könnte Steyr als Kulturstadt eliminieren aus der Kultur-Baulandschaft Österreichs. Ich kann nur vermuten, daß der Herr Peichl noch nie in Steyr war. Ich war schon in Linz und habe mir sein U-Boot, nämlich die Station des ORF in der Franckstraße von außen und innen angesehen und ich kann uns nur beglückwünschen, daß wir ihm nie einen Auftrag gegeben haben.

Applaus

Das ist für mich nicht nur eine Beleidigung gegenüber den Verantwortlichen in der Gemeinde, wozu ich alle Gemeinderäte und Beamten mit einbeziehe, das ist eine glatte Verleumdung, eine Beleidigung aller kulturbewußten Steyrer. Nur weil er der Herr Peichl ist, na wer ist der Herr Peichl schon? Als Ironimus ist er noch viel besser bekannt gewesen, ich kenne ihn erst richtig seit dieser Aussage. Wenn Kunst- und Wissenschaftsvertreter solche Aussagen machen, muß man den Ernst ihrer inneren

Einstellung zur Kultur auch einigermaßen reduzieren auf ein Maß, wie es sich gehört.

Kollege Fritsch hat erklärt, es soll kein Politikum aus der ganzen Geschichte gemacht werden. Nun, geschätzter Gemeinderat, meine Damen und Herren, wie Sie hier anwesend sind, dazu muß ich sagen, wieso kommt es, daß die Diskussion zum Wehrgraben generell und über Maßnahmen zum Wehrgraben im besonderen immer nur dann auftritt, wenn irgend ein Antrag zur Beschlußbehandlung im Gemeinderat vorliegt? Nie ist dazwischen von der Opposition, auch nicht vom bewußten Herrn Mader, jemals eine Aktivität entwickelt worden, immer nur dann, wenn wir bemüht sind, eine Entscheidung herbeizuführen. Und zwar nicht nur eine Entscheidung über die Kanalfrage, sondern auch anderer Fragen, die den Wehrgraben allgemein berühren. So kann man sicher Sachentscheidungen nicht allein beurteilen und formulieren, denn letzten Endes ist der Wehrgraben in meinen Augen und sicher in den Augen des größten Teiles der Bevölkerung von Steyr, nicht nur ein Gerinne, das seiner Ursprungsfunktion völlig beraubt ist, - es sind keine Gewerbebetriebe mehr dort - und wir werden es erleben, in wenigen Jahren wird es dort auch die Fa. Hack nicht mehr geben. Die Stadt Steyr hat dafür vorgesorgt, daß dort nicht spekuliert werden kann. Wir haben in einem schriftlichen Vorvertrag uns gesichert, daß, wenn dieser Betrieb abwandert - das können wir nicht verhindern oder beeinflussen - wenigstens die Gemeinde vorrangig als Interessent auftreten kann und nicht Privatspekulationen mit dann frei werdenden Grundstücken eintreten, die dem Stadtbild unter Umständen äußerst nachträglich sein könnten. Der Vorwurf also, es soll spekuliert werden und das sei der Hintergrund dieser ganzen Wehrgrabensituation - auch von Prof. Rainer ausgesprochen - ist eine glatte Unterstellung und völlig unwahr.

Zum Amtsbericht muß ich sagen, mir kommen öfter Notwendigkeiten unter, eine Bürgermeisterverfügung treffen zu müssen, aus Dringlichkeitsgründen. Ich habe sie schon getroffen, obwohl wir zu Jahresende einen gesamten Jahresterminkalender für das nächste laufende Jahr den Gemeinderäten übermitteln, ist es mir gerade in den Ferien so ergangen, daß sich sowohl Kollege Wallner entschuldigen ließ, als auch Kollege Fritsch. Ich mußte daher aus Gründen der Ferienzeit - jeder hat das Monate vorher gewußt, niemand hat widersprochen - einige Bürgermeisterverfügungen unterfertigen. Und noch eines, Kollege Fritsch, als Bürgermeister bin ich halt einmal verantwortlich, an der Spitze dieses Magistrates zu stehen. Ich trage diese Verantwortung im vollen Bewußtsein meiner Arbeit, ich entziehe mich dieser Verantwortung in keiner Weise. Auch dann nicht, wenn ich mit Ihrer Hilfe manchmal in der Öffentlichkeit diskriminiert werde in einer Art und Weise, die den Ton trägt, den heute Herr Gemeinderat Holub gezeigt hat. Ich nehme das auf Grund meines Alters mit gewisser Gelassenheit entgegen.

Nun zu diesem Bericht. Es war notwendig, am 10. Februar war Dipl. Ing. Paul vom Büro Kunze hier und hat erklärt, am 1. März müssen die Unterlagen draußen sein, weil der Fristenlauf so lange ist - das ist mit der Ingenieurkammer so abgesprochen - und er braucht eine Vorfinanzierung des Auftrages an die Druckerei und das beträgt 72.000 Schilling. In Anbetracht des Wissens, daß der Gesamtauftrag wesentlich mehr ausmacht, war es daher für mich keine Erschwernis oder eine Angst damit verbunden, diese Verfügung nicht zu unterfertigen, das mußte sehr schnell geschehen. Wir wollten den Antrag zurückstellen bis zur Stadtsenatsitzung, es war aber nicht möglich gewesen und in derselben Besprechung wurde vom Büro Kunze verlangt, daß die Juroren der Stadt Steyr zur Prämierung des Bewerbes genannt werden. Ich war dort allein, nicht einmal der Herr Magistratsdirektor war da, es war sein Stellvertreter Dr. Knapp dabei. Ich mußte also von mir aus die Entscheidung treffen, wer sollte nun seitens der Stadt Steyr - das wurde spontan verlangt - in dieses Komitee hinein genommen werden. Es wurde ausdrücklich vom Ausschreiber Kunze verlangt, auch im Interesse, auch im Interesse der Ingenieurkammer - das wurde schon früher gesagt - daß der Bürgermeister auf jeden Fall drinnen sein muß. Ich habe mich auch dieser Aufgabe nicht entzogen. Erst bei der Nominierung des zweiten Vertreters, war ich der Auffassung, daß in Kenntnis aller Rechtsgrundlagen der Magistratsdirektor wohl der am besten geig -

netste dafür ist, als zweiter Juror tätig zu sein, denn die künstlerische Entscheidung wird sowieso überwiegend von den drei von der Wissenschaft benannten und vom Ausschreiber her benannten Personen durchgeführt. Also in einem Verhältnis von 3 : 2, so daß dort eine Entscheidung möglich wird. Wenn sich also Kollege Fritsch beschwert, daß er zu diesem Zeitpunkt noch nicht informiert war, so muß ich sagen damals konnte ich ihn gar nicht informieren, denn ich glaube mich nicht zu täuschen, das war in der Ferienwoche und er war gar nicht erreichbar. Ich wollte das wirklich im Sinne eines koalitionsmäßigen Gedankensprunges regeln, um nicht von vornherein dem Vorwurf zu unterliegen, daß hier nur rote Juroren, wobei die anderen drei sicher keine Roten sind, genannt werden. Daher habe ich Schwarz und Fritsch als Ersatzleute nominiert. Wenn das aber nicht genehm ist, dann muß ich Herrn Dipl. Ing. Kunze berichten, daß eine Ersatznominierung erforderlich wird, weil Kollege Fritsch das nicht zur Kenntnis nimmt. Ich habe nur erklärt, daß dieser Vorwurf zu Unrecht besteht. Wenn man sich über eine Nominierung beschwert, dann hat man die eine Konsequenz offen selbst zu erklären, ich bin mit dieser Nominierung nicht einverstanden. Wenn diese Erklärung aber nicht kommt, ist der erste Beitrag illusorisch. Wir nehmen ihn zur Kenntnis. Es ist auch hier der Vorwurf angeführt, Winetzhammer hat eine Erklärung abgegeben.

Lieber Kollege Fritsch, meine Damen und Herren, ich glaube, ich komme mit Winetzhammer, obwohl er der ÖVP angehört, öfter ins Gespräch als Vertreter Eurer Partei. Weil es zwangsweise kommen muß, daß der Bürgermeister, heißt er wie immer und gehört er einer Partei an wie immer, mit dem zuständigen Referenten, ob rot oder schwarz, reden wird müssen über Fragen die die Stadt und die Stadtentwicklung betreffen. Nun wissen wir auch, daß in einer ÖVP-Zeitschrift vom Frühjahr 1981 ein Artikel gestanden hat, wonach Landesrat Winetzhammer erklärt, im Herbst 1981 wird mit dem Bau der Müllverwertungsanlage begonnen. Wir haben heute den 1. April 1982 und ich glaube nicht, daß diese Aussage voriges Jahr am 1. April war, ich glaube es war im März, und wir sind heute keinen Schritt weiter als etwa vor einem Jahr in dieser Frage. Was soll es also? Wir wissen gleichzeitig – zufällig weiß ich auch hier etwas mehr – daß erst in den letzten Tagen in einer Verhandlung zwischen Mitgliedern der Landesregierung die Zuweisungen an Wasser- und Kanalverbände in Oberösterreich insgesamt mit 200 Millionen Schilling dotiert, nunmehr auf 250 Millionen aufgestockt werden konnte zur Bedeckung der bereits bewilligten Vorhaben. Künftige sind da gar nicht mehr drinnen. Trotzdem fehlen – das haben wir auch schriftlich – 100 Millionen Schilling noch, um die bereits eingereichten Projekte für Abwasserbeseitigungsanlagen realisieren zu können. Wer soll diese 100 Millionen herbringen, als die Stadt Steyr. Zum Reinhaltungsverband möchte ich sagen, Sie im Gemeinderat wissen sehr genau, an muß sich nur die Mühe machen die Details zu erkennen oder jedenfalls wissentlich zu erfassen. Die Mitglieder des Reinhaltungsverbandes, außer der Stadt Steyr sind es 6 Gemeinden, und zwar Garsten, St. Ulrich, Behamberg, Dietach, Sierning und Aschach/Steyr, haben alle schriftlich erklärt, wenn das bestehende Projekt, das bewilligt ist, das finanzierungsmäßig auch gesichert ist, abgeändert wird, werden diese Gemeinden nicht einen Groschen dazu beisteuern zu einer Neuprojektierung oder zu erhöhten Kosten. Das muß ich hier zwecks Richtigkeit für die Protokolltreue noch erwähnen. Die übrigen Dinge müßte man so sehen, daß hier immer wieder von der Presse geredet wird. Ja, meine Herrschaften, die Presse kann ich leicht mit Informationen versorgen, wenn ich eine Horrormeldung weiter gebe, denn sie wird nicht auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft, sonst hätte das nicht im Profil stehen können. Im übrigen bin ich dem Profil dankbar, denn dort steht drinnen, – ich habe viele dieser Nachrichten in der letzten Zeit gelesen, zwar nicht alle, aber eben diese – der Bürgermeister handelt formal völlig korrekt. In der Öffentlichkeit und auch durch Ihre Beiträge hier im Gemeinderat und draußen, werde ich des öfteren, weil ich völlig korrekt nach dem österreichischen Gesetz vorgehe, oftmals behandelt und beschuldigt, als wäre ich ein Rechtsbrecher, dem man hier jede Rechtssicherheit absprechen müßte und der Handlungen setzt, die einfach nicht mit meinem Eid als Politiker und Bürgermeister vereinbar sind. Meine Damen und Herren, ich kann nicht jedem gegenüber meine Einstellung,

meine Erklärung abgeben. Ich habe nur die Möglichkeit, hier im Gemeinderatssaal vor dem Gemeinderat und für die Protokollwahrheit diese Dinge zu sagen. Daher glaube ich, daß man gerade in solchen Sachen das weitgehendst aus der persönlichen Emotion herauslassen soll. Wenn es aber gewünscht wird, muß man sich auch in dieser Frage auseinandersetzen, wenngleich dann eine neue Müllverarbeitung ohne Erfolg ist.

Zum Letzten, Sie vergessen ganz, – auch das ist Ihnen bekannt – warum wird der Wehrgraben von der Mehrheit und auch von mir als Bürgermeister, als Mitglied dieser Mehrheit und verantwortlicher Funktionär hier im Rathaus, immer wieder in den Vordergrund aller Überlegungen gestellt? In 20 Jahren ist der Bevölkerungsstand, die Einwohnerzahl des Wehrgrabens – hier rede ich nicht vom Kanal, denn für mich ist der Wehrgraben immer das Wohn- und Arbeitsgebiet und Verkehrsgebiet der gesamten Steyr-Niederung – um 35 % zurückgegangen. Wenn es also so schön ist, wie es oftmals in Filmen oder auf Dias gezeigt wird, mit Untermalung des Forellenquintetts, das Schubert angeblich gar nicht an der Steyr, sondern am Ramingbach komponiert hat, dann muß ich fragen, warum sind heute dort um so viele Menschen weniger, warum sind so viele auch der hier anwesenden Gemeinderäte weggezogen vom Wehrgraben? Der Herr Seidl war einmal im Wehrgraben, hat er mir erzählt, der Herr Mausz hat einmal im Wehrgraben gewohnt, der Herr Schwarz hat unten gewohnt. Von den Sozialisten hat Gemeinderat Bachner und Stadtrat Wippersberger dort gewohnt. Ja, meine Damen und Herren, warum sind die alle weg gegangen?

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, das ist 40 Jahre her, daß dort nichts geschehen ist!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das nehme ich zur Kenntnis und ich bin dafür, daß dort etwas geschehen soll, damit wir diesem Bevölkerungsschwund vorbeugen können. Der Hintergrund ist nämlich auch noch ein anderer und der muß Sie alle interessieren, wir bauen heute ständig an die Stadtgrenzen hinaus und haben nur mehr im Norden der Stadt Raum dazu. Wir grenzen in Niederösterreich an, in St. Ulrich, in Garsten, in Sierning. Wir bauen immer längere Straßen, immer längere Anschlußleitungen, Känle etc., mehr Verkehrswege, mehr Verkehrsmittel und die Einwohner sind in diesen geballten Räumen trotzdem nicht zufrieden. Da haben wir ein Gebiet, das voll revitalisierungsfähig und notwendig ist, wo man etwas im Stadtkerngebiet unternehmen kann. Nur bedarf es der nötigen Maßnahmen und die können sicher nicht allein darin liegen daß man sagt, das muß weiterrinnen. Damit ist noch nicht alles geschehen.

Nur wenn Steyrer Aussagen treffen, wie der Renommierbereich innere Stadt ist gar nichts, die Kultur von Steyr ist der Wehrgraben, oder, was es kostet – wie es der Herr Mader gesagt hat – ist mir egal, das Wasser muß weiter rinnen, dann sind das Aussagen, die sich jemand erlauben kann, aber die geistige und ideelle Qualifikation dazu muß man bei solchen Aussprüchen stark einschränken.

Oder, wir müssen die Verantwortlichen unter Druck setzen, oder die Gründung einer Bürgerwehr, wie es in der Steyrer Zeitung gestanden ist. Das sind doch lauter Aussagen, die in das Militante gehen. Ich bin einer aus der Vergangenheit, ich habe doch diese militanten Bürgerwehren als Kind erlebt, die Folgen wissen wir doch alle. Solche Dinge soll man hier nicht in den Vordergrund stellen.

Am Schluß noch etwas. Die Stadt Steyr hat ein Jubiläum erlebt mit einem Echo, das weit über Oberösterreich und zum Teil sogar über Österreich hinaus gedrungen ist. Die öffentlichen Auszeichnungen, die Steyr mehrmals in verschiedenen Richtungen erhalten hat, zeigen sich nur in einem Punkt, daß der österreichische Gemeindebund im Jahre 1981 die Stadt Steyr als besonders wertvoll im Sinne der Altstadtsanierung, der Revitalisierung und der Verschönerung der Stadt, bezeichnet hat, und dafür ein Ehrenzeichen übermittelt wurde. Frau Bundesminister Firnberg hat anläßlich der Verleihung des Ehrenringes auch mir eine Ehrenmedaille für besondere Leistungen am Denkmalschutz überreicht. Daher verstehe ich auch nicht, daß in der Zeitung behauptet wird – von Herrn Mader oder sonst wem – die Frau Minister ist böse auf mich. Aus

letzten Gesprächen kann ich das keineswegs bestätigen.

Ich glaube, daß wir berücksichtigen müssen, daß wir vor einer neuen Aufgabe stehen, daß eben Zeiten vergangen sind, daß lange Zeit nichts geschehen ist, weil diese Stadt sehr arm gewesen ist. Inzwischen haben wir einen Zeitraum erlebt, wo sich Steyr zu Wohlstand gekommen ist, der sich niederschlägt in der Verschönerung der vielen Bürgerhäuser und Sakralbauten. Meine Damen und Herren, eines habe ich immer wieder erwähnt und sage es auch heute, weil die Jugend hier ist. Ich weiß nicht und Sie wissen es auch nicht, wie lange uns die Konjunktur, die Weltsituation am Arbeitsmarkt noch in die Lage versetzen wird, viele Millionen Schilling in die Verschönerung unserer Stadtlandschaft zu stecken, ob wir nicht eines Tages gezwungen sein werden, wieder viel mehr dem sozialen Aspekt ausschließlich zu widmen, um die Not in unserer Stadt weitgehend einzuschränken.

Wenn wir von dieser Situation ausgehen, dann könnten wir uns finden in einer Einstellung, die dem Steyrer und dem Wehrgrabler, wie ich ihn nenne, dienen.

Am Ende danke ich auch Herrn Gemeinderat Zagler, der von der menschenwürdigen Umgebung im Wehrgraben gesprochen hat. Sie wissen scheinbar nicht, daß wir in Steyr schwach 3 % Gastarbeiter haben, gemessen an der Gesamtbevölkerung, und daß in diesem historischen Bereich – das gibt zu denken aus ganz bestimmten Gründen, die ich nicht näher erläutern möchte, die aber nicht bei den Gastarbeitern liegen – ein Anteil von 25 % der Bewohner Gastarbeiter sind. Sie brauchen nur die Wohnungen anzusehen, dann sieht man, warum das so ist. Der Wehrgrabenkanal ist auch ökologisch nicht von Bedeutung insofern, als der Kanal selbst von der gesamten Wasserfläche der Stadt Steyr nur 0,4 % einnimmt. Wenn man nur die Steyr allein heranzieht und das gesamte Steyr-Niederungsgebiet, so hat der Wehrgrabenkanal davon eine Fläche von 4 %. Ich kann mir nicht vorstellen, daß davon eine Verschlechterung der Ökologie zu erwarten wäre.

Ich habe schon gesagt, ich danke Kollegen Gemeinderat Schwarz, der die Stadt nach wie vor für schön findet, denn aus den bisherigen Ansichten aller Gegner der Ansichten, die von der Rechtsgrundlage ausgehen, scheint man ja den Eindruck in Österreich zu erwecken, daß Steyr auf gut Deutsch gesagt eine "Scheiß-Stadt" ist, wo alles unterlassen wurde, was dieser Stadt dienen könnte. Nur der Steyrer selbst weiß es besser. Wir, die wir daran gearbeitet haben, wissen es auch besser. Warum also immer diese Ausdrücke in der Zeitung, daß die Stadt keine Kulturstadt ist, daß sie mindere Qualität bezüglich der Wohnungen und des Aussehens besitzt. Herr Gemeinderat Schwarz hat mit Recht die zwei Theater, die zwei Brücken angeführt. Ja, meine Herren, es gibt eine ganze Reihe anderer Maßnahmen mehr, wo hunderte Millionen Schilling in Bewegung gesetzt wurden. Aber diese hunderte Millionen Schilling haben sich umgesetzt in Leistungen, die nicht nur sichtbar, sondern nutzbar sind. Und die haben sich umgesetzt in hunderte Millionen Schilling Arbeitsstunden, Arbeitslohn für viele Menschen im Bau- und Baunebengewerbe. Wenn aber der Kanal offen bleiben soll und deswegen 50 Mill. mehr aufzuwenden sein müßten, dann verfließen diese 50 Millionen allein, womit keinem einzigen Menschen eine Stunde Arbeit verschafft wurde oder nur irgend ein Vorteil für diesen Bereich gegeben wäre.

Ich muß also sagen, daß am Abschluß meiner Überlegungen doch die Sorge um das Wasser und um die Qualität dieses Wassers steht. Steyr stand heuer einmal kurz vor der Katastrophe, die Trinkwasserversorgung zusperrten zu müssen, um nicht Schadstoffe in die Haushalte gelangen zu lassen. Das hätte verheerende Folgen für die Menschen in unserer Stadt gehabt. Um das zu verhindern und die letzten Ölunfälle auf der Enns zeigen, wie notwendig die Verrohrung aller Abwasserstränge ist, müssen wir gerade im Wehrgrabenkanal der Wasserqualität im Sinne unserer Grundwassersicherheit ein wesentlich höheres Augenmerk zuwenden, als das vielleicht noch vor einigen Jahren der Fall gewesen ist.

So schließe ich meinen Beitrag mit dem Hinweis in der Hoffnung, daß Sie doch manches von dem, was ich gesagt habe, als ernste Mahnung betrachten, nicht die eigene Arbeit schlecht zu machen – es ist nicht meine allein, es ist Ihre genau so – und das gemeinsame Bemühen, das uns wirklich in den letzten Jahren zu vielen Erfolgen für die Steyrer

Bevölkerung und für die Verschönerung der Stadt verholfen hat, nicht durch unlautere Aussagen zu untergraben, sondern mitzuhelfen, durch einen Beschluß im Sinne des Antrages, daß wir Zug um Zug einer Verbesserung unserer Stadtlandschaft zustreben können.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für sein Schlußwort. Ich darf Sie nochmals daran erinnern, daß ein Abänderungsantrag vorliegt. Nach § 8 der Geschäftsordnung ist über diesen Antrag zuerst abzustimmen.

Ich frage also, wer dem Abänderungsantrag, der seitens der Österreichischen Volkspartei eingebracht wurde die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist gegen diesen Antrag?

Für den Antrag: 9 ÖVP, 1 FPÖ, 1 KPÖ

gegen den Antrag: 22 Stimmen SPÖ.

Danke. Damit ist dieser Abänderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag des Stadtsenates. Wenn Sie dem Antrag des Stadtsenates die Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe?

Für den Hauptantrag: 22 Stimmen SPÖ,

gegen den Antrag: 9 Stimmen ÖVP, 1 FPÖ, 1 KPÖ.

Der Antrag ist damit beschlossen.

Ich danke und übergebe den Vorsitz wieder an Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Mühe der Vorsitzführung und bitte nun Kollegen Schwarz als Berichtserstatter zu Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Begriff Wasser ist irgendwie verbunden mit Kühlung. Aber wenn es um das Wasser des Wehrgrabens geht, hat das nichts mit Kühlung zu tun, sondern es ist nicht nur hier herinnen heiß, sondern die Gemüter erhitzen sich mehr, als man es bei Wasser annehmen würde. Ich glaube daher, daß die Sachanträge, die nunmehr in Behandlung stehen, beweisen, daß wir in der Gemeinde vielschichtige Probleme zu behandeln haben und daß die Behandlung dieser Sachanträge sicher dazu beitragen wird, die Gemüter wieder zu beruhigen.

Im ersten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um einen Grundverkauf seitens des Magistrates an die Firma Musica.

Die Musikinstrumentenfabrik MUSICA in Steyr, Pyrachstraße 1, hat beim Magistrat um Überlassung eines Gewerbegrundstückes angesucht und ausgeführt, daß sie eine Vergrößerung ihres Warensortiments und einen Ausbau des Großhandels beabsichtige. Ich darf den Antrag des Stadtsenates zur Verlesung bringen:

2) ÖAG2945/81

Verkauf eines Grundstückes an die Firma MUSICA.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf einer etwa 5600 m² großen Grundfläche aus den städtischen Parzellen 1700/1 und 1704/3 zum Preise von S 500,-/m² an die Firma MUSICA, Musikinstrumentenfabrik, Steyr, Pyrachstraße 1, wird zugestimmt. Für den anteiligen Straßengrund, der an das öffentliche Gut abzutreten ist, ist der gleiche Preis zu bezahlen. Die verkauften Grundflächen dürfen ausschließlich nur zur Errichtung und Etablierung des Gewerbebetriebes durch die Käuferin innerhalb von drei Jahren verwendet werden. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Rechtes vor. Die Entrichtung des Kaufpreises hat in drei gleichen unverzinslichen, jedoch nach dem Verbraucherpreisindex wertgesicherten Jahresraten zu erfolgen, wobei die erste Rate bei Vertragsabschluß fällig

ist. Die Kaufpreisrestzahlung ist auf dem Kaufobjekt pfandrechtlich sicherzustellen. Sämtliche, mit dem Verkauf verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Käuferin.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Erhebt jemand Einspruch? Auch nicht, Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um den Verkauf eines Grundstückes auf Grund einer Option an Alfred Ametz, Baustoffhandel, in Steyr, Haratzmüllerstraße 65 b. Ich glaube, ich kann mir Erläuterungen aus dem Amtsbericht ersparen, weil diese Umstände sicher aus den Vorberatungen bekannt sind. Ich darf mich auf den Antrag beschränken. Dieser lautet:

3) ÖAG-1620/79

Verkauf eines weiteren Industriegrundstückes aufgrund einer Option an Alfred Ametz, Baustoffhandel, Steyr, Haratzmüllerstraße 65 b.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf eines Industriegrundstückes an der Haager Straße, Parzelle 1/7, Kat. Gem. Hinterberg, im Ausmaß von 3057 m² einschließlich des abzutretenden Straßengrundes im Ausmaß von 226 m² zum Preis von S 170,-/m² an Herrn Alfred Ametz, Baufirma, Baustoffhandel und Baugeräteverleih, Steyr, wird zugestimmt. Der Käufer ist verpflichtet, auf dem Kaufgrundstück innerhalb von drei Jahren eine gewerbliche Betriebsanlage zu errichten bzw. das Kaufobjekt für die Erweiterung seiner, auf dem Nachbargrundstück 14/9 befindlichen Betriebsanlage zu verwenden. Im Falle der Nichterfüllung dieser Verpflichtung behält sich die Stadtgemeinde ein Wiederkaufsrecht an dem Grundstück vor; gleichzeitig hat der Käufer ein Vorkaufsrecht auf dem Kaufobjekt einzuräumen.

Der Entrichtung des Kaufpreises in drei gleichen Jahresraten, beginnend ab 1. Oktober 1982, wird zugestimmt, wobei die Ratenzahlungen unverzinslich, aber in der üblichen Form wertgesichert (Basis Vertragsabschluß), zu leisten sind, der Kaufpreisrest ist auf der Kaufliegenschaft pfandrechtlich sicherzustellen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Erhebt jemand Einspruch? Auch nicht der Fall. Enthaltungen? Keine, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir werden nach Abhandlung der Berichtspunkte von Kollegen Schwarz eine kurze Pause einschalten.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, auch im nächsten Antrag geht es um eine Grundsache, und zwar um den Grundankauf von den Ehegatten Knogler, Steyr, Steiner Straße 4. Hier bitte ich um Zustimmung zu folgendem Antrag:

4) ÖAG-5876/81

Ankauf eines Grundstückes von Johann und Josefa Knogler.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der neu geschaffenen Grundparzelle 1723/1 im Ausmaß von 3693 m² zuzüglich 238 m² Straßengrund zum Preis von S 700,-/m² von den Ehegatten Johann und Josefa Knogler, Steyr, Steiner Straße 4, wird zugestimmt. Zum Zwecke der Bezahlung des Gesamtkaufpreises von S 2,751.700,- zuzüglich Grunderwerbsteuer und Eintragungsgebühr wird der Betrag von S 2,190.000,- bei VA-St 5/8400/0010 freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von S 810.000,- bei dieser VA-St bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Darlehensaufnahme.

Ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Herr Kollege Steinmaßl bitte!

GEMEINDERAT RUDOLF STEINMASSL:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Als Wirtschaftssprecher der Sozialistischen Fraktion gestatten Sie mir einige Worte zu dem uns vorliegenden Antrag vorzubringen. Im Interesse einer kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung unserer Stadt ist es unerlässlich, daß zur Ansiedlung von Betrieben, gleich welcher Art, Baugründe seitens der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Aus dieser Überlegung heraus hat die Stadtgemeinde geradezu die Verpflichtung, das uns angebotene Grundstück an der Ennser Straße käuflich zu erwerben. Was den Kaufpreis betrifft, so ist dieser sicher infolge der Stadtnähe des Grundstückes ein annehmbarer. Um solche günstig situierten Grundstücke herrscht seitens der Wirtschaft, wie in der Vergangenheit oft bewiesen, rege Nachfrage. Diese Grundstücke gehen weg, wie die sprichwörtlichen "warmen Semmeln", noch dazu, wo der Kaufpreis für den Bewerber niedriger ist als der, den die Gemeinde dafür bezahlen muß. Dieser nicht unbeträchtliche Preisnachlaß seitens der Stadt stellt ja eine effektive Gewerbeförderung dar. Auf Grund dieser Erkenntnisse ersuche ich Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke.

Weitere Wortmeldungen sehe ich keine, daher stimmen wir ab. Ist jemand gegen den Antrag? Nein. Gibt es Enthaltungen? Auch nicht der Fall, daher einstimmig angenommen.

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um:

5) ÖAG-3743/81

Stadtwerke

Trinkwasserversorgungsanlage des Wasserverbandes "Region Steyr", Bauabschnitt 01; Ankauf der für die Errichtung der Brunnenanlage Tinsting, Gemeinde Garsten, erforderlichen Grundstücke.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zuge der Neuerrichtung der Trinkwasserversorgungsanlage des Wasserverbandes "Region Steyr", Bauabschnitt 01, im Gemeindegebiet der Stadt Steyr und der Marktgemeinde Garsten wird zur Errichtung der Brunnenanlage und der Zufahrt dem Ankauf der neu geschaffenen Grundparzelle 542/2, EZ 26, KG Pergern, zum Preis von S 300,-/m² zuzüglich Entschädigungen in Höhe von S 100,-/m², weiters dem Ankauf der Parzelle 542/3 zum Preise von S 80m-/m² von den Ehegatten Anton und Marianne Weindl, Landwirte, Garsten, Tinstingerstraße 42 und dem Ankauf eines Grundstreifens im Ausmaß von 347 m² aus der Parzelle 418, EZ 25, Kat. Gem. Pergern von den Ehegatten Josef und Katharina Greil, Landwirte, Garsten, Tinstingerstraße 40, zugestimmt. Der Aufwand für diese Ankäufe wird von den Stadtwerken getragen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Herr Kollege Kinzelhofer bitte!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Wertes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, bei diesem Tagesordnungspunkt darauf hinzuweisen, wie wichtig der Ankauf dieser Grundparzelle ist, um ein zweites Brunnenfeld für die Stadt Steyr und die Region, die die Gemeinden Steyr, Garsten, St. Ulrich umfaßt, errichten zu können. Wir haben unsere Versorgung heute grundsätzlich aus dem Brunnenschutzgebiet in Dietach und versorgen damit die gesamte Region. Wir fördern mit 5 Brunnen täglich 15.060 m³ und verbrauchen im Durchschnitt 11.172 m³. In Steyr haben wir einen Tagesverbrauch von 222 l pro Person. Und wir wissen - darauf hat auch der Herr Bürgermeister in seiner Einleitung hingewiesen - wenn wir nur eine Versorgungsmöglichkeit haben, daß es im Katastrophenfall nicht möglich ist, die Stadt ausreichend zu versorgen. Sie erinnern sich an den Tankstellenunfall in Dietach, damals waren wir schon in einer solchen Lage und ich erinnere auch an den Ölalarm bei BMW und den Ölalarm auf der Enns. Wir hatten im Jahr 1981 eine Förderung von 4,077.229 m³ Wasser und 3,4 Mill. verkauft. Wir liefern - auch das ist interessant - an Garsten bereits jetzt 173.000 m³, an St. Ulrich 17.000 m³, an Behamberg 5.000 m³ und an Dietach 1.559 m³. Der Ausbau des "Kaisergutes", so nennt sich diese Region, wird insgesamt 10.058.000 Schilling kosten und wir haben bereits dazu die erste Förderung bekommen in der Höhe von 3,2 Mill. Schilling. Bei dieser Angelegenheit hat aber die Stadt Steyr einen Anteil von 8,9 Millionen zu leisten, Garsten 882.000,- und St. Ulrich 186.000 Schilling. Ich möchte feststellen, wie wichtig es ist, daß wir auf zwei Versorgungszonen zurückgreifen können, damit wir auch in Zukunft unsere Stadt mit gutem Wasser versorgen können.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Punkt? Herr Gemeinderat Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Völlig einer Meinung mit dem Vorredner kann ich namens meiner Fraktion dazu sagen, daß wir natürlich auch froh sein, daß endlich eine Beschlußfassung herbeigeführt werden kann rund um die Schaffung eines 2. Brunnenfeldes. Herr Stadtrat Kinzelhofer hat uns schon, so wie Bürgermeister Weiss, aufgezeigt die Problematik der Wasserversorgung aus einer zentralen Entnahmestelle. Seit Jahren haben wir quer durch die Fraktionen über dieses gemeinsame Ziel diskutiert, eine zweite oder wenn möglich dritte Förderungsstelle zu entwickeln, zuerst aufzubringen und dann in Betrieb zu nehmen. Die Zahlen waren sehr aufschlußreich und interessant. Ich nehme an, daß wir um diesen Vorgang noch eine ganze Reihe von Beschlüssen zu fassen haben, insbesondere dann, wenn es gilt, die Mittel zur Herstellung der Förderungsanlage und zum weiteren Betrieb zu bewilligen. Uneingeschränkte Zustimmung dazu und ein aufrichtiges "endlich ist es so weit".

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir kommen zur Abstimmung, da keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im nächsten Antrag werden Sie gebeten, der Pächterin des Restaurants Theaterkeller, im Zusammenhang mit den Förderungsmaßnahmen für die Inbetriebnahme, die beweglichen Inventare abzukaufen. Diese Maßnahmen scheinen auf Grund der besonderen Umstände, die in diesem Restaurant aufgetreten sind – Sie kennen sie alle – notwendig, um eine Fortführung dieses Betriebes sicherzustellen. Der entsprechende Antrag lautet:

6) GHJ2-462/79

Restaurant-Cafe-Theaterkeller; Übernahme des von Hildegard Wimmer angekauften Inventars.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf des von Frau Hildegard Wimmer anlässlich der Pachtung des "Restaurants Cafe Theaterkeller" in Steyr, Volksstraße 5, für diesen Betrieb angeschafften Inventars laut dem von der Magistratsabteilung VI erstellten Inventarverzeichnis zum Preise von S 500.000,- durch die Stadtgemeinde Steyr wird zugestimmt. Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung von S 500.000,- bei VA-St 1/8912/0430 bewilligt, wobei deren Deckung durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln erfolgt. Auf das nunmehr von der Stadt angekaufte Inventar finden die Bestimmungen des Pkt. VIII des Pachtvertrages vom 20. 11. 1979 analog Anwendung.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Es liegen keine vor, wir stimmen daher ab. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, daher einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, werden Sie gebeten, Ausgaben zuzustimmen für Instandsetzungsarbeiten am gemeindeeigenen Objekt Wagnerstraße 2 - 4. Der Antrag lautet:

7) GHJ2-147/82

Gemeindeeigenes Objekt Wagnerstraße 2 - 4;
Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 18. 3. 1982 werden im Zusammenhang mit erforderlichen Instandsetzungsarbeiten am gemeindeeigenen Objekt Wagnerstraße 2 - 4 nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten an der Fassade: an die Firma Negrelli, Steyr, zum Preise von S 405.525,--
2. Maler- und Anstreicherarbeiten (Fassade und Fenster): an die Firma Huber, Steyr, zum Preise von S 316.590,--
3. Tischlerarbeiten (Fenster): an die Firma Staudinger, Steyr, zum Preise von S 36.960,--.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 760.000,-- (Schilling siebenhundertsechzigtausend)

werden bei VSt 1/8460/0100 freigegeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dazu hat sich niemand zu Wort gemeldet. Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, mit Ihrer Zustimmung machen wir eine kurze Lüftungspause.

Es wird aber empfohlen, hier zu bleiben, denn dieser Saal ist größer als der Gemeinderatsitzungssaal und somit auch die Luftverhältnisse besser.

Pause von 16.40 bis 17.10 Uhr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, in altgewohnter Umgebung setzen wir unsere Beratungen fort. Ich sehe, daß alle mit diesem Standortwechsel zufrieden sind, wir können daher die Sitzung wie gewohnt weiter fortführen.

Als nächster Berichterstatter ist nunmehr Kollege Fürst an der Reihe und ich bitte ihn zum Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, hochgeschätztes Präsidium!

Die ersten zwei Anträge, die ich Ihnen zur Beschlußfassung vorzubringen habe, sind Formalanträge und dienen als rechtliche Grundlage zur Erstellung des Rechnungsabchlusses.

Der erste Antrag lautet:

8) Buch-6500/81

Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgaben-
kredite im Rechnungsjahr 1981.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage angeführten Überschreitungen von Ausgabenkrediten des Voranschlages (inkl. Nachtragsvoranschlag) 1981 von insgesamt S 16,386.000,- werden genehmigt. (BEILAGE A).

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Ich frage wie üblich, ob jemand gegen den Antrag ist oder ob es eine Enthaltung gibt? Der Antrag ist angenommen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der zweite Antrag lautet:

9) Buch-6500/81

Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1981
und Entnahme und Zuführung an die Rücklage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Deckung des Abganges im außerordentlichen Haushalt in Höhe von S 6,441.245,17 sind aus der Rücklage für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers
S 1,412.888,82
zu entnehmen.

Ferner sind aus dem ordentlichen Haushalt S 5,028.356,35
an den außerordentlichen Haushalt zuzuführen, sodaß
der Abgang des außerordentlichen Haushaltes in
Höhe von S 6,441.245,17
=====

zur Gänze gedeckt ist.

Zur Deckung des Abganges im außerordentlichen Haushalt in Höhe von S 5,028.356,35 wird der Betrag von S 5,028.400,- bei der VA-St. 1/9800/9100 als Zuführung des ordentlichen Haushaltes an den außerordentlichen Haushalt freigegeben.

Für die Zuführung des Betrages von S 53,109.223,91 an die Allgemeine und Betriebsmittelrücklage wird bei der VA-St. 1/9120/2980 der Betrag von S 19,102.900 freigegeben und eine Kreditüberschreitung bei derselben VA-Stelle in Höhe von S 34,006.300 bewilligt.

Ich bitte auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Gemeinderat Holub bitte.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, geschätztes Präsidium!

Die beiden vorliegenden Anträge - einen davon haben wir schon einmütig beschlossen, - nämlich die Überschreitung veranschlagter Ausgabenkredite im Jahr 1981 und der zweite betreffend die Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1981 und Entnahme und Zuführung an die Rücklage, korrespondieren miteinander. Um die Sitzung nicht unnötig zu verlängern ist es sinnvoll, über beide unter einem zu reden. Das Typische an diesem vorbereitenden Antrag zum Rechnungsabschluß, wie Sie Herr Stadtrat Fürst das korrekterweise sachlich richtig bezeichnet haben, ist die außerordentlich komplexe Wirtschaftssituation. Komplex ist etwas zart ausgedrückt, man könnte es auch komplizierte Finanzierungssituation unserer Stadt nennen. Einerseits war es notwendig, Mittel aufzunehmen, insbesondere um den außerordentlichen Haushalt zu finanzieren, andererseits haben wir dann überraschenderweise - darüber haben wir uns schon im Rahmen des Nachtragsvoranschlages auseinandergesetzt - größere Mittel vereinnahmt, mit denen einfach nicht direkt zu rechnen war. Wir haben uns schon in der Diskussion beim Nachtragsvoranschlag über die Zahl von 19 Mill. auseinandergesetzt und jetzt sehen wir, was für die Stadt ja erfreulich ist, daß wesentlich mehr über geblieben ist. Nachdenken sollte man meiner Meinung nach darüber, warum blieb das über und es ist ja zwischen den Zeilen auch dem Amtsbericht zu entnehmen, wenn Sie sagen teils durch offene Fakturen, weil die Vorhaben noch nicht abgerechnet wurden, aber auch teils durch Nichtinanspruchnahme von Maßnahmen, durch die Mittel nicht nur budgetiert sondern auch herbeigeführt wurden. Diese beiden Punkte sollten wir uns vor Augen

führen, wenn wir wieder diskutieren rund um Voranschläge, nämlich insoweit diskutieren, wie weit die Vorhaben, über die wir uns dann am Jahresende einheitlich im Interesse der Stadt und ihrer Bürger freuen, wie weit wir wirklich in der Lage sind, diese Maßnahmen zu setzen.

Ich gebrauche absichtlich nicht den Ausdruck Budgetwahrheit, weil er in dem Fall zwar anzuwenden wäre, aber zum Problem nichts bringt. Das Problem stellt sich ganz einfach so dar, daß wir vor einer Fülle von Notwendigkeiten stehen für unsere Stadt und deren Bürger und daß wir vielleicht besser beraten wären, wenn wir im voraus schon gezielter planen, so wie es jedes wirtschaftliche Unternehmen machen muß. Ich räume ohne weiteres ein, daß jeder einzelne Punkt nicht nur, wie er gefordert wird, sondern auch wie er budgetiert wird, notwendig ist. Aber man müßte halt dann mit der Mittelaufbringung dementsprechend – vorsichtig ausgedrückt – zielgerichtet vorgehen, daß sich dann solche komplizierten Beschlüsse erübrigen. Ich kann mir vorstellen, daß sich zumindest der Finanzstadtrat mit diesen Vorgängen, die sich jetzt antragsmäßig niederschlagen, zumindest gedanklich sehr stark beschäftigt. So einfach war das, wie man das hier liest, offenbar sicherlich nicht herbeizuführen, daß das dann auch im Rahmen einer ordentlichen kameralistischen Buchung abzuwickeln ist. Dafür den durchführenden Beamten und auch dem Referenten ein Kompliment. Dieses Kompliment besagt aber nicht, daß die schwierige Situation dadurch gelöst ist und dazu müssen wir alle beitragen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Es liegt keine vor, ich bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr verehrte Damen und Herren, Kollege Holub hat umschreibend die Situation skizziert. Ich möchte Sie doch, um ein vollkommeneres Bild zu bekommen, nochmals aufklären. Der eine Betrag einer Nachzahlung ist klar im Raum gestanden. Wir haben aber, wie Sie alle wissen, in unserem Budget ein großes Hindernis, wirklich budgetwahr zu budgetieren, denn wir müssen Posten einsetzen, die bereitgestellt werden müssen und deren Abruf nicht von uns alleine abhängig ist. Ich denke nur an die enge Verflechtung unserer Anteile mit den Bundesbauten, wo wir die Beträge haben sollten, aber auf der anderen Seite nie wissen, werden sie heuer, nächstes oder übernächstes Jahr abgerufen. Ein Umstand, der noch dazu beigetragen hat, – denken Sie an den frühen Wintereinbruch des vergangenen Jahres, der dem Abschluß von vielen Bauvorhaben hinderlich war und die daher auch nicht abgerechnet werden konnten. Es entsteht jetzt das optische Bild, daß wir momentan sehr viel Geld hätten, das ist aber nicht der Fall. Das wurde nur mit herüber genommen ohne unser Wollen vom Rechnungsjahr 1981 zum Rechnungsjahr 1982.

Einer der nächsten Akten, die ich Ihnen zur Beschlußfassung vorlegen werde, nimmt gleich 1 Million von dem in Anspruch, was bereits im Vorjahr zu bezahlen gewesen wäre. So schön sich diese Situation momentan ausnimmt, ist sie nicht. Es sind größtenteils aufgenommene Kredite und noch offene Rechnungen aus dem Vorjahr. Ich bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Vielleicht darf ich ergänzend zur Budgetwahrheit noch sagen, daß wir durch unsere eigenen Entscheidungen dieser Wahrheit untreu werden. Die Fußgeherbrücke Münchenholz war ein typisches Beispiel, wo man relativ kurzfristig eine Entscheidung treffen mußte, die etwa an die 5 Millionen mehr gekostet hat, die 3 Millionen für die Schiffweg-Hangsanierung, 4 Millionen für die Lauberleiten-Sanierung. Das sind alles Beträge, die eine Budgetwahrheit sehr stark verändern können. Aber all das liegt im Interesse der Sicherheit der Bewohner oder im Interesse einer besseren Infrastruktur. In solchen Fällen muß man eben diese Abweichungen positiv zur Kenntnis nehmen. Gott sei Dank sind wir zum Unterschied von anderen Gemeinden in der Lage, diese auch ver-

kraften zu können. Das nur als Abschluß.

Meine Damen und Herren, wir stimmen ab. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen werden auch keine angezeigt, somit erfolgt dieser Beschluß einstimmig.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag befaßt sich mit dem Grunderwerb von den Eigentümern Neudeck, Löbl und Lechner. Der diesbezügliche Antrag lautet:

10) ÖAG-5107/81

Kaufverträge der Stadt mit Brunhilde und Dipl. Ing. Eberhard Neudeck, Ingeborg Löbl und Helga Lechner; Grunderwerbsteuer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Bezahlung der Grunderwerbsteuer und die Eintragungsgebühr aus den Kaufverträgen der Stadt mit Brunhilde Neudeck, Ingeborg Löbl, Helga Lechner und Dipl. Ing. Eberhard Neudeck über die Liegenschaften EZ 1816, 2432 je KG Steyr sowie EZ 99, KG Sarning, wird ein Betrag von S 810.000,- bei VA-St 5/8400/0010 freigegeben. Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 4 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesen Betrag freizugeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Herr Kollege Fritsch hat sich dazu zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Relativ einfach und kurz – Kollege Fürst kann gleich beim Rednerpult bleiben. Nachdem unsere Fraktion dem Hauptantrag die Zustimmung verweigert hat, ist natürlich der Folgeantrag von uns auch negativ zu bescheiden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Redner ist Kollege Schwarz.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, daß man dieses Problem, daß die ÖVP gegen die Steuerleistung in diesem Fall ist, doch hier aufzeigen sollte. Das ist eine eigentümliche Sache. Der Gemeinderat hat diesen Grundankauf beschlossen gegen die Stimmen der ÖVP. Das ist richtig, dieses Recht steht Ihnen zu, Sie sind eben gegen diesen Ankauf gewesen. Aber der Gemeinderat hat in seiner Mehrheit ein Rechtsgeschäft getätigt, einen Ankauf durchgeführt, der vorliegt. Das ist zur Kenntnis zu nehmen, und das ist meines Erachtens nach von Ihnen auch zur Kenntnis zu nehmen. Und es ist sicher nicht richtig – darauf möchte ich Sie aufmerksam machen – wenn Sie sich gegen die bestehenden Steuergesetze stellen, denn dieser Beschluß sagt sonst nichts, als daß Sie eine Steuerzahlung verweigern für ein vorhandenes und bestehendes Rechtsgeschäft..

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Kollege Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wenn mein Fraktionsobmann, meine Damen und Herren, Vizebürgermeister Fritsch, Ihnen in sehr kurzen Worten den uns naheliegenden Schluß dargebracht hat, daß wir diesem Antrag nicht zustimmen können, so beinhaltet das natürlich keineswegs, daß wir gegen die Entrichtung von Steuern sind. Ich glaube, das ist Ihnen allen begreiflich. Eine Form nicht zuzustimmen ist auch die Stimmenthaltung und in dieser Richtung werden wir uns verhalten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Auch ich sehe mich auf Grund der Situation veranlaßt, im Namen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion eine Erklärung abzugeben. Auch wir waren damals dagegen, daß dieser Kaufvertrag zustande gekommen ist, weil damit ein Architektenvertrag verbunden war, den wir abgelehnt haben. Aber ich werde mich jetzt ganz kurz fassen und erklären, daß wir uns der Stimme enthalten, um nicht in den Verdacht zu geraten, daß wir gegen die Einhebung von Steuern sind.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Zwei salomonische Erklärungen. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Keine, ich bitte den Berichterstatter um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Ich darf nur bitten, über den Antrag abzustimmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, das was ich jetzt sage, ist polemisch. Denken wir an öffentliche Äußerungen von Außenstehenden, daß wir im Wehrgraben spekulieren. Wenn wir nicht - das sage ich zum Grundkauf selbst - dort zugegriffen hätten, hätte leicht die private Hand dieses Grundstück erwerben können und von ihrer Seite alles tun und lassen können, was sie möchte. Wenn die Gemeinde einen Zugriff nimmt zu Grundstückserwerben, so glaube ich haben wir wohl die größte Sicherheit, daß eine sinnvolle Verwertung zum Allgemeinnutzen Platz greifen kann.

Nachdem kein Schlußwort vorliegt, wird darüber abgestimmt. Aus der Diskussions-situation kann ich entnehmen, daß es keine Gegenstimmen gibt. Wie ich vernommen habe, gibt es Stimmenthaltungen und ich bitte in diesem Falle um ein Zeichen mit der Hand? Danke. (11 Stimmenthaltungen (9 ÖVP, 1 FPÖ, 1 KPÖ)). Der Antrag ist damit mit Mehrheit entschieden.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Die zentrale Kläranlage erfordert den Ankauf eines Grundstückes. Der Antrag lautet:

11) Bau6-1782/76

Reinholdungsverband Steyr und Umgebung; Errichtung der Kläranlage Hausleiten;
Verkauf der städtischen Grundparzelle 1163/2, KG Gleink, EZ 333 an den RHV.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes des Stadtbauamtes - Reinholdungsverband Steyr und Umgebung - vom 12. 3. 1982 wird dem Verkauf der städtischen Grundparzelle 1163/2, KG Gleink, EZ 333, im Ausmaß von 5.537 m² zum Preis von S 190,-/m² demnach um S 1,052.000 an den RHV Steyr und Umgebung zur Errichtung einer Kläranlage in Hausleiten zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 1,052.000,-- (eine Million zweiundfünfzigtausend)

bei VSt 9/----/2790 als Vorfinanzierung für den Reinholdungsverband freigegeben.

Ich bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wird zum Antrag eine Wortmeldung gewünscht? Es gibt keine Wortmeldung, daher wird darüber abgestimmt. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Enthaltungen? Ebenfalls keine, auch dieser Beschluß ist einstimmig.

Ich danke Kollegen Fürst für den Vortrag seiner Tagesordnungspunkte.
Anstelle von Frau Stadtrat Kaltenbrunner bitte ich ebenfalls Herrn Stadtrat Fürst um den Vortrag des nächsten Punktes.

STADTRAT RUDOLF FÜRST (anstelle von Frau Stadtrat Anna Kaltenbrunner):
Der diesbezügliche Antrag lautet:

12) Buch-1575/82

Zentralaltersheim; Ankauf von Zimmer-
einrichtungen; Kreditüberschreitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 29. 10. 1981 wurde der Auftrag zur Neumöblie-
rung von insgesamt 41 Einbettzimmern in der allgemeinen Abteilung des Altbaues des
Zentralaltersheimes (Lieferung und Montage der Einrichtung) an die Firma Steinmaßl,
Steyr, zum Preis von S 803.887,- übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel im
Ausmaß von S 804.000,- wurden unter einem freigegeben.

Da jedoch die Lieferung der Möbel im Rechnungsjahr 1981 nicht mehr möglich war,
konnten auch die freigegebenen Mittel nicht mehr beansprucht werden. Es wird daher nun-
mehr zur finanziellen Abwicklung des Auftrages für das Rechnungsjahr 1982 eine Kre-
ditüberschreitung im Ausmaß von

S 804.000,-- (achthundertviertausend)

bei der VSt 1/4200/0430 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch
die hierfür gewährte Subvention des Amtes der öö. Landesregierung zu erfolgen.

Ich darf Sie bitten, diesen Antrag zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Antrag. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Gibt es Ent-
haltungen? Auch nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Fürst, nächster Berichterstatter ist Kollege Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Wertes Präsidium, geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen vier Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzulegen.

Der erste Antrag betrifft die Neufestsetzung der Tarife für die städtische Bestattung.

Auf Grund einer Verordnung des Landeshauptmannes für Oberösterreich vom 17. De-
zember 1981 sind Höchsttarife festgelegt worden. Unsere letzte Regelung war 1978.

Ich kann mir Einzelheiten ersparen, da im Amtsbericht diese ersichtlich sind. Ich

möchte nur feststellen, daß gegenüber dem Höchsttarif bei uns eine Verminderung um
28 % erfolgt. Es ergeht daher der Antrag:

13) ÖAG-364/82

Stadtwerke

Neufestsetzung der Tarife für die städtische Bestattung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 15. 2. 1982 werden die Bestattung-
tarife mit Wirkung vom 1. 4. 1982 entsprend der diesem Beschluß als wesentlicher
Bestandteil angeschlossenen Anlage festgesetzt. (BEILAGE B)

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Bericht. Erste Wortmeldung Herr Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Neufestsetzung der Tarife für die städtische Bestattung mit heutigem Tag

wird immer wieder damit begründet, daß der Landeshauptmann von Oberösterreich mit einer Verordnung - Kollege Kinzelhofer hat das erwähnt - vom 17. Dezember 1981 die Anhebung der Höchstarife für Bestattungsleistungen festgelegt hat. Der durch den Landeshauptmann genehmigte Höchstarif sieht laut Amtsbericht eine Erhöhung von 15 - 20 % vor.

Meine Damen und Herren, warum muß man das immer erwähnen? Noch dazu wenn sofort der Referent hinzufügt, daß wir sowieso weit unter dem Höchstbeitrag liegen. Es ist also gar nicht notwendig, daß man auf eine Verordnung vom Landeshauptmann wartet, sondern man hätte ohne weiteres um diese 28 % erhöhen können, die Du, Kollege Kinzelhofer, erwähnt hast. Die Erhöhung der Bestattungstarife wird seitens der städtischen Bestattung damit begründet, daß das Wirtschaftsjahr 1980 einen Verlust von 24.000 Schilling erbrachte und für das Wirtschaftsjahr 1981 eine Steigerung dieses Abganges zu erwarten sei.

Aber meine Damen und Herren, ich habe im Finanz- und Rechtsausschuß die Frage gestellt, wie hoch ist nun der Abgang im Jahr 1981? Man konnte keine Antwort geben, außer dem allgemeinen Hinweis, alles wird teurer und die Inflationsrate kennen wir auch und müssen daher in dieser Richtung vorsorgen. Daher wird nun dem Gemeinderat vorgeschlagen, die derzeit geltenden Tarifsätze generell um 15 % zu erhöhen. Gleichzeitig wird aber mit der Erhöhung der Bestattungstarife die Gebühr für die Leichenhalle, für die Veraschung, auf Grund - das ist im Amtsbericht angeführt - der gestiegenen Energiekosten und Instandhaltungsaufwendungen für den Kremationsofen erhöht und hier heißt es wieder um rund 16 %.

Und diese nun vorgeschlagene Erhöhung im Ausmaß von 15 - 16 % wurde bereits mit der privaten Steyrer Bestattungsfirma genauestens abgesprochen und ausgehandelt, könnte man fast sagen. Das heißt, bevor hier der Antrag im Gemeinderat liegt und wir zu befinden haben, wie hoch die Erhöhung sein soll, wird schon mit dem einzigen privaten Bestattungsunternehmen der Preis ausgehandelt.

Es stellt sich nun die Frage, wen trifft diese Gebührenerhöhung am schwersten? Ich bin der Meinung vor allem die älteren Menschen, die Pensionisten, für die ohnedies bereits als Auftakt des internationalen Jahres der älteren Generation eine wahre Flut von Preiserhöhungen und Verschlechterungen eingetreten ist. Im Gegensatz dazu wird im Amtsblatt auf der Seite des Bürgermeisters darauf verwiesen, daß wir besonderes Augenmerk auf unsere älteren Menschen richten und ihnen behilflich sein sollten. Hier ist das Gegenteil der Fall.

Das, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wissen Sie genau, daß eine gigantische Belastungswelle auf diese Menschen, auf die einkommensschwachen Menschen, zugekommen ist durch die Strom- und Gaspreiserhöhung sowie die Mieten, die teurer geworden sind. Die Medikamentengebühr wurde auf 18 Schilling erhöht und dynamisiert sowie eine 10 %ige Kostenbeteiligung bei Heilmitteln wurde ebenfalls eingeführt. Außerdem, meine Damen und Herren des Gemeinderates, erfolgte eine Verschlechterung beim Bestattungskostenbeitrag. Die Einführung des einheitlichen Bestattungskostenbeitrages von 6.000 Schilling trifft ohnedies die Pensionisten schwer, da keine Dynamisierung vorgesehen ist. So wird diese soziale Leistung, wie sie immer wieder von der Mehrheit hingestellt wird, für die Zukunft infolge der inflationistischen Entwicklung in unserem Land immer mehr an Bedeutung verlieren.

Zu dieser Verschlechterung wird ihnen noch eine Mehrbelastung von 15 - 16 Prozent durch die städtische Bestattung auferlegt, der ich selbstverständlich nicht zustimmen werde.

Ich habe mich der Mühe unterzogen und mir eine Rechnung eines Pensionisten-Todesfalles angesehen, und zwar nach dem derzeit geltenden Bestattungstarif B. Kollege Riedler von den städtischen Unternehmungen kennt ja den Tarif der städtischen Unternehmungen, dabei handelt es sich sicher um keine "first class" Leiche, sondern das ist als mittelmäßiger Tarif anzusehen. Diese Kosten sehen ungefähr so aus, daß der Sarg und die Bestattungsleistung dieser Tarifgruppe 8.223 Schilling ausmachen, die Leichenhallengebühr 2.048 Schilling, Friedhofgebühr 5.000 S, zusammen also

15.281 Schilling, plus 18 % Mehrwertsteuer - auch der Finanzminister verlangt dabei

einiges – das sind 1.406 S. Das macht aus 16.687 Schilling, dann kommen noch Druckkosten von über 1.000 Schilling dazu und die Grabsteinkosten im Ausmaß von 26.000 Schilling. Summa summarum kostet eine solche Bestattung bei den städtischen Unternehmungen bereits über 43.000 Schilling.

Meine Damen und Herren, wenn man nun diesen Bestattungskostenbeitrag, der eingefroren wird auf Grund der neuen ASVG-Novelle, abzieht, rund 6.000 Schilling, dann bleibt immer noch die enorme Summe von 38.000 Schilling. Wenn Sie nun nochmals ca. 15 % Erhöhung dazurechnen, so bedeutet das um rund 5.500 Schilling mehr. Ja – meine Damen und Herren, ich weiß, manche Mandatäre sind der Ansicht, die Lage der breiten Masse der Bevölkerung und auch der Pensionisten sei ohnedies so glänzend, daß jeder selbst für seine Bestattung vorsorgen könne. Jeder von Ihnen weiß, daß die allgemeine Teuerung im vergangenen Jahr 7 % betragen hat und dieser Verschlechterung der Lebenshaltung stehen Pensionserhöhungen von rund 5,2 Prozent und Lohn- und Gehaltserhöhungen im Durchschnitt von brutto 6 % gegenüber. Daher sollte es eigentlich die Aufgabe eines sozialistischen Gemeinderates, eines Betriebsrates und auch eines Personalvertreters sein, sich gegen die Mehrbelastungen durch Gebühren- und Tarifierhöhungen im Interesse vor allem der Einkommensschwachen unserer Bevölkerung auszusprechen und in dieser Richtung zu wirken.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Punkt noch eine weitere Wortmeldung? Herr Kollege Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium!

Es vergeht kaum eine Sitzung des Gemeinderates, in der nicht ein Antrag auf Tarif- und Preiserhöhungen im Bereich der städtischen Dienstleistungen, vor allen Dingen von der SPÖ-Rathausmehrheit beschlossen wird. Letztes Mal waren es die kräftigen Tarifierhöhungen im Bereich der Verkehrsbetriebe, heute findet diese unangenehme Situation ihre Fortsetzung in der Form, daß in Zukunft um 15 % mehr für Bestattungen zu bezahlen sind. Man könnte also sagen, man macht auch mit dem Sterben sein Geschäft. Und das, meine Damen und Herren, lehnen wir seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion.

Das ist der eine Grund, der andere Grund ist der, – ich habe das bereits mehrmals bei verschiedenen Anlässen von dieser Stelle aus bekannt gegeben – daß wir nach wie vor die Auffassung vertreten, daß Abgänge in Teilbereichen der städtischen Unternehmungen auch innerhalb dieser Teilbetriebe zu sanieren und auszugleichen wären. Wir sehen uns daher heute außerstande, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Diskussionsteilnehmer ist Herr Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, erklären, warum wir diesem Antrag zustimmen werden. Es wäre zweifellos sehr spektakulär, wollte man sich in der rhetorischen Übung weiter ergötzen und sagen, das Sterben ist ein Geschäft, man könnte sagen, erhöhen Sie die Tarife nicht, in Steyr sterben Sie dann billiger als anderswo. Alle diese rhetorischen Kapriolen könnte man schlagen, nur nützte es niemandem. Fest steht, und das war der Hauptgrundsatz unserer Überlegung, dem zuzustimmen, wir haben nachgeschaut, wann es die letzte Erhöhung gegeben hat. Das war 1978! Bei einer durchschnittlichen Geldentwertung – das wurde von meinem Vorredner angezogen – bei 7 %, scheint mir das seit 1978 eher realistisch zu sein. Das ist eine Tarifierhöhung – ich sage ausdrücklich nicht Anpassung, sondern Erhöhung – um ca. 15 % ..

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Man muß schauen, wie hoch die Erhöhung damals war, und daß wir jetzt einen Abgang von 24.000 Schilling haben.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

... um ca. 15 - 16 % eher gerechtfertigt oder zu rechtfertigen. Wieviel man seinerzeit erhöht hat, da ließe sich die Diskussion jetzt von einer Tarifregelung auf die andere zurückverfolgen. Wie weit das sinnvoll ist, wage ich anzufechten. Es ist bedauerlich, wenn wir Tarifierhöhungen durchführen müssen und es ist an sich gar nicht Aufgabe einer Minderheitspartei, die Stellungnahme abzugeben, warum diese Erhöhung gut ist. Gerade in diesen Fällen halte ich persönlich nicht sehr viel davon, wenn wir unsere Mitbürger übertrieben verunsichern und übertrieben die Bösewichte im Rathaus, wenn man das so unter Anführungszeichen bezeichnen wollte, vor Augen führen. Wie gesagt, das nützt niemandem. Es gibt genug offene Probleme, wo sich die Mütbürgerinnen und Mitbürger zurecht über verschiedene hier in diesem Haus gefaßte Beschlüsse erregen. Wir wollen aber aus dem Sterben nicht unbedingt den spekulativen Erfolg herbeiführen. Das ist die Meinung meiner Fraktion und in diesem Sinn werden wir diesem Antrag zustimmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Es liegt keine vor, ich bitte den Berichtserstatter um das Schlußwort.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der Amtsbericht weist zwar einen Verlust von 24.000 Schilling für das Jahr 1980 auf, ich kann aber jetzt schon mitteilen, daß die vorläufige Jahres-Erfolgsrechnung einen Verlust für diesen Teilbetrieb von 535.000 Schilling ergeben wird.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das Pfortnerhaus wurde auch repariert!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Das hat nichts mit dem Pfortnerhaus zu tun, das ist das Bestattungsunternehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Pfortner gehört überall dazu.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Ich glaube ich muß für meine Fraktion sagen, es ist nicht so, wie Kollege Eichhübl sagt, es wird einfach erhöht. Das ist nicht so. Im nächsten Antrag haben wir zum Beispiel 5 Millionen zu beschließen als a conto-Zahlung für die Verluste bei den Bädern und der Kunsteisbahn. Der Antrag wird von uns deshalb gestellt, weil es die Situation beim Teilbetrieb Bestattung erfordert. Ich ersuche um Abstimmung und Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht und die Antragstellung. Ist jemand gegen den Antrag? (2 Gegenstimmen - GR Treml, GR Eichhübl). Der Antrag ist gegen zwei Stimmen angenommen.

Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag lautet:

14) ÖAG-1443/82

Stadtwerke

Stadtwerke, Teilbetriebe städtische Bäder und

Kunsteisbahn; Verlustersatz 1981; Akontozahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 17. März 1982 wird den Stadtwerken für die bereits jetzt erkennbaren Verluste der Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahnen für das Jahr 1981 eine a conto-Zahlung auf den Verlustersatz in Höhe von

S 5,000.000 (Schilling fünf Millionen)

geleistet.

Dieser Betrag wird bei VSt 1/8790/7590 freigegeben.

Ich ersuche um Genehmigung dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft:

15) ÖAG-605/82

Stadtwerke

Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke für 1982

gem. § 21 Abs. 1 Z. 3 FAG 1979.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Stadtwerke Steyr vom 2. 2. 1982 wird als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke für das laufende Rechnungsjahr ein Betrag von

S 1,000.000,-- (Schilling eine Million)

bei VSt 1/8790/7590 freigegeben.

Die Auszahlung eines Betrages von S 110.000,- erfolgt nach der Beschlußfassung.

Die Restsumme wird nach Vorlage der Jahresbilanz 1981 an die Stadtwerke zur Auszahlung gelangen.

Ich ersuche Sie, auch diesen Antrag zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft eine freiwillige Leistung der Stadt und hat folgenden Wortlaut:

16) SH-266/82

Einkommensschwache Personengruppen; Brennstoffaktion 1982.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1982 wird der Betrag von

S 650.000,-- (Schilling sechshundertfünfzigtausend)

bei der VSt 1/4291/4030 freigegeben und bei derselben VSt eine Kreditüberschreitung im Betrage von

S 30.000,-- (Schilling dreißigtausend)

bewilligt.

Die Deckung des bewilligten Betrages hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen. Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der Magistratsabteilung V vom 15. 2. 1982 durchzuführen. Dem gemeinderätlichen Wohlfahrtsreferenten wird die Ermächtigung erteilt, wie in den Vorjahren in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bei geringfügigen Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich ersuche auch hier um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diesen Bericht. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Herr Gemeinderat Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die KPÖ-Fraktion begrüßt die Bereitstellung dieser 680.000 Schilling für die Brennstoffaktion für das laufende Jahr 1982, da dies ja eine soziale Leistung ist für die Ärmsten der Armen und zugleich eine Hilfe für jene Steyrer Bürger, meiner Auffassung nach, darstellt, die am Rande des Existenzminimums leben. Es gibt heute noch immer eine große Schar einkommensschwacher Menschen und minder bemittelter Familien in unserer Stadt, deren monatliches Nettoeinkommen weniger als 4.000 Schilling beträgt. Diese müssen mit weniger als 4.000 Schilling ein ganzes Monat auskommen und davon Miete und Leben bestreiten. Jeder Gemeinderat weiß, was er hier als Sitzungsgeld bekommt, das ist um ein Beträchtliches mehr. Es werden rund 800 Bürger bzw. Familien auf Grund der Anhebung der Richtsätze im Wohlfahrtsausschuß und nach Beschlußfassung des vorliegenden Antrages einen Heizungskostenzuschuß in Höhe von S 850,- bekommen, das heißt, daß eine Anhebung um rund 10 % erfolgt. Allerdings, meine Damen und Herren der Mehrheit, kann ich Ihnen auch den Vorwurf nicht ersparen, daß das Wahlversprechen, das die Sozialistische Partei vor elf oder zwölf Jahren den Wählern gegeben hat, die Armut in Österreich zu beseitigen, nicht gehalten hat. Es ist auch der Mehrheit in dieser Stadt nicht gelungen, dies zu tun. Dieses Wahlversprechen ist bis heute nicht erfüllt worden, das zeigt ja das Beispiel, das ich angezogen habe.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Neine, ich bitte daher den Berichterstatter um das Schlußwort.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Ich möchte festhalten, daß diese Leistung eine freiwillige ist und auch die Kreditsperre, die der Gemeinderat beschlossen hat, wird nicht zur Anwendung kommen. Außerdem wurde der Betrag - das wurde auch schon erwähnt - um 10 % erhöht, und zwar einstimmig im Wohlfahrtsausschuß.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für das Schlußwort. Wir stimmen ab. Wer ist gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht angezeigt, der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke. Nächster Berichterstatter ist Kollege Wallner:

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Wertes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich habe Ihnen 5 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste betrifft:

17) Bau3-3956/81

Bau6-3957/81

Aufschließung Hofergründe; Straßen- und Kanalbau.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 5. 2. 1982 werden die Baumeisterarbeiten für den Straßen- und Kanalbau zur Aufschließung der Hofergründe der Firma Zwettler, Steyr, zum Preise von S 3,949.725,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird für das laufende Rechnungsjahr der Betrag von S 500.000,-- (Schilling fünfhunderttausend)

bei VSt 5/6121/0025 und ein weiterer Betrag von

S 500.000,-- (Schilling fünfhunderttausend)

bei VSt 5/8111/0509 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen dazu? Herr Kollege Manetsgruber bitte!

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Wir haben heute einen Beschluß zu fassen über die Aufschließung der Hofergründe. Als Bewohner der Ennsleite und als Eigenheimbauer kann ich diesen Beschluß nur begrüßen. Es werden dadurch 31 Parzellen geschaffen und gerade die Volkszählung aus dem Jahre 1981 hat uns gezeigt, daß in den letzten 10 Jahren aus der Stadt Steyr 1.600 Bürger abgewandert sind. Ein erster Schritt wurde bereits mit der Erschließung der Waldrandsiedlung getan und es ist begrüßenswert, daß nun ein zweiter Schritt folgt. Wie wir hören, wird für diese Bauparzellen ein Grundpreis von S 520,-/m² verlangt plus S 30,- als a conto-Zahlung für Anliegerleistungen. Wenn wir diesen Betrag ganz kurz betrachten, dann kommt es uns vielleicht doch vor, daß er in irgend einer Form etwas hoch ist. Wenn wir aber dazu die Feststellung machen, daß in diesem Betrag die volle Aufschließung enthalten ist, das heißt Wasser, Beleuchtung, Kanal und sonstige Anliegerleistungen, so muß man feststellen, daß dieser Betrag doch angemessen erscheint. Es wird außerdem für baufreudige Siedler die Möglichkeit geschaffen, diesen Betrag in drei Teilzahlungsraten auf drei Jahre verteilt, zu zahlen. Wenn wir die Nachbargemeinde St. Ulrich betrachten, so sehen wir, daß für anliegende Grundstücke dort ein Preis von S 520,- ohne Aufschließung verlangt wird. Ich kann daher nochmals feststellen, daß dieser Betrag mit voller Aufschließung doch angemessen ist. Wir begrüßen es außerdem, da gerade in diesem Gebiet die Infrastruktur bereits vorhanden ist. Ich möchte hoffen und kann es begrüßen, daß weitere solche Aktivitäten gesetzt werden. Wir als Sozialistische Fraktion werden diesen Antrag unterstützen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Weitere Wortmeldungen sind keine vorhanden. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort?

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Auch wir begrüßen den zu fassenden Beschluß sehr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Dagegen ist sicher niemand? Nein. Enthaltungen? Auch keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der zweite Antrag betrifft:

18) Bau6-4206/81

Kanal Reithoffergasse; Ansuchen um Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 29. 10. 1981 wurden die Arbeiten zur Herstellung des Kanales in der Reithoffergasse an die Firma Egger, Steyr, zum Preise von S 522.225,- vergeben. Der hierfür erforderliche Betrag im Ausmaß von S 523.000,- wurde unter einem freigegeben.

Da das Bauvorhaben bis zum vorgesehenen Fertigstellungstermin nicht abgeschlossen werden konnte und daher auch im vergangenen Rechnungsjahr keine Mittel mehr benötigt wurden, sondern von der Firma Egger Rechnungen erst im Jahre 1982 gelegt wurden, wird nunmehr auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 12. 2. 1982 der zur Bezahlung dieser Rechnungen erforderliche Betrag als Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 523.000,-- (Schilling fünfhundertdreißigtausend)
bei VSt 5/8112/0502 bewilligt.
Die Deckung für diese Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

19) Wa-5114/81

Sanierung des St. Anna-Wehres.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 12. 3. 1982 wird der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für die Sanierung des St. Anna-Wehres an der Steyr an die Firma Negrelli, Steyr, zum Preis von S 881.696,- übertragen. Der Beschäftigung der Firma Weidinger als Subunternehmer für die Holzbauarbeiten wird zugestimmt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 882.000,-- (Schilling achthundertzweiundachtzigtausend) auf die neu zu errichtende VSt 5/6320/6190 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich zu diesem Antrag sehe ich keine Wortmeldungen. Ist jemand gegen den Antrag? Nein. Enthaltungen? Ebenfalls keine, damit einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft:

20) Bau5-4743/80

Resthof II/B/1; Herstellung der restlichen Außenanlagen bzw. Gartengestaltung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 2. 4. 1981 wurden für die Herstellung der restlichen Außenanlagen bzw. Gartengestaltung des Bauabschnittes Resthof II/B/1 S 3,693.600,- freigegeben.

Da im Jahr 1981 nur ein Teil der Arbeiten zum Preis von S 981.000,- durchgeführt werden konnte, wird nunmehr auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 3. 1982 zur Restabwicklung des Vorhabens der Betrag von

S 100.000,-- (Schilling einhunderttausend)

bei VSt 5/8150/0060 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 2,612.600,-- (Schilling zwei Millionen sechshundertzwölftausend-

sechshundert)

bei derselben VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Auch hier ersuche ich um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Nur ganz kurz zur Aufklärung von allfälligen Mißverständnissen hätte ich eine Frage an Sie. Wir beschließen die Freigabe von einigen Beträgen hintereinander und es heißt jeweils im letzten Absatz "die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen". Vor etwa einer halben Stunde haben wir gewaltige Rücklagen gebildet. Entweder ist es ein Formalgebreden im Beschluß, daß das da drinnen steht, dann sollte man die Beschlüsse dahingehend korrigieren, daß nicht in der Öffentlichkeit ein falscher Eindruck entsteht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich sehe keine weitere Wortmeldung mehr. Ich bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Das müßte eigentlich der Finanzreferent machen, soferne er das will.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Es ist richtig, aber verständlich, daß nicht jeder Abteilungsleiter das weiß. Er verwendet den üblichen Satz. Das ist ein reiner Formalfehler.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Aber es ändert sich nichts an der Tatsache, daß dort etwas geschieht, was die Bevölkerung schon seit längerer Zeit wünscht. Der Berichterstatter verzichtet auf sein Schlußwort. Wir stimmen ab. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft:

21) Bau6-1425/82

Resthof II/C; Herstellung des Marktplatzbrunnens.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 3. 1982 werden im Zusammenhang mit der Herstellung des Marktplatzbrunnens im Bereich des Bauabschnittes Resthof II/C nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten an die Firma Zwettler zum Preis von
(Preisbasis 1. 7. 1981)	S 122.574,72
2. Betonfertigteile für die Brunnenverkleidung an die Firma
Febau (Zwettler), Steyr, zum Preis von	S 111.480,-
3. Wasserleitungsinstallation und sonstige Einrichtung an die Firma
Obermayr-Madl, Steyr, zum Preis von	S 96.853,-
4. Elektroinstallationen an die Firma Elektro-Bau AG zum Preis
von
(Preisbasis 1. 8. 1981)	S 18.683,60
5. Spenglerarbeiten an die Firma Kerbl, Steyr, zum Preis von	S 13.950,-
6. Zimmermannsarbeiten für Brunnenabdeckung an die Firma
Bittermann, Steyr, zum Preis von	S 25.500,-
7. Anstreicherarbeiten an die Firma Seywaltner, Steyr, zum
Preis von	S 3.600,-
8. Planung an die Firma Zwettler zum Preis von	S 17.881,83
9. Bauleitung an die Firma Zwettler zum Preis von	S 11.889,26

Die sich durch diese Auftragsvergabe errechnenden Gesamtbaukosten erhöhen sich um S 7.960,37 für geschätzte Preisberichtigungen laut Bericht der Gesamtbauleitung und um weitere S 77.299,54 für die Mehrwertsteuer, sodaß sich voraussichtliche Gesamtbaukosten von S 513.346,57 ergeben.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 513.400,-- (fünfhundertdreizehntausendvierhundert) auf die neu zu errichtende VSt 5/8150/0500 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Schwarz bitte.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Vorher wurde gesagt, daß hier die Kreditaufnahme 500.000 Schilling beträgt. Ich frage nun den Finanzreferenten, im Antrag am Schluß steht im letzten Satz "den überwiegenden Teil der Brunnenkosten übernimmt die Sparkasse Steyr. Bezüglich der Kostenvergütung wurde zwischen dem Magistrat der Stadt Steyr und der Sparkasse Steyr eine Regelung getroffen". Wie hoch ist der Zuschuß?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Darf ich dazu antworten, weil es unter meiner Ägide bei der Sparkasse abverhandelt wurde. Die Sparkasse hat ursprünglich die Absicht gehegt, die Gesamtkosten des Brunnens zu übernehmen, hat aber dann auf Grund der Kostengröße nach Vorliegen aller Berechnungen sich außerstande erklärt, so daß die Gemeinde gesagt hat, daß die Differenzkosten im Betrag von 350.000 Schilling die Gemeinde übernimmt. Der Zuschuß der Sparkasse beträgt 350.000 Schilling vom Gesamtbetrag. Die Gemeinde muß also aus eigener Tasche 151.000 Schilling beisteuern. Das war erforderlich, weil sich diese Finanzierungsübersicht dann so ergeben hat und die Gesamtabwicklung nicht über die Sparkasse laufen konnte. Daher auch die Überplanmäßigkeit, weil sie nicht vorgesehen war. Sind Sie zufrieden mit dieser Auskunft?

Danke. Weitere Wortmeldungen sehe ich keine. Wir stimmen ab. Ist jemand gegen den Antrag? Enthält sich jemand der Stimme? Es ist beides nicht der Fall. Der Antrag findet allgemeine Zustimmung.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster ist Kollege Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Ich habe Ihnen vier Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Der erste lautet:

22) Bau3-3360/81

Fußgängerübergang Altgasse - Hangsanierung; Restabwicklung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 29. 10. 1981 wurde an die Firma Swietelsky, BaugesmbH & Co KG, Linz, der Auftrag zur Errichtung des Fußgängerüberganges über die B 115 im Bereich der Altgasse - Steyr-Werke zum Preis von S 1.376.246,- vergeben.

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 17. 2. 1982 wird nunmehr einer Erhöhung dieser Baukosten um insgesamt S 217.103,54 zugestimmt. Da bereits Teilleistungen an die Firma Swietelsky in Höhe von S 977.040,- erbracht wurden, ist somit nunmehr zur Restabwicklung der Baustelle noch ein Betrag von insgesamt S 630.000,- erforderlich. Es wird daher der zur Restabwicklung der Baustelle erforderliche Betrag in Höhe von

S 630.000,- (S chilling sechshundertdreißigtausend)

bei VSt 5/6121/0029 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Bericht einer Wortmeldung? Keine. Wir stimmen daher ab.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Die Gegenprobe erübrigt sich, da ich gesehen habe, daß alle die Hand gehoben haben.

Danke. Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag ist sehr bedeutungsvoll, es handelt sich dabei um die Hangsanierung Lauberleite und ich bitte schon jetzt um Zustimmung.

Der Antrag lautet:

23) Bau3-6690/81

Hangsanierung Lauberleite.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 5. 3. 1982 wird der Auftrag zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Hangsanierung der Lauberleite an die Firma Ferro-Betonit, Linz, zum Preis von S 3,968.890,- zu übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 3,968.000,-- (drei Millionen neunhundertachtundsechzigtausend)

auf die neu zu errichtende VSt 5/6160/0021 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß die Steyrer Firmen doch wesentlich teurer waren und dadurch der Auftrag an eine Linzer Firma erging.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen dazu? Herr Kollege Enöckl bitte!

GEMEINDERAT FRANZ ENÖCKL:

Ganz so, meine Damen und Herren, sollten wir diese 4 Millionen nicht vorüberziehen lassen. Erinnern wir uns nur zurück an die Situation bei der Sperre, die uns alle Kopfzerbrechen gemacht hat. Heute können wir gemeinsam feststellen, daß die Entscheidung des damaligen Beschlusses, die Lauberleite für den allgemeinen Durchzugsverkehr zu sperren, völlig richtig war. Die allgemeinen Gefahrenquellen, bezogen auf die Hangrutschung die die Steinschlaggefahr, konnte man - sofern man sich der Mühe unterzogen hat - in der Zwischenzeit jederzeit besichtigen. Steinblöcke in der Größe von mehreren Kubikmetern sind mehrere Male aus einer Höhe von ca. 30 Metern auf den Gehweg herunter gefallen. Man kann sich vorstellen, welches Glück wir letzten Endes hatten, daß diese Rutschungen oder Steinschläge immer zu Zeiten erfolgten, wo sich keine Leute dort aufhielten - meistens nachts oder in den frühen Morgenstunden. In der Zwischenzeit konnten die dazumals aufgetretenen Ungereimtheiten zwischen den Grundstückseigentümern, privater bzw. öffentlicher Natur, ausgeglichen werden. 2 % der 4 Millionen wird der private Besitzer beisteuern. Dafür werden wir bestimmt einen gesicherten Wanderweg bekommen, der für die Wohnbevölkerung immer prekärer geworden ist. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir dadurch einen Rundwanderweg in einer immensen Länge bekommen, der unter Umständen hinunter gehen kann bis nach Kronstorf. Wir begrüßen, daß dazumals die größtmöglichen Sicherheitsvorkehrungen vorrangig behandelt wurden. Nach Fertigstellung der Bauarbeiten, mit denen im Herbst zu rechnen sein wird, eröffnet sich den Steyrern ein schöner Rad-Wanderweg, der schon längere Zeit ein berechtigter Wunsch der Bevölkerung war. Unsere Fraktion ist dabei, soweit es kostenmäßig möglich ist, die Aktivitäten in dieser Richtung fortzusetzen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Gibt es noch eine Wortmeldung?

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Abschließend möchte ich dazu noch sagen, daß auf Grund der Rohrbrücke, die wir errichtet haben, künftighin die Frequenz eine sehr große sein wird. Es entsteht dort ein wunderschöner Wanderweg durch die Lauberleite und ich bin überzeugt, daß er genau so wie die Rohrbrücke sehr stark benützt werden wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Die Gegenprobe erübrigt sich, da ich bereits jetzt die Einstimmigkeit erkennen kann. Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag möchte ich feststellen, daß es sehr günstig ist, daß bereits jetzt beschlossen wird, anschließend an die Kanalisation auch die Straßenoberfläche entsprechend herzustellen. Der Antrag lautet:

24) Bau6-6488/76

Kanalisation Münchenholz; Wiederherstellung der Straßenflächen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 16. 3. 1982 wird der Auftrag zur Wiederherstellung der im Zuge der Kanalisation Münchenholz beschädigten Straßenflächen an die Firma Porr, Steyr, zum Preis von S 3,490.050,81 übertragen.

Zum genannten Zweck wird für das Rechnungsjahr 1982 eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei der VSt 5/8111/0507 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gemeinderat Steinparzer hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT FRANZ STEINPARZER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, und als Münchenholzer zu diesem großen Vorhaben in Münchenholz Stellung zu nehmen. Die Münchenholzer Bevölkerung wird sicher sehr glücklich sein darüber, daß jetzt die Kanalisation, die ein großes Problem dargestellt hat, in Angriff genommen wird. Sie kennen doch den Zustand, daß die Straßen teilweise nicht kanalisiert sind und durch den Betonbelag in sehr argem Zustand und uneben sind durch das ständige Aufreißen bei Reparaturarbeiten. Ich glaube, daß die 30 Millionen für den Kanalbau und die fast 4 Millionen für den Straßenbau nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern darüber hinaus die Infrastruktur von Münchenholz sehr verbessert wird. Eines darf aber nicht verschwiegen werden, daß es nur dank der sozialistischen Gemeinderatsfraktion, durch ihre Sparsamkeit bei anderen Projekten, möglich ist, daß für solche Vorhaben immer Geld vorhanden ist. Ginge es nach den anderen Fraktionen, so würden diese Projekte um jeden Preis bauen, es spielen auch 50 Millionen bei den Forderungen keine Rolle. So könnte man für andere Stadtviertel sicher nichts mehr abzweigen. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich sehe keine Wortmeldungen mehr zu diesem Punkt. Wir stimmen ab. In Anbetracht der Bedeutung bitte ich Sie, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke.

Ich sehe keine Gegenstimme und auch keine Enthaltung. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich bitte den Berichterstatter um den nächsten Antrag.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Mein letzter Antrag lautet:

25) Bau6-6501/81

Neue Welt-Gasse; Straßen- und Kanalbau.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 12. 3. 1982 wird der Auftrag zur Durchführung der Kanal- und Straßenbauarbeiten in der Neuen Welt-Gasse an die Firmen Beer & Janischofsky --Negrelli zum Preis von S 793.790,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von
S 800.000,-- (Schilling achthunderttausend)

auf die neu zu errichtende VSt 5/8112/0506 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zum Antrag eine Wortmeldung? Es ist keine vorhanden, wir stimmen daher ab. Gibt es zum Antrag eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Beides nicht der Fall, der Antrag ist angenommen.

Nun, meine Damen und Herren, schreiten wir zur Behandlung der beiden eingebrachten Dringlichkeitsanträge. Der erste wurde mir vorgelegt von der Sozialistischen Fraktion, er wird als erster behandelt, der 2. von der Fraktion der Österreichischen Volkspartei. In dieser Reihenfolge werden wir weiter fahren. Ich darf darauf verweisen, daß zuerst darüber zu entscheiden ist, ob die Dringlichkeit gegeben ist und die Anträge hier behandelt werden können. Bevor das geschieht wird natürlich der Bericht über den Antragsinhalt erfolgen. Dazu steht jeder Fraktion eine Wortmeldung zu. Wenn die Dringlichkeit entschieden ist, wird der Antrag sachinhaltlich zur Behandlung kommen. Wenn dieser erste Antrag durchbehandelt ist, wird der zweite Antrag in gleicher Weise einer Erledigung zugeführt.

Ich komme nunmehr zur Aufforderung an die Sozialistische Fraktion, den Dringlichkeitsantrag der SPÖ vorzubringen. Dazu bitte ich Kollegen Schwarz um den Vortrag. Im Anschluß daran haben die anderen drei Fraktionen die Möglichkeit zu je einer Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir haben schon zu Beginn dieser Gemeinderatsitzung Diskussionen im Zusammenhang mit einem Beschluß über den Architektenwettbewerb vorgenommen. Ich darf im Namen der Sozialistischen Fraktion, die sich schon seit Jahren bemüht, im Wehrgraben für die dortige Bevölkerung eine menschengerechte Lösung zu finden, heute als Ergebnis der bisherigen Untersuchungen und Forschungen ein Grundsatzprogramm der sozialistischen Gemeinderatsfraktion, den "Wehrgraben-Erneuerungskatalog" vortragen. Ich bitte Sie, die folgenden Erläuterungen und den Dringlichkeitsantrag zu prüfen und heute darüber zu befinden.

Der Wehrgraben ist grundsätzlich als Stadtteil von Steyr, als Wohngebiet zu beurteilen und im Umfang etwa mit der Niederung des Steyrflusses im Stadtgebiet zu begrenzen. Von dieser Basis aus leitet sich auch eine Wertbetrachtung des künstlich geschaffenen Wehrgrabenkanals ab. Seiner ursprünglichen wirtschaftlichen Funktion für ehemalige Gewerbebetriebe längst beraubt, besitzt dieses Gerinne heute nur mehr Fließcharakter. Die Gesamtoberfläche dieses Gerinnes beträgt ca. 0,4 % der gesamten Oberfläche des Steyr- und Ennsflusses im Stadtgebiet.

Der Stadtteil Wehrgraben besitzt einen großen Nachholbedarf an infrastrukturellen Einrichtungen anderen Stadtteilen gegenüber, weshalb Maßnahmen gesetzt werden müssen, diesen Mangel zu beseitigen. Die Notwendigkeit, eine Verbesserung der Lebensvoraussetzungen anzustreben, ergibt sich auch aus der hohen Abwanderungsquote mit einer Ver-

ringerung der Einwohnerzahl um 35 % in 20 Jahren. Die freie Abfuhr von Fäkalien, Gewerbe- und Haushaltsabwässern, die derzeit ungeklärt in das hochwertige Wasser des Steyrflusses, insbesondere in das Gerinne des Wehrgrabenkanals eingeleitet werden, erfordert größte Aufmerksamkeit im Hinblick auf die Sicherung eines guten Trinkwassers durch Sauberhaltung des Steyr- und Ennsflusses. Die in letzter Zeit mehrmals an eine Trinkwasserkatastrophe heranreichenden Ölunfälle auf der Enns unterstreichen diese Umstände. Die rasche Errichtung des bereits geplanten, vom Gemeinderat der Stadt Steyr und vom Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung einstimmig beschlossenen großen Abwasserkanalstranges ist daher ein dringendes Gebot unserer Zeit und Bestandteil unserer Auffassungen über eine saubere Umwelt.

Zu diesem Zweck soll im Bett des Wehrgrabenkanals ein Abwassersammler verlegt werden und nach Einbindung aller Kanalanschlüsse eine Auffüllung erfolgen. Die dann gewonnenen Grundflächen sind überwiegend für öffentliche Nutzung zu widmen und mit allgemein zugänglichen Einrichtungen zu versehen. Eine Hinausschiebung dieser Arbeiten und Offenhaltung des Wehrgrabenkanals kann aus sanitären und hygienischen Gründen im derzeitigen Zustand nicht mehr verantwortet werden. Die vom anerkannten Wasserbau- und Planungsinstitut Dr. Flögl in Linz über Auftrag der Stadt Steyr erstellten Grundlagen für Kostenberechnungen lassen erkennen, daß eine Abänderung des derzeitigen Projektes mit einer Verlegung des Abwasserkanals seitlich des jetzigen Gerinnes um 50 Millionen Schilling mehr kostet als das durch einstimmige Beschlüsse, Bescheide und Finanzierungsgenehmigungen rechtlich gedeckte Projekt. Diese Mehrkosten kann die Stadt Steyr nicht aufbringen, ohne diese Mittel der Entwicklung anderer Stadtteile zu entziehen. Darüberhinaus wäre mit dieser Mehraufwendung von 50 Millionen Schilling für die Bewohner des Wehrgrabengebietes überhaupt nichts zur Verbesserung von Häusern, von Gemeinschaftseinrichtungen und des Grünbestandes, insgesamt somit zur Hebung der Lebensqualität, geschehen. Ein Hinausschieben der geplanten Arbeiten für die Abwasserbeseitigungsanlagen setzt eine neue Projektierung voraus, die Jahre beanspruchen würde, um den heutigen Zustand der Genehmigungsverfahren zu erreichen. Diese Verzögerung kann nicht nur aus Gründen der Sicherheit für unser Trinkwasser, sondern auch aus hygienischen Gründen nicht verantwortet werden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist der Hausbestand im historischen Bereich des Wehrgrabens sehr vernachlässigt, die Wohnverhältnisse sanitär unzureichend, und es ist gegenwärtig keine Aktivität sichtbar, außer jener der Stadt Steyr, die sich ernsthaft mit Erneuerungsgedanken beschäftigt. Viele Aussagen von Außenstehenden sprechen vom "Zubetonieren" des Wehrgrabens, von der Errichtung einer Straße anstelle eines Kanalstranges, von der Errichtung eines Parkhauses und großen Parkplätzen. Diesen entweder aus Unkenntnis der Sachlage oder aus bewußter Verfälschung der Tatsachen gemachten Äußerungen muß öffentlich entgegengetreten werden, weil sie jeder Grundlage entbehren und scheinbar zur Irreführung der Bevölkerung verwendet werden.

Neben dem Bestreben, die Wasserqualität zu sichern, sind daher neue Anreize, im Wehrgraben zu wohnen, anzubieten. Erst wenn die Attraktivität dieser Wohngegend angehoben wird, kann erwartet werden, daß sich wieder junge Menschen in größerer Zahl für dieses Wohngebiet interessieren und eine Belebung eintritt.

Zur Verbesserung der Situation im Wehrgrabengebiet sind daher Sofortmaßnahmen erforderlich, die nachstehend als

WEHRGRABEN-ERNEUERUNGSKATALOG

dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden. Alle in diesem Erneuerungskatalog aufgezeigten Vorschläge und Maßnahmen sind der erhöhten Lebensqualität im Wehrgrabengebiet auch mit der Absicht gewidmet, privaten Grundstücksspekulationen vorzubeugen und die Gesamtinteressen der Bewohner vorrangig zu behandeln.

Der Gemeinderat erklärt hiermit

- 1) zur Erfüllung nachstehender Vorschläge ein ZEHNJAHRESPROGRAMM, beginnend mit 1982, zu verwirklichen, wozu je nach Bedarf im jeweiligen Jahresbudget 3 Millionen Schilling zweckgebunden eingesetzt werden. Eine Verschiebung der Jahresbeiträge oder eine Konzentration auf kürzere Zeiträume ist möglich, falls es die Baumaßnahmen erfordern. Mit dieser Mittelvorsorge sollen nachstehende Maßnahmen finanziert werden.
- 2) Errichtung eines Mehrzweck-Veranstaltungssaales mit gleichzeitiger Verwendungs-

möglichkeit als Turnsaal. Als Nebeneinrichtungen werden Buffet, eine Tischtennisanlage, eine Garderobe sowie ein Sanitärbereich mit Duschanlagen eingebaut. Die Errichtung einer Kegelbahn wird in Aussicht genommen. Die Mehrzweckeinrichtungen können sowohl für schulische als auch für vereinsmäßige Zwecke Verwendung finden.

Herr Bürgermeister, darf ich hier einflechten Deinen Bericht zu Beginn der Sitzung, daß wir seitens des Bundes für einen Turnsaalbau Mittel zugesichert bekommen haben, seitens des Unterrichtsministeriums. Ich könnte mir vorstellen, daß diese Mittel unter Umständen auch bereits zum Bau einer solchen Einrichtung, der auch als Turnsaal dienen soll, verwendet werden könnten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

So ist es gedacht.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Herr Ing. Grassnigg vielleicht könnten Sie die Lage dieses Saales erklären.

TAR Ing. WOLFGANG GRASSNIGG:

Als Erläuterung zur Lage des Mehrzwecksaales, Diese ist hier entlang rot dargestellt, und zwar wenn man in der Wehrgrabengasse zur Volksschule Wehrgraben hinschaut in Richtung Konsum auf der rechten Seite mit Verbindungsanlagen zur Volksschule.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

3) Errichtung von 3 Tennisplätzen im neu gewonnenen Freigelände unter Mitbenützung der Mehrzweckeinrichtungen.

Auch hier bitte ich um eine nähere Erläuterung.

TAR Ing. WOLFGANG GRASSNIGG:

Die Tennisplätze werden anschließend an den Mehrzwecksaal in Richtung Fabrikstraße errichtet, die keinen direkten Anschluß mehr an den Wiesenberg erhalten sollen, sondern von der Wehrgrabengasse aus angefahren werden.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

4) Anlegung eines Lehrgartens und eines Kneippweges in Richtung "Erster Zeugstätte". Dieser Lehrpfad und Lehrgarten soll von den Steyrer Schulen betreut werden, während sich zur Beratung bei der Errichtung des Kneippweges der Steyrer Kneipp-Verein bereit erklärt hat.

TAR. Ing. WOLFGANG GRASSNIGG:

Hier ist zur Situierung zu sagen, dieser Lehrpfad wäre vorgesehen vom Bereich hinter der Wasservilla bis zur "Ersten" Zeugstätte und von da in Richtung stadtauswärts errichtet würde.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

5) Verlängerung der Rodelbahn beim Wiesenberg.

TAR Ing. WOLFGANG GRASSNIGG:

Dazu ist zu sagen, daß die Verlängerung der Rodelbahn dann möglich wird, wenn die Fabrikstraße nicht mehr in den Wiesenberg eingebunden wird und dadurch das Rodeln dort gefahrlos wird.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

6) Errichtung von Parkplätzen für diese Gemeinschaftseinrichtungen und für Benutzer des Schwimmbades.

TAR Ing. WOLFGANG GRASSNIGG:

Diese Parkplätze wären einerseits vorgesehen neben der Mehrzweckhalle, und zwar 26 Parkplätze und 29 Pkw-Parkplätze könnten untergebracht werden in dem Bereich, der durch das Auflassen der großen Falle gegen das Mitterwasser hin entsteht.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

7) Anlage eines Parkes unterhalb der Wiesenbergbrücke mit Tischen und Sitzgelegenheiten, Freiluftschananlage für alt und jung.

TAR ING. WOLFGANG GRASSNIGG:

Das wäre der Bereich anschließend an die Wiesenbergbrücke in Richtung Direktionsbrücke, und zwar in einer Länge der Privatgrundstücke am Hang der Fabrikstraße, die durch eine Verbindungsstraße von der Wehrgrabengasse aus erschlossen werden könnten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Vielleicht könnte man den Grünbestand noch erwähnen zur Wiesenbergbrücke hin.

TAR ING. WOLFGANG GRASSNIGG:

Gegen den Wiesenberg hin soll ein dicht bepflanzter Wald mit entsprechend hoher abgasmindernden Bepflanzung errichtet werden.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

8) Anlage eines Spielteiches mit Verwendungsmöglichkeit als Eislaufplatz im Winter.

TAR ING. WOLFGANG GRASSNIGG:

Der Teich wäre in diese Parkanlage integriert und soll von dem Wasser gespeist werden, das jetzt konzentriert in den Wehrgrabenkanal einfließt als Brunnenabwasser der ehemaligen Brunnengemeinschaft Steyrdorf.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

9) Unterstützung bei der Verbesserung der bereits vorhandenen vereinseigenen Asphaltbahnsportanlage.

TAR ING. WOLFGANG GRASSNIGG:

Diese befinden sich südlich des Arbeiterheimes im Augebiet. Derzeit gibt es dort eine Asphaltanlage, eine ist nicht asphaltiert. Ein sogenanntes Klubheim in Form einer Holzhütte ist sanierungsbedürftig.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

10) Erweiterung der Schrebergartenanlage um 20 Parzellen in Richtung Direktionsbergbrücke zur Vergabe an den örtlichen Schrebergartenverein.

TAR ING. WOLFGANG GRASSNIGG:

Diese würden situiert im Anschluß an den vorher erwähnten Park, und zwar würde die Fabrikstraße diesen als Aufschließung zugeschlagen werden und könnten bis an die Wehrgrabengasse hingerückt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

11) Unterstützung der Stadt Steyr zur Gründung eines Kultur- und Sportvereines Wehrgraben, dem die Freizeitanlagen zur Betreuung und Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Zweck soll möglichst bald ein Proponentenkomitee gebildet werden.

- 12) Erhaltung des Freibades durch die Steyr-Daimler-Puch AG, wofür sich der Gemeinderat besonders verwenden wird.
- 13) Ausbau des bereits vorhandenen Kinderspielplatzes, wozu auch ein direkter Zugang von der Wehrgrabengasse geschaffen werden soll.
- 14) Zielgerichtetes Asphaltierungs- und Beleuchtungsprogramm im gesamten Wehrgrabengebiet; die erhöhten Beträge sind gesondert im jährlichen Haushalt auszuweisen.
- 15) Erhöhung des Hochwasserschutzes. Gemeinsam mit der Flußbauverwaltung jährliche Revision und Verbesserung der Abflußverhältnisse im Mitterwasser.
- 16) Verstärkter Einsatz von Mitteln der Wohnbauförderung nach dem bereits beschlossenen Teilbebauungsplanentwurf zur Verbesserung der Bevölkerungsstruktur.
- 17) Verwirklichung des Teilbebauungsplanentwurfes des Stadtbauamtes und Unterstützung der Althausanierungsaktion der Steyr-Daimler-Puch AG als größten Hausbesitzer.
- 18) Ausgestaltung des älteren Teiles des Wehrgrabengebietes ab der Direktionsbrücke flußabwärts nach den Ergebnissen des Architekten-Ideenwettbewerbes, wobei besonderer Wert auf die Verwirklichung der Schwerpunkte der Wettbewerbsauflage auf Seite 15 der Ausschreibung gelegt wird. Dazu zählen Hochwasserschutzmaßnahmen, Berücksichtigung des typischen örtlichen Erscheinungsbildes, weitgehende Erhaltung der Stadtlandschaft, Versorgung mit Grün- und Erholungsflächen und Verbesserung der technischen und sozialen Infra- und Baustruktur.

Um den Zuzug jüngerer Familien und die Wohnbereitschaft zu erhöhen, sind weitere Maßnahmen erforderlich, die individuellen Charakter haben und Hausbesitzern und deren Mietern Förderungen gewähren, die ebenfalls zur Verbesserung der Haus- und Wohnungsstruktur beitragen. Dazu scheinen nachstehende Vorschläge geeignet:

- 1) Erlassung gesonderter Bestimmungen zur Förderung der Revitalisierung von Privathäusern mit dem Ziel der Wohnungsverbesserung mit einwandfreien Sanitärverhältnissen und einer Substanzsicherung der Gebäude. Beiträge der öffentlichen Wohnbauförderung werden durch solche Zuschüsse der Stadt nicht beeinträchtigt.
- 2) Neu gewonnene Grundflächen werden – sofern sie nicht für öffentliche oder Gemein-schaftszwecke Verwendung finden – vorrangig den Anrainern zu günstigen Preisen verkauft.
- 3) Die Fassadenaktion der Stadt Steyr soll schwerpunktmäßig im historischen Wehrgrabengebiet eingesetzt werden, sofern die Hauseigentümer für diese Aktion zu gewinnen sind. Beiträge des Landes und des Bundes sind auf dieses Ziel hin anzusprechen.
- 4) Die angestrebten Verbesserungsmaßnahmen lassen auch eine Ansiedlung von Geschäften des täglichen Bedarfs und von Gewerbebetrieben erwarten, wozu die Stadt Steyr Starthilfen aus der Gewerbe-förderung gewährt.
- 5) Bau Ankauf von Liegenschaften für Betriebsgründungen und Hausbau gibt der Magistrat Steyr eine Erleichterung bei der Grundsteuervorschreibung für die ersten 10 Jahre. Die Liegenschaft muß in diesem Fall bestimmungsgemäß genützt werden. Für ungenutzte Liegenschaften oder unbewohnte Häuser entfällt diese Förderung.
- 6) Anliegerleistungen und Anschlußgebühren werden während der 10jährigen Aktionsfrist im Subventionsweg auf 50 % ermäßigt. Diese Förderung trifft auf die unmittelbar am Kanalstrang liegenden Häuser zu.
- 7) Der Magistrat richtet im Wehrgrabengebiet eine Dienststelle ein, die sowohl in administrativer als auch in bautechnischer Hinsicht Beratungen durchführt. Diese bürger-nahe Verwaltungseinrichtung kann bei Revitalisierungsarbeiten und auch für sonstige Auskünfte kostenlos beansprucht werden.

Im Namen der sozialistischen Gemeinderatsfraktion der Stadt Steyr forder ich als Berichterstatter und Antragsteller die Damen und Herren des Gemeinderates auf, diesen Erneuerungskatalog für den Wehrgraben zur Kenntnis zu nehmen und als Grundsat-programm zu beschließen. Zunächst soll jedoch das Ergebnis des Ideenwettbewerbes, der von der Ingenieurkammer, Sektion Architekten, vertraglich mit der Stadtgemeinde vereinbart wurde, abgewartet werden.

Die sozialistische Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr sieht sich in ihrer Mehrheitsverantwortung für alle Bewohner durch die Verbreitung von unwahren Behauptungen, tendenziöser negativer Aussagen von Außenstehenden und bewußter Verdrehung von Tatsachen herausgefordert und veranlaßt, durch klare Aussagen die Verunsicherung

der Bewohner unserer Stadt zu beenden. Die sozialistische Fraktion bekennt sich zu diesem Wehrgraben-Erneuerungskatalog in vollem Maße und ist bereit, sich dafür einzusetzen, wenn es um die Verwirklichung der Erneuerungsmaßnahmen und um die Erhaltung der Gebäudelandschaft und der historischen Ensemblewirkung geht. Bei einer Entscheidung darf auch die aktuelle Situation unserer Wirtschaft nicht übersehen werden. Erhebliche Mittel des Wasserwirtschaftsfonds, des Landes Oberösterreich, des Reinhaltungsverbandes und der Stadt könnten sofort für Baumaßnahmen eingesetzt werden, was sich zweifellos auf die Beschäftigungslage des Bau- und Baunebengewerbes äußerst günstig auswirken würde. Da es uns nun gelungen ist, die Mittel zur Errichtung der zentralen Kläranlage wesentlich früher zu erhalten als ursprünglich beabsichtigt war, ist eine weitere Verzögerung des Ausbaues unserer Kanalsammler nicht vertretbar, da nur durch eine Zuführung aller Abwässer zu dieser Kläranlage eine dauernde Reinhaltung unserer Flüsse und unserer Umwelt erreicht werden kann.

Die sozialistische Gemeinderatsfraktion lädt daher abschließend die verantwortungsbewußten Gemeinderäte ein, die Entscheidung über den Stadtteil Wehrgraben gemeinsam hier im Gemeinderat zu treffen, Zielvorstellungen auszusprechen, damit die betroffenen Bewohner des Stadtteiles Wehrgraben, aber auch die Bürger unserer Stadt, nicht weiter verunsichert werden; letztlich aber auch klarzustellen, daß nach Vorliegen verwertbarer Ideen über eine stadtteilgerechte Gestaltung des historischen Teiles des Wehrgrabengebietes über den gesamten Fragenkomplex entschieden wird.

Es ergeht daher der Dringlichkeitsantrag an den Gemeinderat: grundsätzlich dieser geschilderten Vorgangsweise zuzustimmen, damit nach Vorliegen aller Entscheidungshilfen ein endgültiger Beschluß und damit ein sofortiger Beginn der Revitalisierung des Stadtteiles Wehrgraben herbeigeführt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, zunächst der Dringlichkeit die Zustimmung zu geben und bitte Herrn Bürgermeister, die Diskussion und Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Vortrag des Dringlichkeitsantrages. Wie schon vorher erklärt, erhält von jeder Fraktion ein Sprecher die Möglichkeit, zur Dringlichkeit Stellung zu nehmen. Dann wird über die Dringlichkeit abgestimmt und erst dann wird über den Sachantrag behandelt.

Seitens der ÖVP hat sich Gemeinderat Holub gemeldet.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich beziehe mich auf die Geschäftsordnung und ersuche um Unterbrechung der Sitzung auf 10 Minuten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich glaube, diesen Antrag kann man zur Kenntnis nehmen. Gibt es hier mehrheitlich eine gegenteilige Auffassung? Wie ich sehe, wird dieser Unterbrechung beigepflichtet. Die Sitzung wird bis ca. 18.45 unterbrochen.

Pause von 18.35 – 18.45 Uhr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir setzen nun unsere Beratungen wieder fort und beginnen dort, wo wir aufgehört haben. Es wird nun jetzt jede Fraktion eine Stellungnahme zur Dringlichkeit abgeben können. ÖVP? Herr Vizebürgermeister Fritsch bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, und in dem Fall meine ich vor allem die Mitglieder der sozialistischen Gemeinderatsfraktion!

Ich beziehe mich jetzt nur auf die Dringlichkeit dieses Antrages und möchte mit einigen Ausführungen kurz zur Sachproblematik sprechen. Es hat so ausgesehen, als ob es eine Informationssitzung des Gemeinderates werden sollte, es ist das aber dann nicht so geworden. Es hätte aber, glaube ich, viel mehr Sinn gehabt, meine Damen und Herren, diesen Ihren Maßnahmenkatalog in einer Informationssitzung zu behandeln, So wie es jetzt ist, einen Maßnahmenkatalog in diesem Umfang dem Gemeinderat – den Mitgliedern der anderen Fraktionen – ist er ja bis zur Austeilung inhaltlich nicht bekannt gewesen – zur Beschlußfassung vorzulegen, finde ich gelinde gesagt namens meiner Fraktion als eine Zumutung. Ich betone – das ist auf die Sache und auf den Inhalt bezogen – daß sehr vieles davon anerkennens- und begrüßenswert ist, daß vieles davon auch schon früher hätte gemacht werden können. Aber, es wäre notwendiger gewesen und vielleicht ziel-führender, in einer Informationsbesprechung, -sitzung, Präsidial-Planungsausschuß oder welche Gremium wir sonst noch haben, darüber zu diskutieren. So scheint es, als ob Sie kraft Ihrer Mehrheit die anderen Fraktionen überfahren wollen. Für uns und für unsere Fraktion beinhaltet ein Punkt des Antrages das, was wir nicht akzeptieren können – eben die Zuschüttung der Gerinne.

Ich möchte aber nur auf einen Passus eingehen, der auf Seite 9 oben steht: "Die sozialistische Gemeinderatsfraktion lädt abschließend die verantwortungsbewußten Gemeinderäte ein, die Entscheidung usw. gemeinsam zu treffen". Das heißt also, Sie, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion stempeln alle anderen Gemeinderatsmitglieder zu solchen, die nicht verantwortungsbewußt handeln. Ich glaube, da haben Sie bei der Formulierung nicht sehr verantwortungsvoll bei diesem Antrag gehandelt. Desgleichen wäre es notwendig, sich darüber noch weiter auseinanderzusetzen. Ich stehe also nicht an zu erklären, daß wir zwecks Studium und Gesprächen die Dringlichkeit für diesen Antrag heute nicht anerkennen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das wird zur Kenntnis genommen. FPÖ? Gemeinderat Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bin offensichtlich einem Irrtum unterlegen, als ich vor einigen Stunden gemeint habe, daß es doch möglich sein müßte, einen Maßnahmenkatalog in Zusammenarbeit mit allen sich im Gemeinderat befindlichen Parteien zu beschließen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren der sozialistischen Rathausmehrheit, wo ist hier der Wille zur Zusammenarbeit? Man hat uns hier mit einem Maßnahmenkatalog überfahren, der doch einen beträchtlichen Umfang hat und den ich nur kurz durchstudieren konnte, weil mir die Zeit dazu gefehlt hat. Auch ich muß feststellen, daß sehr wesentliche Punkte dabei sind, die sehr begrüßenswert sind, aber muß ebenfalls, so wie mein Vorredner, Kollege Fritsch, sagen, daß ich eines nicht zur Kenntnis nehmen kann auf Grund der kaum vorhandenen Möglichkeit, mich mit meinem Fraktionsobmann bzw. mit der Stadtparteileitung abzusprechen, und schließe mich der Meinung des Kollegen Fritsch an, daß die Dringlichkeit seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion nicht gerechtfertigt erscheint. Ich er- suche, daß dieser Dringlichkeitsantrag bei der nächsten Gemeinderatsitzung behandelt werden soll, damit Beratungen durchgeführt werden können. Ich sehe mich außerstande, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzugestehen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster ist Kollege Treml für die KPÖ.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte Ihnen jetzt ersparen, was ich heute eingangs schon gesagt habe, und zwar möchte ich nur mit einigen Sätzen beginnen. Diese Vorlage des Dringlichkeitsantrages der sozialistischen Partei beweist genau meine Feststellung, daß die SP-Mehrheit eine Taktik verfolgt, aber nicht erst seit heute, um ihre Vorstellungen zum Problem Wehr- graben auf ihre Art durchzusetzen. In diesem Katalog heißt es ausdrücklich einleitend

auf Seite 2: "Zu diesem Zweck soll im Bett des Wehrgrabenkanals ein Abwasser-sammler verlegt werden und nach Einbindung aller Kanalanschlüsse eine Auffüllung erfolgen". Das heißt, die Zuschüttung soll erfolgen. Meine Damen und Herren, Sie werden doch nicht im Ernst annehmen, daß die übrigen Parteien, die Oppositionsparteien, und gleichzeitig viele Bürger unserer Stadt und darüber hinaus, jetzt eine Änderung durch die Vorlage dieses grünen, umfangreichen Papiers ihrer Meinungen vornehmen.

Dazu möchte ich eines sagen, ich werde sicher der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben, aber erlauben Sie mir, hier gleichzeitig zu vermerken, daß man jetzt ein Grundsatzprogramm der sozialistischen Gemeinderatsfraktion uns vorlegt, offenbar in der Auffassung, na ja die Gemeinderäte werden das ohnedies nicht überziehen. Wer hat denn dieses Papier ausgearbeitet? Welcher Gemeinderat hat den Beamten den Auftrag gegeben, dieses Papier für die sozialistische Fraktion auszuarbeiten? Sie haben sich nicht einmal geschämt, daß die Beamten diesen Antrag unter uns zur Verteilung gebracht haben.

Applaus

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Dagegen, gegen diese Methode des undemokratischen Vorgehens, wende ich mich besonders. Ich glaube und habe das schon bei den ersten Vorlagen vor einem Jahr zur sozialistischen Partei, zu ihren Vorschlägen, geäußert. Es gibt viele positive Vorschläge, auch in den damaligen Vorschlägen, aber immer wieder daran gebunden auf die Zuschüttung des Gerinnes. Sie haben bis heute nicht den Mut gehabt, daß Sie tatsächlich das durchführen, was Sie schon vor zwei Jahren durchführen wollten, nämlich die Auflassung des Wehrgrabenkanals. Daher, weil Sie nicht den Mut hatten, der Öffentlichkeit dies zu erklären, sind Sie bereit, Millionen hinauszuschmeißen für Studien, Architektenwettbewerb, der sicher nichts bringen wird zur besseren Gestaltung unseres Wehrgrabens. Wenn Sie glauben, mit diesem Vorschlag, der uns von den Beamten erklärt wurde, werden Sie eine Maßnahme setzen, nämlich, daß Sie die Nabelschnur durchtrennen, und damit das alte historische Gebiet in Ihre Vorschläge miteinzubinden. Da brauchen Sie diesen Architektenwettbewerb gar nicht auszuschreiben oder zu warten, wie es hier drinnen steht, ob vielleicht gute Vorschläge kommen. Sie wollen hier Maßnahmen setzen gegen den Willen eines Teiles der Bevölkerung – und dieser Teil ist nicht klein – und gegen unsere Stimme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Damit sind die drei Sprecher der Minderheitsfraktionen zu Wort gekommen. Wir stimmen nun über die Zuerkennung der Dringlichkeit ab. Es ist dazu keine qualifizierte Mehrheit erforderlich. Wer ist für die Zulassung als Dringlichkeitsantrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Aus der Mehrheit sehe ich, daß die Dringlichkeit zuerkannt ist.

(Für die Dringlichkeit: 22 Stimmen SPÖ-Fraktion.)

Gegen die Dringlichkeit: 9 Stimmen ÖVP-, 1 Stimme FPÖ-, 1 Stimme KPÖ-Fraktion.)

Wir gehen nun dazu über, den Dringlichkeitsantrag sachinhaltlich zu behandeln. Ich frage, wer dazu das Wort wünscht? Stadtrat Fürst bitte.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geehrte Damen und Herren, als Finanzreferent dieser Stadt möchte ich zu den finanziellen Problemen dieser Angelegenheit sprechen – wie könnte es anders sein. Man hört hier verschiedene Zahlen, 10 Millionen, 20 Millionen, 30 Millionen. Das alles könnte die Stadt leicht verkraften. Aus diesem Grund bin ich gezwungen, eine kurz gedrückte finanzielle Übersicht über die ganze Situation zu geben.

Wir stehen nun in der Vorbereitung eines Entwicklungskonzeptes und fassen die finanzielle Entwicklung der Stadt dazu ins Auge. Wenn wir nun die Zahlen betrachten, dann ist in erster Linie der Schuldenstand der Stadt Steyr zu sehen. Das gleiche gilt für die

Einnahmen und hier kann man feststellen, daß der Schuldenstand - das wurde bereits bei der Budgetdebatte angeführt - großen Ernst signalisiert, es ist aber auch festzustellen, daß die Stadt in keiner finanziell kritischen Situation steht. Damit die Stadt aber in keine kritische Situation kommt, ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Kreditaufnahmen das unbedingt notwendige Ausmaß auf keinen Fall übersteigen. Wenn man die Einnahmen betrachtet, muß man feststellen, daß die Subventionen sehr zurückgehen. Es wurde heute schon viel gesprochen von den möglichen Subventionsgebern oder den wünschenswerten. Das trifft das Land Oberösterreich genau so, wie es auch den Bund betrifft. Beim heutigen hohen Zinsniveau wissen Sie, daß die Bedienungen am privaten Kreditmarkt nur ein allerletztes Mittel sein können. Die Gemeinde versucht alles zu tun, was notwendig ist, um den Wünschen der Bevölkerung aus allen Stadtteilen gleichmäßig gerecht zu werden. Und eine Ausgabe, ob es sich nun um 30 oder 50 Millionen handelt, ist nicht vertretbar allen anderen Bürgern gegenüber, wenn sie nur dem Umstand geopfert würden, daß das Wasser im Wehrgraben weiter fließt. Sie haben aus unserem Finanzierungsvorschlag für den Wehrgraben gesehen, daß diese 3 Millionen im Jahr nicht für das Zuschütten verwendet werden sollen, sondern für alle Maßnahmen, die das Leben im Wehrgraben lebenswert machen können. Diese Mittel aufzubringen, wird in Zukunft auch nicht leicht sein, im Gegenteil, es wird noch wesentlich schwerer sein wie bisher. Auf Grund des Bevölkerungsschwundes in unserer Stadt haben wir allein Mindereinnahmen in der Höhe von 9 Millionen Schilling pro Jahr zu erwarten. Was dieser Betrag ausmacht, kann man erst richtig ermessen, wenn man bedenkt, daß auf Grund der vorhin angeführten Nachzahlung die Finanzkraft der Stadt theoretisch sich erhöht hat, sich dafür aber die Landesumlage, die die Gemeinde an das Land Oberösterreich leisten muß, auf 19 Millionen erhöht hat. Im Jahr 1975 betrug diese noch 11 Millionen, es hat sich also diesbezüglich eine gewaltige Verschlechterung ergeben. Wir müssen unsere Subventionen zuerst dem Land geben - so sehe ich das - und dann müssen wir als Bittsteller kommen, damit wir im Gnadenwege die eine oder andere Million als Subvention zurück bekommen. Außerdem ist der Krankenhausbeitrag - auch ein Betrag, den die Gemeinde dem Land Oberösterreich zahlen muß - im gleichen Zeitraum von 6 Millionen im Jahr 1975 auf 14;7 Millionen gestiegen. Gleichzeitig ist der Berufsschulbeitrag von 2 auf 5 Millionen Schilling gestiegen. Ich erwähne das alles nur aus dem einen Grund, um klarzumachen, daß wir wirklich mit jedem Schilling und schon gar mit Millionen so verantwortungsvoll umgehen müssen, daß wir es jederzeit bei der gesamten Steyrer Bevölkerung vertreten können.

Nun komme ich noch auf einen Umstand zu sprechen. Ich höre heute immer, daß die Mittel vom Wasserwirtschaftsfonds zugesichert sind und ob man das Ausgeben dieser Beträge hinausschieben kann. Dazu muß ich sagen, das ist ein ganz beträchtlicher Irrtum, wenn angenommen wird, daß es in unserem Befinden liegt, ob wir diese Mittel 1980, 1983 oder 1985 ausgeben. Diese Beträge sind termingebunden, obwohl unter Umständen es möglich ist, daß der Termin bis zu einem halben Jahr überzogen werden kann. Würden wir aber einer Umplanung des Wehrgrabenprojektes in ein offenes Gerinne die Zustimmung geben, dann würden sich der Herr Landeshauptmann und alle uns übergeordneten Stellen sehr leicht tun und sagen, wenn die Stadt Steyr das will, soll sie den Antrag einbringen und wir würden eine neue Planung machen. Warum ist man so bereitwillig? Das Geld, das uns bescheidenmäßig für diesen Zeitraum zur Verfügung steht - Es würden immerhin 2 - 2 1/2 Jahre vergehen, bis eine Detailplanung usw. fertig wäre - diese Mittel würden wir nie mehr wieder und schon gar nicht zu den heute schon angezogenen Bedingungen bekommen. Ich kann mir also vorstellen - das hat auch der Bürgermeister heute schon ausgeführt - daß beim Wasserwirtschaftsfonds die Förderungen der ganzen Kanäle in Oberösterreich mit 200 Millionen veranschlagt waren. Wir haben es erlebt, daß uns bereits im vergangenen Jahr eine große Kürzung ins Haus gestanden ist, die dann über Intervention der Gemeinden bis hinauf zur Landesregierung zurückgenommen und der alte Zustand hergestellt wurde. Diese wurde jetzt von 200 auf 250 Millionen aufgestockt, aber es fehlen immer noch 100 Millionen, daß man die Förderung bezahlen kann, die momentan praktiziert wird.

Auch in den Verbandssitzungen wurde die Aussage gemacht – ich weiß, wovon ich rede, da ich dort Mitglied bin – daß diese Förderung vorerst für dieses Jahr gilt. Das galt für 1981, für 1982 fehlen die bereits zitierten 100 Millionen. Neue Projekte können diese Form der Förderung nicht mehr erfahren. Daran sehen Sie, daß es sehr wohl ein Grund ist, diesen Antrag mit der Dringlichkeit zu versehen, denn wir können es uns einfach nicht leisten, zu allfälligen Mehrausgaben auch noch den Verlust von Förderungsmitteln hinzunehmen. Wenn man sich das alles überlegt, so sieht man, daß auch bei einer flüchtigen Durchsicht sehr viele positive Aspekte bemerkbar sind. Es ist schon sehr viel Zeit vergangen und vertan worden, wo man immer versucht hat, einen möglichst breiten Konsens zu finden und man immer geglaubt hat, daß man kurz davor wäre. Es wurde aber immer wieder auf die lange Bank geschoben und so ist die Zeit vergangen. Und so ist erklärlich – der Vorwurf von Kollegen Tremel hat in diese Richtung gezielt – warum man von der Mehrheit aus bis dahin nicht tätig wurde. Überlegen Sie sich nochmals meine Ausführungen, denn ich glaube, sie sind es wert, beherzigt zu werden. Ich darf um positive Bescheidung des Antrages bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Bevor ich Kollegen Feuerhuber das Wort erteile, darf ich kurz den Beitrag von Kollegen Tremel streifen. Es war meine Weisung als Vorsitzender des Gemeinderates, daß ein Beamter des Hauses die Verteilung dieses Dringlichkeitsantrages vornimmt. Das ist in jeder Hinsicht korrekt, außer Sie legen nie Wert darauf, daß Sie den Inhalt solcher Eingaben lesen können. Das ist sicher nicht im Sinne dessen, was Sie kritisiert haben. Nächster Sprecher ist Kollege Feuerhuber.

GEMEINDERAT KARL FEUERHUBER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Bei der Behandlung des Themas Wehrgraben wird ein Umstand, der sonst immer im Vordergrund der Überlegungen steht, sehr stark vernachlässigt, nämlich der sanitäre Übelstand – Umweltschutz, Reinhaltung der Gewässer. Der gesamte Gemeinderat konnte sich im vergangenen Jahr davon überzeugen, wie das Wehrgrabengerinne aussieht. Wir haben damals einige Häuser besucht um zu sehen, wie dort die Leute wohnen. Heute wurde ja schon einige Male ausgeführt, daß in diesen Häusern überwiegend Ausländer wohnen. Man muß jetzt versuchen, in diesem Stadtteil Abhilfe zu schaffen und niemand kann sich dieser Verpflichtung entziehen. Ich darf Kollegen Vizebürgermeister Fritsch doch noch einmal bitten, in seiner Eigenschaft als stadträtlicher Referent hier die Initiative zu ergreifen. Ein sterbender Stadtteil ist keine Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse, er ist höchstens Anziehungspunkt für Romantiker. Was nützt uns eine zentrale Kläranlage, wenn wir in einem so wichtigen Gebiet wie der Steyr-Niederung nach wie vor ungeklärt unsere Abwässer einleiten. Eine Ölkatastrophe – auch das wurde heute schon erwähnt – würde verheerende Folgen haben, denn alles würde in dieses öffentliche Gerinne fließen. Die Folgen davon wurden heute bereits erwähnt. Ich will damit nicht den Teufel an die Wand malen, sondern nur aufzeigen, daß es endlich an der Zeit ist, etwas zu unternehmen, wenn wir unsere Auffassung von sauberer Umwelt und hygienischen Lebensbedingungen ernst nehmen.
Erlauben Sie mir auch noch einige Worte zum Hochwasserschutz in diesem Gebiet Wehrgraben zu sagen. Sie wissen, ich bin einer der wenigen überlebenden "Wehrgräbler" – wie es in diesem hohen Haus immer heißt – es sind ja schon viele aus diesem Gebiet weggezogen. Warum weiß jeder selbst. Eines ist aber klar auszusprechen, daß dem Hochwasserschutz in diesem Gebiet besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Nur wer jedes kleinste Hochwasser selbst verspürt – sei es nur eine Garage, die jedesmal geräumt werden muß, oder ein Keller – kann ermessen, was das heißt. Auch ich bin einer der Betroffenen. Besonders vom Hochwasser betroffen ist das untere Eysnfeld, im oberen Teil sind die Häuser nicht unterkellert ...

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Auch am Stadtplatz ist das so.

GEMEINDERAT KARL FEUERHUBER:

Ja, das stimmt, Du weißt es ja. Es gibt aber auch Bewohner in diesem Stadtteil, die sogar ihre Wohnungen räumen müssen, weil das Wasser drinnen ist. Ich bin froh und glücklich darüber, daß ich sagen kann, daß wir bei der Errichtung des Kraftwerkes Klaus von der Gemeinde aus 3 Millionen Schilling beigesteuert haben, um die Stauzonen zu erhöhen. Das letzte Hochwasser, das uns betroffen hat, war ein technisches Versagen, sonst wäre das nicht zustande gekommen. Ich bin auch dankbar dafür, daß in diesem Erneuerungskatalog zur Revitalisierung des Wehrgrabengebietes wieder Vorsorge getroffen wird, damit der Hochwasserschutz einigermaßen gewährleistet ist.

Ich darf als sozialistischer Gemeinderat dieser Stadt der Magistratsdirektion danken, daß sie Vorsorge getroffen hat, daß die größtmögliche Sicherheit vor Hochwässern gewährleistet ist.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Nächster Sprecher ist Kollege Pimsl.

GEMEINDERAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die ÖVP-Fraktion hat heute auf Vorhaltungen bezüglich ihres Gedächtnisses und ihrer Handlungen recht zimperlich reagiert. Das ist weiter nicht verwunderlich, weil ja in der letzten Zeit einige ihrer prominenten Mitglieder sehr stark an Gedächtnisschwund gelitten haben und daher solche Reaktionen bei uns durchaus Verständnis erwecken. Genau so zimperlich reagiert aber die ÖVP-Fraktion auf den Initiativantrag der sozialistischen Fraktion, weil sie damit einmal mehr erkennen muß, daß ihnen die Sozialisten in ihren Aktivitäten ständig den Rang ablaufen. Es ist der ÖVP-Fraktion in diesen zehn Jahren, seitdem der Beschluß, den Wehrgrabenkanal zuzuschütten, gefaßt wurde, nichts Besseres eingefallen, als heute einen Initiativantrag auf Offenhaltung des Gerinnes einzubringen, das heißt eine Aufhebung des damaligen Beschlusses. Zehn Jahre hat man gebraucht, um daraufzukommen, daß ihr eigener Beschluß nichts wert ist und daher auch ihre eigenen Anliegen bezüglich des Wehrgrabens sicherlich nur von Gedanken aus geleitet werden, die nichts mit dem Wohl dieser Stadt, zumindestens nicht in diesem Stadtteil, zu tun haben. Es ist erstaunlich, daß gerade hier alle jene Initiativen, die von uns aufgezeigt wurden, in Bausch und Bogen zwar zum Teil gut geheißen, aber zum Teil abgelehnt werden, aus jenem Grund, weil man sicher auch selbst hätte nachdenken können, um Ideen beizustellen. Es ist auch verständlich, daß die beiden anderen Minderheitsfraktionen zu diesem Problem ein wenig auf der Stelle treten, weil sie offenbar andere Ideen haben als Befürworter von Leuten, die weder Verantwortung tragen, noch berufen sind, in dieser Angelegenheit für uns Entscheidungen zu treffen. Wenn ich mich daran erinnere, daß es jetzt gerade ein Jahr aus ist, wo wir beisammen gesessen sind und eine große Wehrgrabendebatte geführt haben, da war es Kollege Vizebürgermeister Fritsch, der uns via Radio eine Idee überbringen ließ, daß man durch die OKA ein großes Kraftwerkprojekt verwirklichen könnte. Wir haben leider nichts mehr gehört davon. Es waren offenbar nebulose Überlegungen und Ideen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ein Brief von Generaldirektor Dr. Wenzl ist in dieser Richtung eingelangt, allerdings ein negativer.

GEMEINDERAT RUDOLF PIMSL:

Es ist interessant, daß man sich ein Jahr lang überlegen mußte, um heute einen Initiativantrag einzubringen, der damals schon hätte gestellt werden müssen, wenn Ihre Aussagen ernst gemeint gewesen wären. Aber sie macht sich lieber zum Fürsprecher bestimmter Personen und verkennt dabei die Grundsätze der Demokratie, daß das Recht vom Volk ausgeht. Und daß es das Volks ist, welches in geheimer demokratischer Wahl

zu bestimmten Zeiten seine Vertreter wählt. Gott sei Dank geschieht das in Österreich noch. Und die Bevölkerung von Steyr hat mit zwei Drittel Mehrheit den Sozialisten ihr Wohl und Wehe anvertraut. Das berechtigt sicher die Sozialistische Fraktion nicht dazu, Minderheitsmeinungen zu negieren. Aber es berechtigt Minderheitsparteien noch lange nicht zu meinen, es müsse eine mit einer demokratischen Mehrheit ausgestattete Fraktion das tun, was andere wollen, und noch dazu was in keiner Weise durchdacht ist. Wir sollten uns vor allem auch davor bewahren, sich zum Fürsprecher von Leuten zu machen, die vorgeben, Demokraten zu sein, dabei aber mit möglichst undemokratischen Mitteln versuchen, eine Meinung herbeizuführen, die sicher nicht die Meinung der Mehrheit in unserer Stadt ist. Wenn wir auf Grund verschiedener Aussagen, die heute schon gemacht wurden und die uns vor allem durch die Schreiben dieses Proponentenkomitees bekannt wurden, dann müssen wir uns fragen, ob jemand, auch wenn er noch so bekannt oder berühmt sein sollte, dazu berechtigt ist, ohne das Problem zu kennen, darüber Aussagen zu machen. Bei den anderen Fraktionen macht man es sich eben leicht und plappert das nach, was andere sagen, ohne zu wissen, ob sie von diesem Problem Kenntnis haben.

Ich glaube, meine Damen und Herren, solche Vorgangsweisen sollten wir uns nicht aneignen. Es wurde heute schon der Appell an alle Mandatäre gerichtet, sich in solchen Fragen nicht unbedingt anderer Argumente zu bedienen, die noch dazu keinerlei Berechtigung haben. Es wird hier ja von bestimmten Leuten sehr stark mit äußerst undemokratischen Mitteln gearbeitet. Wenn man sich einige Schlagzeilen der Steyrer Zeitung in Erinnerung ruft, z. B. wurde der Ausdruck "Bürgerwehr" gebraucht und dabei versucht, dieses Wort zum Begriff zu machen. Ich und auch sicher einige Anwesende haben den Eindruck, wenn es darum geht, von einer Bürgerwehr zu sprechen, daß es sich dabei um Menschen handelt, die mit Waffen ihre Meinung zum Ausdruck bringen wollen. Gerade wir in Steyr sind mit diesen Ausdrücken ein wenig sensibilisiert, weil gerade die älteren unter uns am eigenen Leib verspüren mußten, welche Art von Bürgerwehren es immer war - sie hätte auch einen anderen Namen haben können - und wie sehr man mit der Demokratie umgesprungen ist. Das haben auch sehr viele ÖVP-Mitglieder am eigenen Leib verspüren müssen, als es dann um die Demokratie zu spät gewesen ist, daß man sich nicht gleichzeitig zum Totengräber der Demokratie vorerst hergeben kann und gleichzeitig demokratische Grundsätze jetzt wieder, wo wir erst 37 Jahre wieder Demokratie in unserem Land haben, diese über Bord werfen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir sollten gemeinsam jenen Menschen, die sich aus einer maßlosen Überschätzung heraus dazu berechtigt fühlen, unsere eigene Tätigkeit für uns wahrnehmen zu müssen, sagen, daß dies in einer Demokratie nicht möglich ist. Daß es eben in einer Demokratie zur Wahl kommt und daß jeder Bürger dieses Staates, sofern er mündig ist, das Recht hat, zur Wahl zu gehen bzw. sich selbst wählen zu lassen. Aber daß wir uns von einer Meinung, die von der Straße kommt und vielleicht auf der Straße vertreten wird, distanzieren sollten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Antrag der sozialistischen Fraktion auf jeden Fall die Zustimmung zu geben.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher ist Kollege Wallner.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren!
Lieber Kollege Pimsl, Du gestattest, wenn ich sage, daß der Vorwurf der Zimmerlichkeit, dessen Du uns geziehen hast, daß ich den insofern zurückgebe, da ich diesen Vorwurf als lächerlich empfinde. Du hättest mehr nachdenken müssen, denn wir 10 Jahre gebraucht haben, um aktiv zu werden oder irgend etwas zu tun in Sachen Wehrgraben, dann gilt dieser Vorwurf für Sie bitte vielmals. Sie haben auch innerhalb der letzten 10 Jahre nichts getan. Wissen Sie, warum Sie jetzt etwas tun, warum dieses Papier entstanden ist? Das Papier ist entstanden, weil Ihnen jetzt der Hut brennt, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Hut brennt im Bezug auf die öffentliche Meinung - das

spüren Sie sehr genau. Ich glaube, Sie sind sensibel genug, um feststellen zu können, daß die Öffentlichkeit eindeutig gegen Ihre Meinung, gegen das Zuschütten, ist. Aber muß man sich den Vorwurf gefallen lassen, wenn Sie 10 Jahre nichts getan haben? Trotz Ihrer Mehrheit, trotz der Ihnen gegebenen Möglichkeiten hier im Hause mit der Beamtenschaft, haben Sie ebenfalls 10 Jahre lang nichts getan.

Zur Bürgerwehr bitte nur einen Satz. Sie verstehen es ausgezeichnet, allerdings in großen Abständen, solche Dinge in die Debatte zu bringen – Bürgerwehr, vor ca. zwei Jahren hat man etwas von Kettenrasseln gehört hier in diesem Gemeinderatsitzungssaal. Bitte unterlassen Sie das, Sie können uns den Vorwurf sicherlich nicht machen, daß wir solche Dinge in die Diskussion einer Gemeinderatsitzung bringen. Ich empfand – wer mich kennt, weiß, daß ich das, was ich jetzt sage, ehrlich meine, mir ist nichts aufgetragen worden, ich bin auch mit keinem vorbereiteten Schriftsatz heraus gekommen, den ich Ihnen vorlese bzw. Ihnen zumute, daß Sie mir zuhören – das, was Sie heute, meine verehrten Damen und Herren, getan haben mit der Vorgangsweise um dieses Grundsatzprogramm, als eine Zumutung. Auch das ist heute schon gesagt worden. Sie hätten sich sicherlich nichts vergeben, wenn Sie diesen Katalog erarbeitet hätten oder erarbeiten hätten lassen, genau so wie Sie es jetzt getan haben. Ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich – auch das ist wieder meine Meinung, niemand unter Ihnen hat echt an diesem Katalog mitgearbeitet. Ich gestehe einem – das sage ich in aller Offenheit – zudas ist der Herr Bürgermeister, daß er sicherlich in irgend einer Form hier mit tätig war. Zeigen Sie bitte auf, wer sonst noch von Ihnen Vorschläge gemacht hat, höchstens, daß man dort einen Tennisplatz errichten soll ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Da müßten alle aufzeigen !

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich bezweifle das und das sei mir bitte gestattet. Ich hätte an Ihrer Stelle diesen Katalog erarbeiten lassen, hätte ihn allen Gemeinderäten zugesandt – das wurde von Kollegen Fritsch ja schon gesagt – und wir hätten in einer Informationssitzung gemeinsam an diesem Katalog arbeiten können. Irgendwo werden Sie uns schon zugestehen, daß auch wir unter Umständen eine Idee gehabt hätten. Den Beweis dafür haben wir sicher in genügender Zahl in den letzten 10 – 15 Jahren erbracht. Das wäre dann echt die Aufforderung zur Mitarbeit unserer Fraktion und wenn Sie wollen auch aller anderen Fraktionen gewesen.

Nun noch eine Frage, zurückkommend auf das, was ich Ihnen hier schon in aller Offenheit vorgeworfen habe. Eine offene Frage, die ich bitte, offen zu beantworten. Wer ist Auftraggeber für die Beamten des Bauamtes zur Erstellung, wenn Sie wollen zur Mitarbeit, dieses Kataloges und wie kommt es, daß ein Beamter des Bauamtes Ihre Vorstellungen, die Vorstellungen der Sozialistischen Partei, hier uns vortragen konnte? Es muß also jemand den Auftrag gegeben haben. Es kann meines Erachtens nach nur – um nicht die Frage vorweg zu nehmen, aber meine Meinung dazu darf ich sagen – der Auftraggeber die sozialistische Fraktion gewesen sein. Wenn es so war, das sage ich in voller Verantwortung dann bezeichne ich das als Mißbrauch der Beamtenschaft.

Applaus

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Wenn ich daran denke, meine sehr verehrten Damen und Herren – das wissen Sie im einzelnen nicht – wie deprimierend es vor einer guten Woche war, als wir den Wunsch gehabt haben in der ÖVP-Fraktion, nochmals einen Bericht oder Details zu erfahren über die Planung der Nordspange. Ich darf Ihnen kurz erläutern, wie das gegangen ist. Ich habe im Auftrag des Fraktionsführers, Kollegen Fritsch, den Herrn Baudirektor angerufen, er möge mit den entsprechenden Plänen das vor der ÖVP-Fraktion anläßlich einer unserer Sitzungen vortragen. Darauf hat der Herr Baudirektor völlig verständlicherweise gesagt, bitte der Herr Vizebürgermeister Fritsch als Fraktionsobmann

möge diese Bitte dem Bürgermeister vortragen. Ich muß hier einflechten, es ist hier um die Information von etwas gegangen, was wir schon vorher in einer Informationssitzung gehört haben. Also nichts Geheimes, nichts Unmögliches meines Erachtens nach. Es wäre also damit abgetan gewesen. Nun scheint ein Auftrag zu bestehen, daß solchen Wünschen nur dann stattgegeben wird, wenn der Bürgermeister oder sein unmittelbarer Stellvertreter die Zustimmung erteilt. Nun hat Vizebürgermeister Fritsch, weil der Herr Bürgermeister nicht anwesend war, Kollegen Schwarz gebeten, die Zustimmung zu erteilen. Er hat sie gegeben unter der Auflage, den Bürgermeister zu befragen. Man muß sich vorstellen, wie deprimierend das für eine Fraktion wie die meine war, einen solchen Weg gehen zu müssen. Ich möchte es noch härter ausdrücken, es war nicht nur deprimierend, es war widerlich. Ich sage sicherheitshalber, weil ich die Frage vorhin gestellt habe, wir haben Auftrag an die Beamtenschaft gegeben. Das was ich hier gesagt habe, soll in keiner Weise gegen die Beamtenschaft gerichtet sein. Die Beamtenschaft ist weisungsgebunden und kann nicht anders handeln als sie gehandelt hat. Mich würde wirklich die Frage interessieren, wie ist dieser Katalog zustande gekommen bzw. wie kommt ein Beamter des Bauamtes dazu, hier Vorstellungen der sozialistischen Partei offiziell im Gemeinderat zu erörtern.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Diese Frage kann ich gleich beantworten als zuständiger Referent für Planungsaufgaben. Ich muß hier die starken Ausdrücke, Kollege Wallner, zurückweisen, deprimierend und widerlich. Ich darf dazu folgendes erklären. Als Bürgermeister und Planungsreferent hat Ing. Grassnigg von mir den Auftrag bekommen, Überlegungen anzustellen nach der geltenden Rechtslage, die bekanntlich von der Zuschüttung und Auffüllung ausgeht, und Gedanken zu machen, wie man jenen Teil, der nicht vom Ideenwettbewerb betroffen ist, mit Maßnahmen der Belebung und Erneuerung zuführen könnte. Das war ein Dienstauftrag, der durchaus zurecht von mir ergangen ist. Was das betrifft, daß die Unterlagen heute ausgeteilt wurden, das wurde von mir in meiner Eigenschaft als Vorsitzender veranlaßt. Es sind zwei Initiativanträge, die beide nicht vorangemeldet waren – auch der Ihre nicht – eingebracht worden, dabei ist es völlig unabhängig, welchen Inhalt sie haben. Beide sind völlig formalrechtlich eingebracht worden, gedeckt durch das Statut, durch die Geschäftsordnung, es ist also nur eine Frage des Inhaltes. Der sozialistische Antrag hat einen Inhalt, mit dem man sich lange beschäftigen kann, der Ihre hat wahrscheinlich einen anderen Inhalt und es wird sich noch herausstellen, wie lang man sich damit beschäftigen kann. Das so quasi als unkorrekt in den Raum zu stellen ist völlig verfehlt und trifft die Sache in keiner Weise.

Ich muß auch jetzt noch etwas aussprechen, was ich schon oft sagen wollte. Wenn die Österreichische Volkspartei, über ihren Fraktionsobmann Fritsch und das trifft auch auf den Obmann der Gemeinderatsfraktion der FPÖ genau so zu, etwas wissen will, dann wird der Weg nie zu mir gefunden, dann werden fünf Umwege gemacht über die Magistratsdirektion, über den Vizebürgermeister usw., erst dann erfahre ich davon. Daher brauchen Sie sich überhaupt nicht wundern, wenn dieser direkte Kontakt nicht zustande kommt. Das liegt ja auf Ihrer und nicht auf meiner Seite. Weiters muß ich ganz offen sagen, wir haben ja Fraktionsobmännerbesprechungen zur Ergänzung der Information und letztlich, meine Damen und Herren, es ist doch die Pflicht des jeweiligen Fraktionsvorsitzenden, sich im Interesse seiner politischen Tätigkeit in der Gemeinde dort zu informieren, wo er glaubt, daß er die Information bekommt. Wenn zu mir niemand kommt, dann tut mir das leid. Sie können dann aber die Schuld nicht bei mir suchen, weil ich ja das Informationsbedürfnis der Einzelnen nicht kenne. Wenn ich es weiß, wie es in diesem Fall war, so hat der Herr Baudirektor von mir die Bestätigung und den Auftrag erhalten, die ÖVP-Fraktion mit den nötigen Unterlagen zu versorgen und sie über die Planung der Nordspange zu unterrichten. Was daran schlecht sein soll, ist mir nicht klar. Ich würde schon bitten, wenn man die Hintergründe der Sachlage nicht kennt, von Ausdrücken, wie deprimierend und widerlich, Abstand zu nehmen.

Ich hoffe, daß ich mit diesem Beitrag Aufklärung geben konnte, daß eigentlich dabei nichts Widerliches ist und auch nichts Deprimierendes, das ist ein Vorgang, der üblich

ist. Oft geht der Schmied zum Schmiedl, aber noch öfter sollte der Schmiedl zum Schmied gehen. Mehr kann ich nicht dazu sagen
Als Nächster hat sich Gemeinderat Holub gemeldet. Entschuldigung, vorher kommt noch Gemeinderat Leithenmayr.

GEMEINDERAT HERMANN LEITHEMAYR:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, daß Initiativanträge immer durch gewisse Zugzwänge verursacht werden und will nicht in Abrede stellen, daß das bei diesen beiden Initiativanträgen auch so gewesen ist. Wie ist denn dieser Initiativantrag bzw. dieser Zugzwang zustande gekommen? Es wurde heute schon zum Problem Wehrgraben gesagt wir wissen alle Bescheid, wir haben alle Informationen über die Medien, über die Zeitungen erhalten. Diese Informationen wurden als sachlich und fachlich bezeichnet und das stimmt auch, daß es eine Flut von Informationen gegeben hat. Nur, wie waren diese Informationen eigentlich beschaffen, wenn man sie näher betrachtet? Ich glaube, es war ein "Misch-Masch", ein Sammelsurium von Meinungen der Fraktionen, von Vereinigungen oder alternativen Gruppen. Es waren Bruchstücke von Studien darin zu finden, ob es die Hierzegger-Studie war oder die Semsroth/Sackmauer-Studie. Was hier an Ungereimtheiten geboten wurde, das hat manchen "Wehrgrabler" dazu veranlaßt, den Kopf zu schütteln. Und selbst als Mitglied des Gemeinderates und Bewohner des Wehrgrabens hat man öfter nicht gewußt, was eigentlich an dieser Sache daran ist. Ich glaube, das hat eine große Verunsicherung unter den Bewohnern des Wehrgrabens hervorgerufen, die ja nicht mehr wissen, wie es wirklich weiter geht, was wird passieren, werden Häuser weggerissen, wird zubetoniert, werden Parkhäuser oder -flächen geschaffen? Das waren die Fragen der Bevölkerung, die immer wieder an uns herangetragen wurden. Natürlich konnten wir all das verneinen aus unserem Wissen heraus, weil die Stadt dazu keine Aussagen gemacht hat. Schauen wir uns die Meldungen an: "Im Wehrgraben soll eine Durchzugsstraße gebaut werden und aus diesem Grund wird der Wehrgraben zugeschüttet. Jeder Steyrer weiß, wie sinnlos diese Aussage ist, die von überregionalen Zeitungen gebracht wurde, sogar Magazine auf Bundesebene haben sich mit diesem Problem beschäftigt. Woher sollte eine derartige Straße kommen und wohin sollte sie führen, es braucht sie ja niemand. Dennoch werden solche Unsinnigkeiten immer unter die Leute gebracht. Oder die Aussage des Zubetonierens. Wir haben vor, dort die Umwelt zu verbessern, Schrebergärten zu errichten, Vorgärten und Freizeiteinrichtungen sollen errichtet werden, Parkanlagen, Wohnungen usw. Wenn man unter Wohnungen und Freizeiteinrichtungen zubetonieren versteht, dann stimmt das, wenn man aber damit die Bevölkerung verunsichert, dann ist das wirklich unrichtig. Diese Verunsicherung sollte endlich einmal aufhören. Es war die Rede von den Bodenspekulationen, das ist heute mehrmals angezogen worden. Ich glaube, die Gemeinde hat sich immer bemüht, gerade in dieser Wehrgrabenfrage als Käufer aufzutreten für dieses Gebiet, das seinerzeit dieser Wehrgrabenkommune gehört hat, und die dieses Gebiet verwerten wollte. Die Gemeinde hat dort einen für diese Zeit nicht unerheblichen Betrag von rund 700.000 Schilling ausgegeben. Eine Reihe von Gemeinderäten hier herinnen - das wurde heute auch schon gesagt - hat schon an diesem Beschluß mitgewirkt. Ich glaube, daß diese Aktionen gegen Spekulationen auch richtig waren. Oder meint man damit die Abmachung betreffend die Hack-Werke, wo auch wiederum die Gemeinde aufgetreten ist, Gründe angeboten hat, und versucht hat, Spekulationen mit diesen Gründen, die frei werden, zu verhindern und sich eben ein Vorkaufsrecht gesichert hat. Auch hier sieht man sehr deutlich, daß eben alles getan wurde und keine Aussage in anderer Richtung von der Gemeinde aus gemacht wurde. Was die Parkhäuser bzw. -plätze betrifft, wo die Leute gesagt haben, der ganze Wehrgraben wird zum Parkplatz. Die Architekten Hierzegger haben in ihrer Studie, die die Universität Graz seinerzeit erstellt hat, vorgehabt, dort ein Parkhaus zu errichten. Das hat man als die Meinung der Stadtgemeinde verkauft und das ist ein Vorgehen, das man nicht billigen kann. Von der Stadtgemeinde aus ist meines Wissens nach niemals beabsichtigt gewesen, dort ein überregionales Parkzentrum zu errichten. Die Stadt wird auch beschuldigt, daß verschiedene Häuser abgerissen würden in diesem Bereich. Durch solche Aussagen werden natürlich die Bewohner verunsichert. Ich frage alle Anwesenden, können Sie sich erinnern, daß hier herinnen jemals von irgend jemandem

oder von einem Mandatar irgendwo gesagt wurde, daß die Häuser weggerissen werden müssen oder irgend ein Haus muß weggerissen werden? Das sind alles Aussagen aus der Hierzegger-Studie, die vorgesehen hat, daß die Häuser Fabrikstraße 5 - 20 z. B. abgerissen werden sollten oder aus der Semsroth/Sackmauer-Studie, wo auch vorgesehen war, 11 Häuser in der Fabrikstraße bzw. Wehrgrabengasse abzureißen. Die Stadtgemeinde hat sich mit diesen Aussagen nie identifiziert, das muß hier festgestellt werden. Ich glaube, daß aus den angeführten Beispielen doch hervorgeht, daß diese Diskussion, die hier geführt wurde, unsachlich und in verschiedenen Bereichen gehässig geführt wurde. Ich glaube, daß es legitim ist, zu einem Problem verschiedene Auffassungen zu haben und es ist sicher auch legitim, im Sinne seiner Auffassungen zu argumentieren. Ich glaube aber auch, daß es unmoralisch ist, mit Teilwahrheiten oder gar Unwahrheiten zu operieren, wie es in dieser Angelegenheit leider geschehen ist. Dadurch kam es zu dieser unsachlichen Diskussion, die in letzter Zeit nur mehr emotionell abgeführt wurde. Wir sollten doch am Boden der Tatsachen bleiben und dieser Gemeinderat hat seit dem Jahre 1945 sehr viele schwierige Probleme gelöst. Es wird daher sicher auch möglich sein, dieses Problem einer einvernehmlichen Lösung zuzuführen. Die Leute im Wehrgraben warten darauf, daß etwas geschieht. Eines, was in diesem Katalog drinnen ist und was mich persönlich sehr freut und bestimmt auch andere Leute, ist die Aussage zur Erhaltung der Schwimmschule. Das ist ein Problem, das in diesem Zusammenhang ziemlich untergegangen ist. Die Leute hängen an der Schwimmschule mehr als am Wehrgrabengerinne, nämlich jene Leute, die im Wehrgraben wohnen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das mußt Du den Steyr-Werken sagen!

GEMEINDERAT HERMANN LEITHEMAYR:

Ich habe das auch schon in den Steyr-Werken gesagt und zwar Herrn Generaldirektor-Stellvertreter Ing. Feichtinger, daß die Steyr-Werke verpflichtet sind, diese Schwimmschule zu erhalten. Dennoch wird die Forderung der Betriebsräte sehr stark durch diese Aussage unterstützt, die dieses Mal erstmalig öffentlich gemacht wird. Jetzt möchte ich mir noch einige persönliche Bemerkungen erlauben. Es war heute schon die Rede von der Aufhebung meines Fraktionszwanges. Und zwar hat das Kollege Tremel gesagt.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch Du bist fraktionsgebunden!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ist das dem Herrn Bürgermeister schon einmal auf gefallen bei meinen Ausführungen?

GEMEINDERAT HERMANN LEITHEMAYR:

Ich möchte dazu bemerken, daß in der sozialistischen Fraktion keine Aufhebung dieses Fraktionszwanges erforderlich ist. Gleichzeitig muß ich sagen, daß es eines sehr langwierigen und nicht einfachen Meinungsbildungsprozesses bedurft hat und ich persönlich, der ich als einziger hier herinnen direkt ein Bewohner des Wehrgrabens bin und jeden Tag morgens schon dieses Gewässer sehe, habe dabei auch ein weinendes Auge, wenn das Wasser nicht mehr vorbeifließt. Das sage ich ganz offen. Ich glaube aber, daß es auch falsch wäre, hier nur meine persönliche Meinung zu vertreten und zu überhören, was sich die anderen Leute im Wehrgraben seit vielen Jahren wünschen. Das wirtschaftliche Argument kann man dabei nicht einfach vernachlässigen. Ich glaube, daß es sehr wohl notwendig ist, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, diesen Aspekt mit zu überlegen, um weit schneller und viel früher diese Vorstellungen der Menschen in diesem Stadtteil erfüllen zu können, den Wunsch nach Kommunikationsmöglichkeiten, den Wunsch nach Sportstätten, die es ja in allen anderen Stadtteilen bereits gibt. Ich kann sagen,

daß das, was Herr Stadtrat Wallner gesagt hat, nicht stimmt, daß kein Mensch von uns mitgearbeitet hat. Das war eine Unterstellung, er glaubt nur, daß es so war.

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Was davon war Deine persönliche Idee?

GEMEINDERAT HERMANN LEITHEMAYR:
Ich darf sicher 3 bis 4 Punkte als meine Ideen bezeichnen, die ich zusammen mit Kollegen Feuerhuber vorgebracht habe. Es ist doch selbstverständlich, daß wir als Bewohner dieses Stadtteiles Wünsche haben, wie sie jeder einzelne Gemeinderat für seinen Wohnbereich hat. Wir haben unsere Vorstellungen sehr deutlich bei der Erarbeitung dieses Kataloges geäußert und diese wurden auch berücksichtigt und sind in diesem enthalten. Aus diesem Grund glaube ich, weil die Vorstellungen in einer demokratischen Form in unserer Fraktion gebildet wurden, können wir auf die Abschaffung des Fraktionszwanges in dieser Frage verzichten. Niemand in unserer Fraktion kann als - wie es schon gesagt wurde - "Killer" des Wehrgrabens bezeichnet werden, sondern wir haben mit diesem Schritt den Anstoß zur Erneuerung dieses Stadtteiles gegeben. Ich darf Sie ersuchen, das Problem aus dieser Sicht zu betrachten.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Danke. Nächster Sprecher ist Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Das Ende der ersten Diskussionsrunde, meine Damen und Herren, geschätztes Präsidium, respektive das Ende des Mittelteiles der ersten Diskussionsrunde beim ersten Tagesordnungspunkt war für mich sehr beeindruckend. Ich mußte erfahren, daß sich der geschäftsführende Bürgermeister Heinrich Schwarz dafür schämt, daß ich Mitglied des Gemeinderates der Stadt Steyr bin, ich mußte erfahren, daß ich stets Anlaß gebe zu Streitigkeiten. Für mich war das sehr beeindruckend. Wenn es in der Absicht erfolgt ist, den Holub zum Schweigen zu bringen und ihm klar zu machen, wo der Wastl den Most holt, dann

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wenn man jemanden als Mörder bezeichnet, muß man sich einen solchen Hinweis schon sagen lassen. Ich glaube, das ist gerechtfertigt. Irgendwie findet ein derartiger Ausspruch sein Echo. Man kann doch nicht einfach jemanden als Mörder bezeichnen, das geht eben zu weit. Ich schäme mich eben für einen solchen Ausspruch, den ein Kollege von mir macht.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Herr Bürgermeister, wenn Du bei Deiner Emotion aufmerksam und nicht nur bewegt gewesen wärst, so hättest Du gehört, daß Ihr in Gefahr seid, meine Freunde von der sozialistischen Fraktion, in der öffentlichen Meinung als Mörder des Wehrgrabens angesehen zu werden. Das war meine Wortmeldung und das habe ich gesagt. Und dazu stehe ich auch. Daß natürlich die Wogen hochgegangen sind ist klar, rückblickend auf die erste Stunde des heutigen Tages möchte ich schon sagen, von mir ist das nicht ausgegangen. Ich möchte aber jetzt diese Stimmung nicht wieder zurückholen, die da war, das hilft uns nicht weiter. Ich möchte die Frage in den Raum stellen, worum geht es eigentlich? Geht es darum, daß ein Stadtteil von Steyr sinnvoll saniert wird, geht es darum, daß Hausbestand reaktiviert wird, revitalisiert wird, geht es darum, daß sich die Bürger in unserer Stadt wohl fühlen können oder geht es darum, daß die sozialistische Partei recht hat, partout und um jeden Preis? Sie argumentieren in einer Vehemenz bis in Zeiten hinein, die längst vor meiner Geburtsstunde gelegen sind, drohen mit Bürgerwehren, sehen militante Gruppen aufmarschieren usw., so daß ich überhaupt nicht weiß, in welchem Zusammenhang Sie hier objektiv Bericht erstatten in der Absicht,

daß sich das Plenum dieses Gemeinderates eine solide Meinung bilden kann. Sie haben sicher mehrere demonstrative Meinungen gesetzt, zum Beispiel einen Plan aufgehängt, diesen von Beamten erklären lassen. Alles recht und schön, wir wissen jetzt wenigstens – das ist ein Ergebnis dieser Diskussion – wer den Auftrag gegeben hat. Das war der Herr Bürgermeister. Das steht nun da, ich werde es nicht kommentieren, jeder, der mitdenkt, kann sich dazu seine Meinung bilden, wenn der Bürgermeister der Stadt Steyr einem Beamten einen Amtsauftrag gibt, ein bestimmtes Thema zu erarbeiten und dieses dann im Rahmen einer Stellungnahme der sozialistischen Fraktion vorgelegt wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Vor dem gesamten Gemeinderat, in einer öffentlichen Sitzung!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich habe ja gesagt im Gemeinderat. Aber es war immerhin in einer Stellungnahme einer einzelnen Fraktion. Das muß deutlich gesagt werden und ich bin Kollegen Tremml sehr dankbar, daß er so offene Worte gesprochen hat. Über die sollten Sie, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, wirklich nachdenken! Wie weit sind Sie demokratisch in Ihrem vorgehen? Ist Demokratie bei Ihnen das ...

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wenn jetzt wieder das Spiel losgehen sollte, mit Zwischenrufen eine unruhige Stimmung zu erreichen, zurückreden, Herr Stadtrat Fürst, kann ich, das wissen Sie! Nur trägt das nichts zur Lösung bei. Geht es in der Demokratie darum, meine Damen und Herren, daß die Bürgermeinung von der von ihr gewählten Verwaltung durchgesetzt wird oder geht es darum in der Demokratie, daß die Verwaltung dem Bürger sagt, was seine Meinung zu sein hat? Diese Meinung ist die Meinung der sozialistischen Partei, daher ist sie gut. So könnte man die Beiträge, die jetzt gemacht wurden, zusammenfassen. Wenn jemand eine andere Meinung zu äußern wagt, dann heißt es, er ist zimperlich und in Bonmots, die sicher nicht schlecht gesetzt waren, spielt man in gänzlich andere geographische Breiten hinein.

Es wurde die Frage gestellt, ob uns nichts Besseres eingefallen wäre in den letzten 10 Jahren, als dieser Antrag, und es hat geheißen, man hätte den schon früher bringen können. Meine Damen und Herren, bei Aufmerksamkeit wäre es Ihnen aufgefallen, daß dieser Antrag in etwa schon einmal da war, daß wir Sie seit Jahren beschwören, abzurücken vom ursprünglichen Beschluß. Denn das Bewußtsein unserer Bürger hat sich ganz einfach verändert. Vor 10 oder 12 Jahren, als die ersten ursprünglichen Zielsetzungen waren, war die allgemeine Meinung noch nicht so sehr in der Richtung vom Bewahren von Überliefertem, noch nicht so sehr dahin orientiert, daß es wertvoll ist, Dinge zu konservieren, zu bewahren für die Nachfolger. Und es ist Ihnen heute schon ein paar Mal gesagt worden von Sprechern, daß es einfach ein Teil der Entwicklung unserer Stadt Steyr ist, unser aller, das Entstehen des Gewerbes unten im Wehrgraben, daß die Struktur mit dem Wasser zusammenhängt. Denn das Wasser war die Energiequelle. Sie könnten jetzt sicher spitzfindigerweise sagen, das ist jetzt keine Energiequelle mehr, daher gehört dieses Wasser weg. Im gleichen Atemzug errichten Sie aber in Ihrem Maßnahmenkatalog einen Teich, weil das Wasser offensichtlich doch hingehört. Meine Damen und Herren, irgend etwas ist da nicht ganz richtig. Welche Hintergedanken, meine Damen und Herren, haben Sie dabei, wenn Sie jetzt das Plenum im Gemeinderat überfahren mit einem grünen Blatt Papier, worauf mit schwarzer Tinte etwas geschrieben ist und das rote Meinung ausdrückt? Welche Hintergedanken sollen unsere Bürger damit finden? Zweifellos ist das jetzt eingetreten, was Du Kollege Leithenmayr gemeint hast, die Leute wissen jetzt endlich, wohin die öffentliche Meinung geht. So ähnlich hast Du

das formuliert. Die öffentliche Meinung ist nicht das, was wir hier von uns geben, sondern das, was unsere Mitbürger, die uns gewählt haben, jeden Einzelnen von uns, was die sagen. Es tut mir aufrichtig leid, ein mitdenkender Mitbürger unserer Stadt, Prof. Mader, der seit Jahren für sein Eintreten um die Dinge, für sein Eintreten um kulturelle Werte hier, gelinde gesagt, verunglimpft wird. Wenn Sie die Äußerungen nachlesen, die sich dieser zweifellos integre Bürger von Ihnen, aus Ihrer Mitte, sagen lassen mußte, dann stehen Ihnen im nachhinein noch die Haare zu Berge.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Die feine englische Art hat auch er nicht erfunden.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Die feine englische Art hier zu diskutieren, das lehne ich momentan ab, wenn ich es mit Dir machen sollte. Wenn sich eine Fraktion nur darin ergötzt, sich über andere lächerlich zu machen, und darin ihre Selbstbestätigung findet – obwohl sie es auf Grund der quantitativen Mehrheit nicht notwendig hätte – einer anderen Partei klarzumachen, daß ihre Meinung nicht zählt, denn sie, nämlich die Mehrheit, wüßte ohnehin ganz genau, was gut und schön ist. Daher ist alles dann einstimmig, wenn die anderen gewählten Vertreter ihre Meinung anpassen an die vorherrschende Mehrheitsmeinung. Meine Damen und Herren, das ist ein ad absurdum für die Demokratie, was da passiert. Das ist eine Vergewaltigung unser aller Mitbürger. Wenn wir unsere Bürger für so unmündig halten, daß er uns dazu braucht, daß er weiß, was schön ist. Meine Damen und Herren, das grenzt an Selbstüberschätzung. Und dieses Unbehagen haben unsere Bürger. Das sollten wir aussprechen und darüber sollten wir nachdenken. Sie sagen, daß unsere Bürger nicht zur Wahl gehen. Warum gehen sie denn nicht zur Wahl, warum entziehen sie sich denn immer mehr der Bürgerpflicht? Weil das Ergebnis, das herauskommt, nur das ist, einmal in vier Jahren oder in sechs Jahren darf der Bürger seine Meinung sagen, darf er seine Stimme abgeben, mehr oder weniger kontrolliert, unter bestimmten Voraussetzungen. Wenn er dann weiter seine Meinung äußert, dann heißt es plötzlich, der Bürger überschätzt sich selbst, der Bürger geht in Illusionen spazieren und welche andere Ausdrücke Sie aus der etwas tieferen Lade dafür noch gefunden haben. Zweifellos, Herr Stadtrat Fürst, wissen auch wir um die finanzielle Situation, wir haben in den letzten Jahren einige Male in etwa die gleichen Diskussionsbeiträge geliefert. Auch wir haben Sorgen, wie sich das entwickelt. Es ist nur die eine Frage, die wir stellen müssen. Dürfen wir die überlieferten Werte aus Sparsamkeit oder nicht Sparsamkeit erhalten oder zerstören? Können wir verantworten, daß eine relativ große Menge unserer Bürger eine bestimmte Meinung hat und wir sagen nein, das tun wir nicht? Und dabei verstecken wir uns hinter dem Geld, denn für verschiedene andere Maßnahmen haben wir das Geld gefunden. Das hat schon mein Freund Herbert Schwarz bereits am frühen Nachmittag ausgeführt. Zweifellos und anerkennenswerterweise ist viel geschehen. Sie werden aber nicht behaupten können, daß die Österreichische Volkspartei gegen alle diese Sachen war, das werden Sie sicherlich nicht tun, wenn Sie versuchen, ehrlich zu sein. Oder aber, Sie bleiben dabei, das, was Sie der Berichterstattung in den Medien vorgehalten haben, nämlich Teilwahrheiten zu publizieren, meine Damen und Herren, die Verdrehungen, die Sie heute eingangs der Sitzung gemacht haben, das sind auch Teilwahrheiten. Wer selbst, meine Damen und Herren, im Glashaus sitzt, sollte sich vor den Scherben hüten. Diesen Tip möchte ich Ihnen mitgeben. Das Ziel, die einvernehmliche Lösung, wurde mehrmals formuliert. Sie machen sich Sorgen um eine Einvernehmlichkeit. Meine Damen und Herren, einvernehmlich heißt, sich zusammensetzen, einvernehmlich heißt, miteinander reden. Aber einvernehmlich heißt doch nicht, das Einvernehmen aller anderen Meinungen, das Einverleiben. Das heißt doch nicht dieses absolute Gleichmachen. Demokratie soll etwas Lebendiges sein und Demokratie kann nur dann lebendig sein, wenn der Bürger die Chance hat, sich zu äußern. Wenn der Bürger aber durch Parteimeinungen immer mehr eingeengt wird in der Möglichkeit, seine private Meinung zu entfalten, meine Damen und Herren, dann sind wir selbst, Sie in dieser Fraktion, die eher weniger Fördernden für diese Bürgerbewegung. Ich hätte einen anderen Ausdruck dafür gehabt, möchte aber nicht noch einmal die Ordnungsrufgymnastik des Herrn Vizebürger-

meisters strapazieren.

Zur Finanzlage noch ein Wort. Zweifellos können wir uns viel nicht leisten. Aber bitte, Sie haben nur gesprochen über die Landesumlage, Herr Stadtrat. Wir haben bei einer anderen Gelegenheit sehr wohl und übereinstimmend festgestellt, daß die Stadt mit ganz anderen Ausgaben auch noch belastet ist. Sie feiern die Siegesmeldung, es wird die Hälfte für einen Turnsaal vom Staat, vom Bund, irgendwie dazufinanziert werden, bei einer Schule, die die Stadt vorfinanziert.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es wurde von Ihrem Kollegen Seidl besonders der Turnsaal gefordert, nur nicht auf diese Weise, ganz etwas anderes, was uns um ein Vielfaches teurer gekommen wäre.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Aber es handelt sich, Ihr Einwand ist ganz richtig und wir sind stolz darauf, daß unser Kollege Seidl die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht hat, daß es dort keinen Turnsaal geben wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das ist nicht die Aufgabe der Stadt Steyr, das ist eine Bundesschule.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich weiß, daß das eine Bundesschule ist, ich weiß aber auch, daß die Stadt in finanzielle Vorlage treten muß und große Mittel aufbringt zu verschiedenen Schulbauten, die wieder Ihre eigene Entfaltungsmöglichkeit erheblich beeinträchtigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Mit Ihrem Vorschlag hätten wir um 10 Millionen mehr ausgeben müssen. Das müssen Sie auch bedenken.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Mit welchem Vorschlag?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Mit dem Vorschlag, einen eigenen Turnsaal auf Steyr-Werke-Grund zu errichten.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das stand seinerzeit zur Debatte. Es ist aber offensichtlich ein kleines Mißverständnis mit dabei, daß die Stadt das direkt finanzieren sollte. Soweit ich mich erinnern kann, war davon in Kollegen Seidls Beitrag keine Rede. Aber man kann sicherlich in alles etwas hineindeuten, wenn es einem in die Richtung paßt. Und wenn man jemanden abqualifizieren will, wird man auch einen sachlichen Beitrag mit ein oder zwei Schlangensbewegungen rhetorischer Art ins Dubiose ziehen können. Das, meine Damen und Herren, beweisen Sie uns ja in großer Güte.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich habe lediglich versucht, einen aufklärenden Zwischenruf zu machen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Und ich habe lediglich versucht, ebenso sachlich darauf zu antworten.

Es geht um eines, Sie vergewaltigen uns mit einem Initiativantrag, so nennen Sie ihn jetzt, es ist ein Dringlichkeitsantrag und wollen uns von denen, die eher der Meinung sind, daß das Historische im Stadtteil Wehrgraben erhalten bleiben soll, in die Rolle drängen, daß sie den glanzvollen Ideen der sozialistischen Partei nicht zustimmen, weil Sie - so ähnlich wurde es gesagt - ohnehin nicht wüßten, was gut täte. Nämlich jene, die nicht der Meinung des Zuschüttens sind.

Bevor ich Ihre Geduld noch länger strapaziere, möchte ich noch eines sagen. Es ist doch völlig unerheblich in weiten Belangen, ob das Wasser rinnt oder nicht. Der Stadt-

teil Wehrgraben muß saniert werden, so weit sind wir einer Meinung. Nur wenn man es oben zuschüttet, dann wüßte ich nicht, wie es unten rinnen soll, beim besten Willen nicht. Es sei denn, Sie binden die städtische Wasserleitung ein oder der Kanal geht über, das wäre auch noch eine Möglichkeit, daß etwas rinnt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Ideenwettbewerb geht ja vom Zuschütten aus.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich weiß, daß es sehr wenig Sinn haben wird, Sie jetzt zu beschwören, über Ihren Initiativantrag in der Hinsicht nachzudenken, daß er in weiten Passagen ohnehin akzeptabel ist, aber die Prämisse schütten wir zu, daß die etwas verkehrt ist momentan. Ich weiß, daß Sie jetzt eine festgefaßte Meinung haben und Einheit demonstrieren müssen. Dieses Wissen deprimiert ganz gewaltig

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Die nächste Wortmeldung Herr Gemeinderat Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Trotz dieser undemokratischen Vorgangsweise, nämlich der Überrumpelungstaktik, die Sie, meine Damen und Herren der sozialistischen Rathausmehrheit hier angewendet haben, ist es mir gelungen, Ihr Grundsatzprogramm, Ihren Katalog etwas näher zu betrachten. Es ist zweifelsohne festzustellen, daß dieser sehr viele positive Punkte enthält, aber einen gravierenden Fehler hat dieser Katalog aus meiner Sicht schon. Er geht wieder von der Voraussetzung der Zuschüttung aus. Wenn von Ihnen, Kollege Pimsl, so viel von Demokratie gesprochen wurde, so muß ich schon eine konkrete Frage an Sie richten. Was finden Sie daran so undemokratisch, daß sich tausende Bürger der Stadt Steyr dafür einsetzen, Revitalisierungsmaßnahmen im Wehrgraben durchführen zu lassen, aber unter der Voraussetzung der Offenhaltung des Gerinnes. Was ist daran undemokratisch? Ich darf für die freiheitliche Fraktion in Anspruch nehmen und feststellen, daß wir in der Causa Wehrgraben sehr sachlich argumentiert haben und das haben wir auch in Zukunft vor.

Kollege Feuerhuber, wenn Sie davon sprechen, daß der Stadtteil Wehrgraben so desolat aussieht und daß deswegen die Bewohner wegziehen, dann geht dieser Vorwurf in eine falsche Richtung. Sie hätten auf Grund Ihrer Mehrheitsverhältnisse schon lange die Möglichkeit gehabt, dort unten Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Nachdem aber die Abstimmung, was die Dringlichkeit betrifft, für Sie positiv entschieden wurde, meine Damen und Herren der SPÖ-Rathausmehrheit, wird es zu einer Abstimmung über dieses Programm kommen. Ich werde auf Grund der Tatsache, daß man wieder von der Zuschüttung ausgeht, diesem Programm die Zustimmung nicht geben. Ich betone aber nochmals, daß wir immer bereit waren und immer unsere Meinung dahingehend dargelegt haben, daß es höchst an der Zeit ist, Revitalisierungsmaßnahmen im Wehrgraben durchzuführen. Aber im Interesse tausender Bürger, die die Erhaltung des Wehrgrabens wünschen, werde ich diesem Programm die Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Redner ist Kollege Fritsch.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte meine Stellungnahme zweiteilen. Zweiteilen deswegen, weil es notwendig ist, a) auf einiges, was gesagt wurde, Antwort zu geben und hier verzeihen Sie mir, wenn ich dort oder da sehr deutlich werde, Sie haben es selbst so gewollt. Der zweite Teil der Stellungnahme wird sich dann mit Ihrem Grundsatzprogramm beschäftigen.

Wenn heute in diesen Reihen dort oder da Ausdrücke gefallen sind, Diffamierungen gefallen sind, persönliche Verunglimpfungen gefallen sind, von Menschen, die sich für die

Interessen des Wehrgrabens einsetzen, dann finde ich das als Vorgangsweise, die in keiner Weise gerechtfertigt erscheint. Wenn heute zum Beispiel von Herrn Bürgermeister erklärt wurde, wer ist denn der Herr Peichl, dann ist das eine Fragestellung, die ihm persönlich als gerechtfertigt erscheint. Aber ich sage gleich dazu, dann kann ich auch die Frage stellen in ganz Österreich, wer ist denn der Herr Weiss? Ich bin überzeugt davon ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich habe ja kein UFO gebaut.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

daß auf jeden Fall ein Herr Peichl in Österreich derzeit noch etwas mehr bekannt ist als der Bürgermeister Weiss von Steyr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Aber ich habe keinen Ausspruch gemacht, daß Steyr ohne Wehrgrabengerinne nichts wert ist und daß man Steyr dann vergessen kann. Das hat der Herr Peichl gesagt. Deswegen sage ich, wo nimmt der Herr Peichl so eine Äußerung mit Berechtigung her?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich bin nicht dazu da, die Aussage des Herrn Peichl zu bekräftigen oder nicht. Für die hat er selber auf jeden Fall die Verantwortung zu tragen. Aber für den Ausspruch, wer ist denn der Herr Peichl, abwertend und abqualifizierend, muß ich sicherlich sagen, das ist ein Charakteristikum der derzeitigen Meinung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

In diesem Punkt ist der Herr Peichl niemand, das sage ich nochmals.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Das ist Deine Meinung, Herr Bürgermeister, die meine ist eine andere. Wir haben gerade von Demokratie gesprochen, vielleicht lassen wir beide Meinungen gelten. Wenn Sie nun, meine Damen und Herren, -jetzt komme ich auch zu den Ausschreibungsbedingungen nochmals zurück, das spielt ja auch mit hinein in diesen Dringlichkeitsantrag - erklärt haben, das hat spontan erfolgen müssen, das war in der Stellungnahme des Herrn bürgermeisters zu hören. Ja für wie dumm halten Sie denn die Mitglieder des Gemeinderates, wenn Sie sagen, eine Ausschreibung in diesem Umfang ist spontan erfolgt, so ad hoc, aus dem Handgelenk heraus. Sie wurden sicherlich wochenlang durchberaten und vorbereitet. Es wäre also die Möglichkeit gegeben gewesen, nicht von heute auf morgen zu entscheiden, sondern es wäre die Möglichkeit gewesen, so Sie gewollt hätten, eine dementsprechende Konsensüberlegung oder zumindest Gespräche dahingehend heranzuziehen. Auch wenn die Aussage gefallen ist, der Bürgermeister arbeitet völlig korrekt - das ist ein Zitat aus dem ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Profil!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich weiß, danke für die Hilfe, ab und zu bin ich vielleicht etwas langsam.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich lese diese Zeitschrift sonst nie, aber diese wurde mir vorgelegt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Das ist nebenbei ein Bildungsfehler, der sich aber ändern läßt.

Darf ich wieder auf die Aussage, der Bürgermeister handelt korrekt zurückkommen. Er selbst sagt, er liest diese Zeitschrift sonst nie, er hat sie nur deswegen gelesen,

weil etwas Positives über ihn drinnen gestanden ist, eben diese Aussage. Ich muß aber auch festhalten, dieses korrekte Handeln ist sicherlich derzeit formal korrekt, aber in Erkenntnis der Tatsache, daß es sicherlich eine Abänderungsmöglichkeit dieses derzeit formal-korrekten Verhaltens durch eine Abänderung dieses Beschlusses gäbe.

Sie haben auch gesprochen von einem Bevölkerungsschwund im Wehrgraben. Die Gründe sind bekannt, völlig richtig, wir wissen, warum sie ausziehen. Der Verfall ist in diesem Bereich sicherlich verzeihenbar. Die Besitzverhältnisse aber sprechen eine andere Sprache. Mehr als 50 % sind den Steyr-Werken zuzuordnen, die Gemeinde und ein Teil der Privaten ist dort. Wir haben dort nie jemanden angesprochen, saniere Dein Haus.

GEMEINDERAT HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Vizebürgermeister, Gründe sind es 50 %, nicht Häuser, das ist ein wesentlicher Unterschied.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Na gut, es sind auch einige privat und auch die Gemeinde hat dort welche. Mit Ausnahme der neuen Wohnbauten, sind die meisten nicht als Vorteil zu betrachten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gott sei Dank ist die Gemeinde dort tätig geworden mit Wohnbauten.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Es freut mich, daß ich wiederum etwas zur Belebung beitragen darf. Ich habe gewußt, daß durch meine Repliken dort oder da wieder etwas hochgespielt wird. Ich bin allerdings noch nicht fertig und nehme an, daß Sie noch entsprechende Möglichkeiten haben, darauf zu antworten. Mich hat Kollege Feuerhuber zu Beginn seiner Wortmeldung zitiert, es würde Zeit, daß der Gesundheitsreferent initiativ würde. Hier verwahre ich mich ein bißchen. Das spielt alles in die gesamten Vorgangsweisen hinein. Wo hat ein stadträtlicher Referent aus dem Bereich der ÖVP überhaupt die Möglichkeit, initiativ zu werden? Wir haben im Jahr 1979 eine Gemeinderatswahl gehabt, wir haben seit 1979 ein neues Statut, es fehlt aber nach wie vor noch immer die Geschäftseinteilung dafür. Es ist gar nicht möglich, eine Weisung zu erteilen, es ist gar nicht möglich eine Information zu bekommen. Ich beweise das sehr einfach immer wieder durch die Erklärungen, geht man zu einem der Beamten, weil man dort oder da eine Aufklärung benötigt, heißt es, ich weiß nichts oder ich darf nichts sagen. Diese Behauptung von mir ist nicht aus der Luft gegriffen, das beweist unter anderem die Aussage des Herrn Bürgermeisters vorhin, wo er gesagt hat, daß die Fraktionsvorsitzenden zur Vorsprache beim Bürgermeister kommen können. Sie machen immer Umwege und suchen Information bei Beamten usw.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das ist falsch. Ich lade ein zur Besprechung, das heißt nicht, daß jemand kommen muß.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Herr Bürgermeister, Du hast auch Schmied und Schmiedl miteinander verglichen. Eine Vorsprache beim Bürgermeister, um eine Information zu erhalten, meine Damen und Herren Sie wissen selbst, wie leicht das geht! Sie selbst als Mitglieder seiner Fraktion oder auch die Beamten müssen tagelang antichambrieren, um einmal vorgelassen zu werden. Das ist Tatsache. Und ich sehe es als undemokratisch an, wenn man versucht, andere Fraktionsmitglieder oder andere Fraktionen nur dadurch zu einer Information gelangen zu lassen, daß über höchst dero selbst Entscheidung überhaupt der Beamte seine Aussagen treffen darf. Hier, Herr Bürgermeister, ist ein echter Mangel an Demokratieverständnis und nicht woanders. Ich habe mir auch einen Ausdruck vorgemerkt, weil ich gesagt habe, es werden Leute diffamiert.

Wir machen uns, laut Ihrer Aussage, Herr Bürgermeister, zum Fürsprecher für Leute, welche vorgeben, Demokraten zu sein. Das heißt also, jene Personen, die sich in einer Gruppe zusammengeschlossen haben, in einem Proponentenkomitee, sind also jene Leute, die vorgeben, Demokraten zu sein. Sie haben ihr gutes demokratisches Recht, das sie wahrnehmen können, wenn sie sich mit einer Entscheidung – heute fällt aller Voraussicht nach eine – nicht sofort anfreunden können, wenn sie also eine andere Meinung haben als die tonangebende Mehrheit in Steyr, dann sind sie nur vorgeblich Demokraten. Es wäre doch möglich, Herr Bürgermeister, mit diesen Leuten zu reden. Noch dazu ist der Vorsitzende dieses Vereines, Herr Prof. Mader, auch Mitglied einer Zweckorganisation Ihrer Partei. Ich nehme also an, daß auch hier Möglichkeiten bestehen würden, über ihn zu sprechen. Wenn von Bürgerwehr in der Steyrer Zeitung gesprochen wurde – das spreche ich konform aus – unter Bürgerwehr darf man etwas anderes verstehen als das, wenn sich Bürger gegen eine Maßnahme der Obrigkeit zur Wehr setzen. Holen Sie nicht das Gespenst aus dem Jahre 1934 wieder hervor, ich glaube die Zeiten sind vorbei. Ich bin einer von denen, der genau so – in dem Fall auch Bürgermeister Weiss – davon direkt betroffen war. Ich wünsche mir so etwas nie mehr. Aber eines, daß man es immer wieder aus einer Argumentationsschublade hervorholt, weil man glaubt, es unbedingt anbringen zu müssen, das finde ich für nicht sehr gerechtfertigt. Meinungen von Leuten, die von der Straße kommen, werden mehr oder minder abgewertet. Mich wundert das, denn gerade eine sozialistische Partei war doch immer diejenige, die den Weg auf die Straße gesucht hat oder wieder sucht, wenn auch unter anderen Formen. Ich lese sogar in den Schaukästen schon einen Aufruf für heute in einem Monat dafür.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Da werden noch viele kommen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich weiß, es gibt ja lauter Freiwillige bei der sozialistischen Partei für die Aufmärsche.

Es gibt, meine Damen und Herren, dazu noch einiges zu sagen, auch in die Finanzangelegenheiten hineinlaufend. Die Finanzsituation der Stadt Steyr ist sicher nicht die rosigste, das wissen wir alle miteinander. Es hat auch Kollege Fürst von einer Verzögerung gesprochen. Ich sage aber, die Verzögerung ist zum Teil bewußt erfolgt, denn wir haben seit dem Jahre 1972, 1974 usw. die Möglichkeiten gehabt, initiativ zu werden. Initiativ nicht vielleicht im Bezug auf die Kanalisation, denn da sind die Förderungsmittel sicher noch ausständig gewesen. Wir hätten aber schon längst initiativ oder Sie, die sie immer vorgeben für Steyr in erster Linie maßgeblich und tanangebend zu sein, hätten initiativ sein können, um dort das, was Revitalisierung bedeutet, zu betreiben. Sicher werden Sie mir jetzt sagen, wir bauen dort eine neue Schule, wir haben Wohnbauten und ein Pensionistenwohnhaus dort errichtet. Ja, aber im historisch wertvollen Bereich ist nichts geschehen.

Es gäbe dazu noch einige andere Dinge, ich möchte nicht zu ausfallend werden. Glauben Sie mir aber, meinen Beitrag hätte ich, was die persönliche Replik anbelangt, sicher anders abgefaßt, wenn ich nicht dazu gezwungen worden wäre, entsprechende Aussagen zu treffen.

Es sind noch ein paar Dinge anzuführen. Kollege Leithenmayr ist auf die Anfrage von Stadtrat Wallner seine Idee noch schuldig geblieben – leider ist er gerade hinausgegangen. Also seine Antwort, welche Ideen er gemeinsam mit Kollegen Feuerhuber er gehabt hat. Sie haben dann weiters davon gesprochen, demokratisch die Frage zu überlegen, sollten wir nicht die Leute fragen? Bitte, wir hätten Ihnen die Gelegenheit geboten vor einem Jahr, eine Volksbefragung herbeizuführen in dieser Angelegenheit. Formal-juridische Gründe haben das Gott sei Dank – dieses Wort spreche ich in Ihrem Sinne – verhindert. Eines noch, wenn der Herr Bürgermeister sagt, wir haben die Möglichkeit, Fraktionsobmänner-Präsidialbesprechungen abzuhalten. Obwohl sie vereinbart sind, Herr Bürgermeister, kommen sie nur sehr sporadisch und fallweise zustande. Sie stehen zwar am Terminplan, finden aber aus diesen oder jenen Gründen nicht statt. Wenn man Verein-

barungen trifft, so glaube ich, wäre es zwischen zwei Partnern oder Vertragspartnern sicher mehr als anständig, ja sogar zwingend, diese getroffenen Vereinbarungen einzuhalten.

Nun zum anderen, zu Ihrem Katalog. Es ist ja schon einige Male zum Ausdruck gebracht worden, daß sehr vieles davon jederzeit realisierbar ist, jederzeit von uns positiv zu beschlußfassen. Ich möchte nichts näher anführen, Sie haben gesagt, Sie kennen ihn genau, wir müssen ihn dagegen erst studieren. Aber – hier glaube ich richtig zu gehen in der Annahme – damit auch die Medien in der verbalen Beurteilung aus einem Spiel wieder mit herein in den Redefluß kommen – daß sehr bewußt dieser Maßnahmenkatalog unter dem Aspekt der Zuschüttung erstellt wurde, bewußt in der Meinung und der Ansicht, daß alle anderen Fraktionen, die sich für die Offenhaltung des Gerinnes aussprechen, gar nicht anders verhalten werden, als ablehnend dazustehen. Sie werden dann versuchen, wir als Sozialisten haben die Realisierung unserer Ideen vorangetrieben, wir sind diejenigen, die die Retter des Wehrgrabens sind, wir sind diejenigen, die die Retter der Bevölkerung im Bereich des Wehrgrabens sind. Und schaut die Bösen von den anderen Fraktionen an, wenn sie diesem Antrag nicht die Zustimmung erteilen – wir kennen ja Ihre Diktionen – dann sind sie gegen, gegen, gegen ... und Sie zählen dann alles auf. Das ist billige Demagogie, mit dem muß man sicherlich fertig werden. Es gereicht nicht zur Ehre, wenn jemand in der Form, wir kennen euch ja – auch das hat schon jemand gesagt – daß mißbraucht.

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie nun diesen Maßnahmenkatalog unter der Prämisse der Zuschüttung des Wehrgrabens beschließen, und darüber besteht kein Zweifel, daß das heute der Fall ist, dann beschließen Sie und beenden Sie damit ein Stück Geschichte, damit ein Stück Kultur der Stadt Steyr. Dann beenden Sie aber auch jene Vorstellungen, die bisher über das Kulturbewußtsein der Stadt Steyr in weiteren Kreisen geherrscht hat. Dann aber tragen, meine Damen und Herren, Sie und vorwiegend der von Ihnen an die Spitze Gewählte, all die Verantwortung für eine Tat, die nie mehr wieder gut zu machen sein wird. Wenn wir daran nicht mitarbeiten wollen, wenn Sie den Wehrgraben zuschütten, werden Sie verstehen, wenn Sie unsere bisherigen Argumentationen erkannt haben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Nächster Sprecher ist Kollege Köhler.

GEMEINDERAT WALTER KÖHLER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte noch einmal zu dem Satz Stellung nehmen, der heute schon mehrfach sinn- gemäß zitiert wurde und der viele Menschen in unserer Stadt gelinde gesagt erschüttert hat. Es ist der Satz, der in der Steyrer Zeitung auf der Titelseite stand und vom Architekten Prof. Peichl ausgesprochen wurde. Dieser Satz, mittlerweile kennen wir ihn ja mehrfach alle, lautet: "Wenn man den Wehrgraben zuschüttert, kann man Steyr als Kulturstadt vergessen". Was soll man nun von so einer Aussage halten? Ist sie objektiv, spricht sie von Seriosität, stammt sie von einem Kenner unserer Stadt? Zunächst einmal muß man feststellen, daß das kulturelle Steyr eine Spannweite aufweist, die es zu einem nationalen und internationalen Begriff werden ließ. Seine historische Baubsubstanz, seine einmalige Lage zwischen den beiden Flüssen, sein unverwechselbares Zusammenwirken von Altem und Neuem, seine Harmonie durch alle Bauepochen von der Gotik bis zur Neuzeit, seine berühmten Kleinodien aus allen Kulturabschnitten und die Identifikation der heutigen Steyrer mit ihrer Stadt, der dynamische Lebensstil, abseits jeder musealen Resignation, das pulsierende Leben in alten und neuen Stadtvierteln. Diese Aufzählungen könnte man noch fortsetzen. Wir lieben unsere Stadt, wir haben sie schöner und lebenswerter gemacht. Wir finden überall Anerkennung und plötzlich kommt einer von auswärts und bricht über unsere Stadt wegen einer einzigen Streitfrage den Stab. Er fällt sozusagen ein Todesurteil. Was berechtigt einen solchen Menschen dazu? Vielleicht die Aussage kraft seiner architektonischen Werke, wie zum Beispiel die Landesstudios des ORF, die andere als ausgesprochen häßlich finden, ohne dabei über ihre Funktionstätigkeit ein Urteil abgeben zu wollen oder zu können. Aber wem das gefällt

und wer in dieser architektonischen Gestaltung seinen künstlerischen Ausdruck findet, erscheint mir und vielen, die hier herinnen sitzen, als Autorität nicht unbedingt prädestiniert, über unser tausendjähriges Steyr ein Urteil abzugeben. Auf keinen Fall verdient er Schlagzeilen, wie sie in der Steyrer Zeitung zu lesen waren. Hält unsere einzige Lokalzeitung die kulturelle Kraft Steyrs für so schwach, daß ein Einzelner sie mit einem Schlagwort in Frage stellen kann? Bleiben wir also mit der Kirche im Dorf, seien wir stolz auf unser Steyr und wiederholen wir nicht so einen Gag, den einer aus Wien oder aus sonstwo von sich gibt. Man muß beim Wehrgraben jedem seine Meinung zubilligen, daß damit aber Steyrs kulturelles Erbe steht und fällt, dürfte wohl eine maßlose Überschätzung sein. Das müßte man auch dem Herrn Architekten Prof. Peichl sagen. Dankbar für jeden Rat müssen wir jedoch Urteile dieser Art, die von wenig Verständnis für ein Gesamtproblem zeugen, zurückweisen. Schließlich zum Schluß. Wenn Kultur ein Inbegriff aller Lebensinhalte sein muß, so fühlen wir Steyrer uns für sehr kulturbewußt. Wir lieben unsere Stadt, wir leben hier, wir arbeiten und wirken für Steyr, aber nicht nur mit Worten, sondern mit Taten. Das unterscheidet uns wesentlich von diesem auswärtigen Kritiker. Danke.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher ist Herr Gemeinderat Schwarz.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren!

Darf ich auf den letzten Beitrag etwas eingehen, wo dieser Ausspruch von Prof. Peichl genannt wurde, der, wie ich bereits heute in meiner ersten Wortmeldung gesagt habe, auch mich erschüttert hat. Er hat ausdrücklich gesagt, Steyr hat nicht den Anspruch auf Kulturstadt verloren, sondern nur, wenn sie den Wehrgraben zuschüttet. Ich habe bereits vorhin gesagt, daß die Kultur, die Gebäude und das alles einheitlich in einer Gesamtheit gesehen werden muß. Ich kann nicht sagen, weil ich den Stadtplatz erhalten habe und verschiedene andere Gebäude, deshalb kann ich andere Kulturstätten zuschütten. Sonst könnte man das so vergleichen, in Steyr haben wir genug Kirchen, drei haben wir restauriert, die vierte reißen wir ab. Wenn Sie Kultur so verstehen, daß Sie nur das, was Ihnen beliebt und wo Sie wollen, daß es erhalten wird, restaurieren oder bewahren wollen, dann glaube ich, ist das zu wenig. Wir haben in Steyr sehr viele Kulturstätten und das bedarf alles der Pflege und verursacht auch sehr viele Kosten. Das ist uns klar. Aber man kann Prof. Peichl nicht unterstellen, daß er die Stadt Steyr angreift, er hat ausdrücklich gesagt, das trifft zu, wenn wir zuschütten. Bezüglich der anderen Meinung. Es weiß jeder, daß ich auch zu diesen, heute schon erwähnten nicht verantwortungsbewußten Gemeinderäten, weil ich für das Offenhalten des Wehrgrabengerinnes bin.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Für Dich schämt sich wenigstens keiner.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Es wird immer wieder betont, die Wehrgrabenbewohner sollten hier alleine entscheiden. Hier geht es ja um mehr. Dieses Schreiben, das hier an den Gemeinderat gerichtet wurde, haben fast alle Kapazitäten von Österreich unterschrieben. Nicht einige Herren, sondern es sind Professoren und Assistenten der Technischen Universitäten und Akademien aus fast ganz Österreich. Die kann man nicht so einfach abqualifizieren. Es war heute auch die Rede davon, daß, wenn wir dem zustimmen, Arbeitsplätze geschaffen würden. Ich glaube, man kann genau so mit der Erhaltung des Stadtteiles bzw. Gerinnes Arbeitsplätze sichern.

Wenn heute sehr viel von allem möglichem gesprochen wurde, die Trinkwasserversorgung wäre gefährdet, wenn der Wehrgraben nicht zugeschüttet wird, der Gesundheitszustand der Bevölkerung sei in Frage gestellt und auch die Qualität des Wohnens. Das hat doch nichts zu tun mit dem Offenhalten des Wehrgrabens. Es geht hier lediglich um Kanalbau-

kosten vom Reinhaltungsverband um 1,3 Mill. Schilling, was es mehr kostet und die Gemeindekanäle mit 2,300.000 Schilling. Das sind die einzigen Kosten, die mehr entstehen bei Offenhaltung des Gerinnes. Alles andere sind Aufwendungen, die im Laufe von 20 Jahren getätigt werden müssen. Heute geht es in erster Linie um die Entscheidung, ob das Gerinne bleibt oder nicht. Damit ergibt sich aber schon die saubere Umwelt, wenn wir als Gemeinde tatsächlich den Kanalbau forcieren. Wir können diese Bauten schon im Herbst beginnen, es ist nicht erforderlich, daß man nur bei Zuschüttung beginnen kann damit. Die Umplanung und Wasserrechtsverhandlung ist möglich, man kann mit dem Bau beginnen und der gesamte Kanal ist ohnehin nicht in einem Monat errichtet. Es ist also keine Verzögerung und mit dem Kanalbau kann bereits begonnen werden, wenn die Planung in ca. 3 Monaten abgeschlossen ist und die nötigen Ansuchen bei der Wasserrechtsbehörde gestellt wurden.

Wenn hier die Studie von Hierzegger mehrmals angezogen wurde, daß dieser das Zuschütten befürwortet, so muß gesagt werden, daß das nur eine Studie von einem Studenten war ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nicht zuschütten, sondern abreißen.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

ja abreißen, aber das war nur ein Vorschlag. Im großen und ganzen hat Hierzegger gesagt, daß das Gerinne erhaltenswürdig ist und auch die Bausubstanz. Aber von einem Studenten ist der Vorschlag gemacht worden, man sollte verschiedene Häuser in der Fabrikstraße abreißen. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Sprecher ist Gemeinderat Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe schon bei meiner ersten Wortmeldung ziemlich deutlich ausgedrückt, daß wir diesen Dringlichkeitsantrag der SPÖ ablehnen und daher wäre es eigentlich von uns aus gesehen gar nicht notwendig, daß man dazu eine Äußerung macht. Aber auf Grund der Wichtigkeit dieses Problems möchte ich doch zu einigen Dingen Stellung nehmen. Die sozialistische Fraktion hat mit ihrem Wehrgraben-Erneuerungskatalog der Bevölkerung und dem Gemeinderat ein Zehnjahresprogramm vorgelegt. Ungefähr um die gleiche Zeit vor einem Jahr war es dieselbe sozialistische Fraktion, die nicht einen Zehnjahresplan, sondern einen Fünfjahresplan vorgelegt hat. Der Herr Magistratsdirektor schüttelt den Kopf. Ich möchte zitieren aus "Steyr aktuell", das ist eine Information der sozialistischen Gemeinderatsfraktion der Stadt Steyr, wo es wortwörtlich heißt und wo man der Öffentlichkeit konkrete Vorschläge der SP in einer Fünfjahresaktion unterbreitet hat. Sie müssen verzeihen, wenn ich sage Plan, weil es mir besser paßt von der Planwirtschaft her. Meine Damen und Herren, bei diesem Fünfjahresplan oder dieser Fünfjahresaktion ist eine Reihe von Punkten angeführt, die wiederum in diesem neuen Papier beinhaltet sind. Ich habe mir die Mühe gemacht und habe mir diese Punkte durchgesehen, natürlich kann ich noch keine umfangreiche Stellungnahme zu jedem Punkt abgeben. Darüber hat sich eine Reihe von Fachleuten in der Beamtenschaft dieses Hauses sicher sehr lange den Kopf zerbrochen und es ist daher nicht so einfach, ad hoc darauf Stellung zu nehmen. Kollege Stadtrat Finanzreferent Fürst hat als erster Redner hier als Finanzchef kundgetan, in welcher prekären Situation sich unsere Stadt befindet, daß wir mit 350 Millionen Schilling verschuldet sind, ist auch kein Geheimnis, vielleicht sind es gar schon mehr. Trotzdem konnte er in seinen Ausführungen - darauf habe zumindest ich immer gewartet - zu den vielen Punkten, die hier vorgeschlagen werden in diesem Zehnjahresplan keine Finanzierung bekanntgeben. Ich habe absichtlich gewartet, daß vielleicht ein anderer Kollege der sozialistischen Fraktion eine vorbereitete Rede hat, wo er mitteilt, wie man es sich vorstellt, diese Großzügig-

keit, die in diesen Punkten zum Ausdruck kommt. zu finanzieren. Es steht zu Punkt 1 wohl eine Finanzierungsmöglichkeit drinnen, und zwar daß man beginnend mit dem Jahr 1982 jährlich 3 Millionen Schilling budgetär vorsieht für diese Maßnahmen in diesem Katalog. Das heißt, die sozialistische Mehrheit ist bereit, in den nächsten 10 Jahren zur Lösung des Wehrgrabenproblems, der Sanierung, nicht des Gerinnes, sondern der Althausanierung, der Revitalisierung des Wehrgrabens, ganze 30 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen. Wie Sie das zusammenbringen, das müssen Sie mir genau vorrechnen. Wenn man zum Beispiel vorschlägt die Errichtung einer Mehrzweckhalle, das heißt eines Mehrzweck-Veranstaltungssaales mit Buffet, Tischtennisanlagen, Garderoben, sanitäre Anlagen, Duschanlagen usw. Man denkt sogar an eine Kegelbahn. Im Wehrgraben will man auch Tennis spielen und es ist geplant, drei Tennisplätze zu errichten. Die Anlage eines Lehrgartens und eines Kneippweges ist geplant, und zwar in Richtung Erster Zeugstätte. Rodelbahnen, Parkplätze, einen Park, einen Spielteich, Asphaltbahn-Sportanlagen, Freizeitanlagen, der Kinderspielplatz soll erweitert werden, man wird mit der Asphaltierung und der Straßenbeleuchtung in diesem "Glasscherbenviertel" beginnen, weil man das jahrzehntelang vernachlässigt hat. Man hat zum Beispiel einfach Brücken abgesperrt, weil sie baufällig waren. Man hat also auch von der Gemeinde aus dieses Gebiet vernachlässigt und diese Arbeiten wurden einfach nicht durchgeführt. Hochwasserschutzmaßnahmen sollen zusätzlich errichtet werden zu diesen Millionen, Kollege Feuerhuber, die wir bereits ausgegeben haben. Dann kommt noch die Unterstützung der Althausanierungsaktion der Steyr-Daimler-Puch AG, weil die sind ja finanziell so schwach, die Ausgestaltung des älteren Teiles des Wehrgrabengebietes ab der Direktionsbrücke flußabwärts - das ist der alte historische Teil. Der wird natürlich erst dann eingebunden mit konkreten Vorschlägen, wenn man das Ergebnis vom Architekten-Ideen-Wettbewerb hat, aber ein wesentlicher Punkt ist, daß man Hausbesitzern eine besondere Förderung gewährt und daß man damit eine Revitalisierung von Privathäusern mit dem Ziel der Wohnungsverbesserung mit einwandfreien sanitären Verhältnissen schaffen kann.

Meine Damen und Herren, das könnte ich fortsetzen bis zur Fassadenaktion des historischen Wehrgrabengebietes und vieles andere mehr. Gewerbeförderung, Starthilfen, die Anschlußgebühren werden 10 Jahre befristet und mit 50 % subventioniert. Meine Damen und Herren, jetzt auf einmal ist die Stadt so vermögend, daß man der Bevölkerung des Wehrgrabens so unter die Arme greifen kann, daß sich dieses Programm in 10 Jahren erfüllen läßt. Sie haben im Wohngebiet Münchenholz 2.300 vorwiegend älteren Menschen bis heute keinen einzigen Schilling gewährt zur Unterstützung, daß dort die Kriegsrelikte, der Tarnanstrich beseitigt wird. Ihr habt in einem Komitee Kollegen Bachner und Steinparzer drinnen, kein einziger Stadtrat und auch keine Persönlichkeit der SP-Mehrheit ist bis jetzt dort vertreten gewesen und ist eingetreten für die Interessen und schon gar nicht wurde auch nur ein Schilling dafür eingesetzt. Im Gegenteil, die zwei sozialistischen Mandatare müssen sich immer wieder von anderen, die auch in diesem Komitee sind, Vorhaltungen machen lassen. Ich möchte heute diese Sitzung dazu benutzen, um Sie aufzufordern, daß Sie diese Großzügigkeit auch gegenüber jenen Bevölkerungsschichten zeigen, die Sie hier in diesem Plan enthalten haben.

Trotzdem erlauben Sie mir noch einen Gedankengang. Es ist ja alles wunderschön, am Papier kann man das festhalten, auch die besten Ideen. Ich erinnere mich daran, als wir uns fraktionsweise zusammengesetzt haben und uns darüber Gedanken gemacht haben, wie soll die Entwicklung in Steyr weitergehen. Ich glaube, es ist schon 8 Jahre zurück. Wir haben uns damals bemüht, ebenfalls in eine bestimmten Planung Vorschläge einzubinden, Planungsvorschläge zu erarbeiten, wie sich die Stadt entwickeln soll, und zwar in Form eines mittelfristigen Investitionskonzeptes. Meine Damen und Herren, vor allem jene, die schon länger im Gemeinderat sitzen, haben das mitbeschlossen, denn es war ein gemeinsamer Beschluß, und die wissen, wie lange das gedauert hat, bis einige Punkte durchgeführt wurden. Wir waren nicht einmal imstande, daß wir diese Verbindung, die Kollege Wippersberger heute so besonders hervorgehoben hat, daß die Münchenholzer und die Taborbewohner damit so viel Freude hätten, diesen Rohrsteg früher zu verwirklichen. Im mittelfristigen Konzept war ein Steg drinnen, aber dieser ist nie zustande gekommen. Dann haben wir uns entschlossen, die Überfuhr zu reaktivieren.

Das hätte etwa 200.000 Schilling gekostet, das war man bereit, zu bezahlen. Aber wir haben keinen gefunden, der die Fähre bedient. Die Kosten wären uns zu hoch gewesen. Dann haben wir nichts mehr gehört, trotzdem das urgiert wurde, und zwar fast jedesmal von mir und auch von anderen Kollegen im Gemeinderat. Dieser Steg wurde deshalb vorgezeogen, weil man Wasser gebraucht für das BMW-Werk, sonst müßten die Münichholz- bzw. Taborbewohner heute noch darauf warten, es gäbe sicherlich noch immer keine Verbindung. Das war nur ein kleiner Ausflug in diese Richtung, daß wir vieles nicht erfüllt haben oder nicht zeitgerecht.

Meine Damen und Herren, wir können, was in unserem Bereich liegt, erfüllen, wenn wir noch mehr Schulden machen. Aber auch hier sind uns Grenzen gesetzt, besonders bei der Althausanierung im Wehrgraben. Sie können sagen, ja wir können revitalisieren, wo wir Besitzer sind, wir könnten einige Bauwerke errichten, wenn wir Grund gewinnen, also wenn das Gerinne zugeschüttet wird. Wir haben ja diesbezügliche Pläne bereits hier, wir sind sogar bereit, die gewonnenen Grundstücke billigst an Anrainer weiter zu geben. Aber, meine Damen und Herren, was machen Sie denn mit dem Privatbesitz im Altstadtbereich, nämlich von der Direktionsstraße flußabwärts bis Zwischenbrücken? Dort hat die Stadtgemeinde überhaupt keine Besitzungen, oder vielleicht eine - so genau bin ich nicht informiert. Dort sind auch nicht die Steyr-Werke der Hauptbesitzer, sondern es handelt sich vorwiegend um Privatbesitz. Wie können sie diese Privatbesitzer zwingen, diese Maßnahmen durchzuführen, die Sie im Katalog erwähnen? Ich weiß schon, warum man manche Punkte hineingibt, um die Stimmung, die in der Öffentlichkeit heute gegen Sie herrscht, abzufangen, daß man in diesem Bereich manchem Konzessionen vorspielt. Sie werden auch in dieser Richtung nicht wirksam werden, denn nur dort, wo eine bestimmte Sanierung erfolgt, kann der dementsprechende Nachlaß seitens der Gemeinde gewährt werden. Es tut mir sehr leid, daß ich viele Punkte, die Sie hier vorgetragen haben, für nicht durchführbar halte, obwohl es in einer Reihe von Punkten Ansätze gibt zu Verbesserungen für die Bevölkerung, aber auf Kosten dessen, daß man außer acht läßt die historische Bedeutung des Altstadtbereiches, nämlich des Teiles von der Direktionsstraße in Richtung Zwischenbrücken.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Will noch jemand zu diesem Thema sprechen? Das ist nicht der Fall und ich bitte den Berichterstatter um sein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Diskussion zu diesem Katalog, zu diesem Programm, das die sozialistische Partei vorgeschlagen hat, hat bewiesen, daß die anderen Fraktionen von diesen Vorschlägen betroffen und schockiert waren. Diesen Eindruck hat man gewonnen, anders könnte es sicherlich nicht sein, weil die Beiträge

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Von der Vorgangsweise ist man schockiert.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

... in keinem einzigen Teil in irgend einer Form - es ist nur polemisiert worden - auch nur die Andeutung einer Alternative dargeboten haben. Wir haben vor einem Jahr, ich glaube es war am 19. März 1981, eine Diskussion über das gleiche Problem gehabt. Bei dieser Diskussion ist wenigstens ein Vorschlag gekommen. Kollege Pimsl hat das schon angeschnitten, es ist der Vorschlag gekommen, daß man mit der OKA verhandeln sollte und dort ein Kraftwerk errichten, dann wäre die Möglichkeit, daß sich dort wirtschaftlich etwas tut. Nichts ist daraus geworden, wir haben mit Ausnahme eines Briefes des Vorsitzenden ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Generaldirektor Wenzl!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Generaldirektors Wenzl nichts mehr von diesen Dingen gehört. Die Wirtschaft, die hier strapaziert wurde, hat sich abgeputzt, weil es nicht wirtschaftlich und damit uninteressant ist. So könnte man die Meinungen, die heute hier aufgezeigt wurden, alle ad absurdum führen. Denn dann, wenn die öffentliche Hand für etwas eintreten muß, dann wird immer gesagt, dieses Geld muß einfach da sein. Mich wundert es ja auch von Kollegen Treml, daß ihm die 50 Millionen Schilling für das fließende Wasser nicht zu viel sind, daß ihm aber der Katalog, der in 10 Jahren eine Revitalisierung und eine Gestaltung der Umgebung der Umgebung dort unten vorsieht, daß ihm dieses Geld zu teuer ist. Das ist mir unverständlich.

Noch etwas, meine Damen und Herren. Es wurde auch kritisiert, warum und wieso dieses Gerinne nicht offen gehalten werden soll und warum – das führt zurück zum ersten Tagesordnungspunkt – in diesem Architektenwettbewerb keine Alternativmöglichkeiten vorgesehen sind. Meine Damen und Herren, uns wurde – hier komme ich nochmals zurück zu Kollegen Treml, denn das hat mich von ihm betroffen – vorgeworfen, daß das, was wir heute gemacht haben, nur Alibihandlungen sind, weil wir immer vorgehabt hätten, den Kanal zuzuschütten. Genauso hast Du es gebracht. Ich muß das energisch zurückweisen, wir sind auf alle Dinge, die in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren an uns herangetragen wurden, genau eingegangen. Liebe Freunde, es wurde kein einziger Vorschlag unterbreitet, aber schon kein einziger, von welcher Seite immer, der finanziell gut ist, für die Stadt akzeptabel ist und der außerdem die Möglichkeit bietet, im Wehrgraben die Gegend so zu gestalten, daß die Menschen dort wohnen wollen. Es stimmt doch nicht, reden wir uns doch nichts ein, daß dort die Menschen gerne wohnen, weil es so schön ist. Das möchte ich ganz eindeutig sagen. Reden Sie doch mit den Leuten, weil zwei sagen, das ist ein wunderbares Gebiet, deswegen ist es eben noch kein schönes Gebiet. Reden Sie doch mit den Leuten, die dort ausgezogen sind. Entschuldigt, wenn ich etwas emotionell werde, aber es wurden heute schon viele emotionelle Beiträge geleistet. Unlängst kam eine Frau zu mir, die möchte ein Haus kaufen in Steyr. Es gibt gegenwärtig kaum eine Möglichkeit dazu. Vor diesem Gespräch haben wir uns längere Zeit unterhalten und diese Frau hat sich auch dafür verwendet, daß der Wehrgraben so schön ist und das Wasser niemals zugeschüttet werden darf. Im Zuge dieses Gesprächs hat sich herausgestellt, nach Untersuchungen, es ist kein Haus zu finden. Daraufhin habe ich ihr angeboten, mit den Steyr-Werken zu verhandeln, im Wehrgraben wären viele Häuser, die die Steyr-Werke gerne abgeben würden. Daraufhin hat diese Frau mir gesagt, in den Wehrgraben kann ich nicht ziehen, ich habe furchtbar Asthma. Auf der einen Seite tritt man dafür ein, auf der anderen Seite wird eine Krankheit angeführt, also da sieht dann die Sache ganz anders aus. Ich habe mit Leuten gesprochen, die das Offenhalten des Wehrgrabens vertreten und sich einen Grund kaufen wollen, um ein Haus zu bauen. Ich habe bei allen diesen Gesprächen – es waren mehrere – gesagt, sie sollen in den Wehrgraben gehen, wir schauen euch um einen Grund. In keinem einzigen Fall war die Antwort ja, das ist eine Tatsache. Alles, was hier erzählt wird, stimmt nicht. Wenn einer die Auswahl hat, ob er auf den Hofergründen, auf der Promenade, am Tabor, auf der Schlüßlmayrsiedlung einen Grund will – oder eben im Wehrgraben, dann frage ich jeden einzelnen von Euch, wer würde bei dieser Auswahl in den Wehrgraben ziehen? Und warum sind so viele Leute von dort weggezogen? Das muß hier deutlich gesagt werden. Sie verlangen eine Alternative, also die Offenhaltung des Gerinnes. Das heißt also, daß das Gerinne bleiben soll wie es ist, das heißt, das Gerinne soll in der Gesamtheit erhalten bleiben. Man müßte die Häuser renovieren, genauso wie bei Zuschüttung. Das bleibt also ganz gleich. Wir müßten die Zeugstätten, die am Verfall sind und die Wehranlagen herrichten und dann frage ich Sie, was ist dann geändert? Es ist um 50 Millionen Schilling sichergestellt, daß das Gerinne weiterfließt. Aber was ändert sich bitte sehr an der Umgebung im Wehrgraben, wenn wir das machen? Nichts, das Verhältnis bleibt ganz genau so, wie es jetzt ist. Dieser Zustand, wie er jetzt ist, meine Damen und Herren, ist der Grund, daß die Leute wegziehen! Da kann ich doch nicht sagen, wenn ich das Gerinne erhalte, wollen auf einmal die Leute hinziehen. Das stimmt nicht, dort gehören

doch Maßnahmen gesetzt, die damit verbunden sind. Diese Maßnahmen sind eben diejenigen, die wir jetzt vorhaben. Mir gefällt auch fließendes Wasser, leider kostet das eben 50 Millionen Schilling und die haben wir halt nicht so. Bei jeder Budgetsitzung wird herumgestritten, warum wir das nicht machen und das nicht machen und jede Fraktion bringt tausend Vorschläge, die hunderte Millionen Schilling kosten. Hier würden 50 Millionen Schilling plötzlich keine Rolle spielen, das kann ich mir nicht vorstellen. Das ist schizofren, diese Auffassungen decken sich nirgends. So ist die Situation in Wirklichkeit.

Das waren nur einige Argumente, die ich vorgebracht habe.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:
Schizofren ist kein Argument.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir wollen den Leuten im Wehrgraben eine Umgebung schaffen, die die Leute veranlaßt, im Wehrgraben zu bleiben, weil sie sich dort wohl fühlen können. Das ist die Voraussetzung und da glaube ich, daß ich im Namen aller Fraktionen spreche. Diese Voraussetzung kann ich unter den gegebenen Umständen nur schaffen, wenn ich die Mittel, die ich nur dafür verwende, daß ich den Kanal weiterfließen lasse, für diesen Zweck aufwende. Eine andere Möglichkeit sehe ich aus finanziellen Gründen nicht. Wenn einer sagt, das Geld darf hier keine Rolle spielen, meine Damen und Herren, dieses Argument zählt bei mir nicht. Jeder Entscheidungsträger muß in seinen Überlegungen den Kostenfaktor einfach mit berücksichtigen. Ein Idealist kann das sagen, das darf keine Rolle spielen, das ist ganz egal. Meine Damen und Herren, wir müssen das ja auch verantworten gegenüber der Bevölkerung. Bei jeder Belastung, die wir auferlegen, wird gejammert und Kollege Treml ist der erste, der aufsteht und sagt, das geht nicht. Wenn wir immer Deinen Ratschlägen gefolgt wären, müßten wir sowieso alles nur mehr subventionieren und würden auch vom Wehrgraben nicht mehr reden brauchen, das könnten wir schon lange nicht mehr machen. Das möchte ich ganz deutlich gesagt haben. Diese Mittel werden zur Verfügung gestellt um eine Umgebung zu schaffen und ich glaube, daß das richtig ist.

Nun zur Vorgangsweise zu diesem Antrag, der heute hier gestellt wurde. Diese Vorgangsweise ist natürlich vollkommen legitim, es ist das Recht einer jeden Fraktion, einen Antrag einzubringen, auch einen Dringlichkeitsantrag. Das wird niemandem verwehrt. Die Information ist auch seitens der ÖVP nicht vorher an uns ergangen, Kollege Fritsch hat mir drüben den Antrag gegeben, auch wir haben vorher nichts gewußt. Ich weiß nicht, warum es sich so aufregt, daß Ihr nichts gewußt habt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Das ist ein Unterschied!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Was ist da für ein Unterschied?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Vom Inhalt her schon!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich habe auch keine Veranlassung gesehen, die anderen Parteien vorher zu informieren, wenn sich die Parteien sowieso schon festgelegt haben. Alle drei Parteien waren vorher drüben ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:
Ihr habt Euch auch festgelegt!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Warum ich dann noch mit einer anderen Partei reden muß,

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Kollege Schwarz ich bitte um einen Zwischenruf. Ich möchte ganz klar sagen, daß es in der Frage Wehrgraben keine Parteienabsprache zwischen den Minderheitsparteien gegeben hat.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Aber festgelegt hast Du Dich auch. Aus der Presse habe jedenfalls ich entnommen, daß die drei Minderheitsparteien für die Offenhaltung sind.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Das war schon im vorigen Jahr bekannt.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist für mich eine Festlegung, das ist meine Meinung.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wozu spricht man dann von Konsens herbeiführen?

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf noch eines sagen, die sozialistische Fraktion hat, seit es dieses Problem gibt, alle Möglichkeiten der Verwirklichung, die es gibt, in jedem einzelnen Fall überprüft, - sogar Dein Fall mit dem Kraftwerk wurde geprüft, deswegen ist ja voriges Jahr kein Beschluß zustande gekommen, weil wir gesagt haben, gut, dieser Vorschlag wird untersucht. Wir sind jeder Möglichkeit nachgegangen, sogar solchen Vorschlägen. Jetzt muß einmal entschieden werden und zwar deswegen, weil wir dort unten einen Kanal brauchen. Diese Dinge, meine Damen und Herren, werden einfach so weggewischt, das spielt alles keine Rolle. Es ist ja wahrscheinlich immer noch bald genug, wenn wir den Kanal einmal machen. Das steht in unserem Bericht drinnen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ja in Eurem!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es steht in unserem Bericht, daß die Wasserversorgung unserer Stadt und es ist ja auch nicht so, daß ich sage, die Wasserversorgung, wir brauchen ja auch Wasser zum Trinken und nicht nur zum Anschauen. Das gehört alles dazu.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ist das dann Trinkwasserqualität?

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es gehört eben kanalisiert. Es hat sich herausgestellt, daß unser Trinkwasservorkommen in Dietach bei den letzten Untersuchungen zu 40 % gespeist wird vom Grundwasser der Enns. Da kann ich nicht sagen, das ist mir egal.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Wer hat das gesagt?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das Steyrwasser läuft ja in die Enns.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Jedes Wasser, das bei uns vorbeirinnt, fließt in die Enns und wenn das verschmutzt ist, ist unsere Wasserversorgung ernsthaft gefährdet. Das darf nicht sein.

Meine Damen und Herren, es wären noch viele Dinge dazu zu sagen. Aber meine Rede hat schon zu lange gedauert. Ich kann nur empfehlen, diesen Katalog im Sinne der Menschen – nur darum geht es – im Wehrgraben zu beschließen. Nur dann wird es auf Sicht möglich sein, daß die Lebensqualität im Wehrgraben besser wird als sie jetzt ist.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich noch einige Schlußbemerkungen anhängen. Es ist heute von Kollegen Tremml unter anderem der im Vorjahr verbreitete Vorschlag über ein Fünfjahresprogramm zitiert worden. Ich habe ausdrücklich erklärt, es wäre hier – Kollegen Fritsch haben wir das angekündigt im vorhinein – und er hat gesagt, er wird mit seiner Fraktion, die Erklärung vor der Sitzung war, wir werden auf jeden Fall dagegen stimmen, weshalb dieser Vorschlag nicht als Antrag formuliert wurde, sondern nur im nachhinein als Vorschlag zur Kenntnis gebracht wurde. Natürlich ist dieser neue Katalog, der als Erneuerungskatalog zur Vorlage kommt, wesentlich erweitert auf Grund der damaligen Vorschläge. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir diese im Katalog angeführten Maßnahmen nicht durchführen könnten. Die sozialistische Mehrheit hat in diesem Haus schon oftmals alleine entscheiden müssen und sie wird kraft ihrer Stärke auf jeden Fall bemüht sein, mit aller Kraft und Dringlichkeit hier voranzukommen und die nötigen Mittel bereitzustellen für die Maßnahmen, die im Wehrgraben eingesetzt werden. Sie müssen die zwei Ziele, die damit verbunden sind, in zwei Richtungen sehen. Das eine Ziel, das so stark umstritten ist, obwohl es hier keine Unterschiede gibt, uns trennt nur die Auffassung, ob das fließende Wasser ohne weitere Funktion, außer Fäkalienträger und Wasserabfuhr der Haushalts- und Gewerbeabwässer, allein der Mittelpunkt unserer Überlegungen bei der Altstadtbild-Sanierung, bei der Erhaltung der Altstadt ist oder nicht. Niemand von uns allen hat bestritten, daß an der Hauslandschaft verschiedenes geändert gehört und erneuert gehört. Die Frage ist jetzt, ob wir diese 50 Millionen Schilling nur dem fließenden Wasser widmen, oder ob wir diese einsparen durch Vorgehen auf Grund der bestehenden Gesetzeslage, Bescheid- und Beschlußlage und dafür das sinnvoll für die Verbesserung und Erneuerung einsetzen. In der historischen Landschaft wird jedenfalls der Wehrgrabenwettbewerb abzuwarten sein, daher sind in diesem Katalog überhaupt keine Maßnahmen angezeigt, die ausschließlich diesem Bereich dienen. Das wird dann sicher noch kommen.

Die zweite Zielsetzung, die hier nicht übersehen werden darf, wurde ausführlich verschiedentlich dargestellt. Sie dient generell der Verbesserung der Lebensbedingungen durch Maßnahmen und Schaffung von Einrichtungen, die teilweise andere Stadtteile schon längst haben und nunmehr auch das Stadtgebiet Wehrgraben diese Bedarfsdeckung einmal erfüllt bekommen muß. Das sind die Vorschläge, die im Katalog aufgezeigt sind. Ich frage mich, wieso kommt es – vielleicht denken Sie auch darüber noch einmal nach – wieso sind bei einer öffentlichen Gemeinderatsitzung, wo bekannt war, daß der Tagesordnungspunkt 1) sich mit dem Ideenwettbewerb beschäftigt, nicht die Proponenten, die gerade immer in der Presse, im ORF, in den Mitteilungen an Ortsfremde sehr großzügig mit ihren Aussagen sind, ohne Kenntnis über Einzelheiten zu haben? Warum sind diese Proponenten heute, wo sie etwas hätten hören können, wie die verschiedenen Dinge liegen, nicht hergekommen? Wo sie etwas hören könnten, was beabsichtigt ist mit all diesen Maßnahmen, wie sind sie nicht hier? Dazu sage ich Ihnen eines. Der Oberproponent, Herr Prof. Mader, kommt auch nur bei Schönwetter in den Wehrgraben, seine Bilder zu malen, die zweifelsohne gewisse Qualität erreicht haben. Sie werden im Preis auf Grund der öffentlichen Diskussionen sehr viel stärker steigen als bisher. Auch jene, die in der Presse Aussagen getroffen haben, in Wien und überall, hätten heute hören können, was uns alle mitsammen bewegt. Der generelle Tenor ist der gleiche. Die Erneuerung, die Erhaltung dieses Stadtgebietes, das immer stärker verfällt, wo nichts geschieht, weil dort die privaten Initiativen völlig auslassen und wir nun als Mehrheitsfraktion mit diesem Katalog versuchen, diese privaten Initiativen anzureizen mit unseren Förderungsvorschlägen, damit etwas geschieht. So wie im Ostblock ist es ja nicht,

daß wir mit Zwangsmaßnahmen vorgehen können. Dort wird auch zwangsgeplant und darum ist der Ausdruck Planung für Dich, Kollege Treml, wertvoll.

Abschließend möchte ich noch sagen, es ist eine kommunistische Tradition, gegen noch so kleine Tariferhöhungen aufzutreten, als der große Schützer der Masse, gleichzeitig aber 50 Millionen zu vertreten für das fließende Wasser. Im gleichen Atemzug wird verlangt, daß im Münichholz etwa gleich hohe Beträge für die Enttarnung der WAG-Häuser von der Stadt bereitgestellt werden.

Nun zum Dringlichkeitsantrag der sozialistischen Fraktion, bei dem Sie sich beklagen, daß weder die eine noch die andere Fraktion etwas wußte von der Einbringung. Einen Unterschied gibt es, die SPÖ-Fraktion wurde bei der Versammlung der Proponenten bewußt bei der Einladung ausgeklammert. Wir sind nicht böse darüber, das möchte ich ausdrücklich erklären. Es ist bestimmt eine gewisse Absicht dahinter gestanden, daß man ausgerechnet die Mehrheitsfraktion des Rathauses da nicht dabei haben will. Es ist leicht errechenbar und muß selbst einem Volksschüler klar sein. Der gravierende Unterschied, der heute die Emotionen ziemlich hoch gehen hat lassen, und der sich deutlich herausarbeiten läßt, liegt im Inhalt. Im Wertinhalt dieser beiden Anträge. Sie werden im Anschluß verglichen können, wenn wir den ÖVP-Antrag behandeln werden, daß inhaltlich ganz andere Wertvorstellungen existieren im grünen SPÖ-Antrag als in jenem der ÖVP. Hier sind nämlich keine neuen Vorschläge enthalten, wie was geschehen soll. Hier ist die stereotype Aussage, die von Mader & Co. schon immer getroffen wurde, das Wasser muß rinnen und mit dem Zusatz, der nicht auf die ÖVP zutrifft, das möchte ich ausdrücklich betonen, was es kostet, ist mir egal. Dieser Ausspruch ist mir aus einem ORF-Interview in Erinnerung des Herrn Mader als Proponent dieses Komitees, das sich nunmehr bildet. Eine Sitzung mit solchem Inhalt hat es immer in sich, daß man nicht nur sachliche, sondern auch emotionelle Beiträge hört und sie auch selbst bringt. Es wäre auch ein schlechtes Ding unserer demokratischen Auffassungen, wenn hier vorgegebene Meinungen unwidersprochen bleiben sollten, müßten oder wollten. Das gehört zum Leben in einer Gemeindestube genau so wie im Landtag oder im Parlament. Nur habe ich den Eindruck, daß - ich sage das ohne Wertmessung - unsere Arbeit im Gemeinderat sich bisher als sehr effizient erwiesen hat. Und daß hier Erklärungen öffentlicher Art über Maßnahmen auch in solchen Richtungen sich bis heute immer bestätigt haben. Die Stadt Steyr und damit auch Sie als Gemeinderäte sollten sich doch verwahren gegen Aussagen, wie sie Herr Prof. Peichl gemacht hat, daß man Steyr als Kulturstadt vergessen kann, wenn das Wasser im Kanal nicht mehr fließt. Dagegen verwehre ich mich jetzt genau so wie vorher, denn die Berechtigung dazu besitzt Herr Prof. Peichl nicht, weil ich nicht einmal weiß, ob er den Wehrgraben schon gesehen hat. Steyr ist auch mit und ohne Wehrgrabenkanalgerinne eine Kulturstadt und wie wir wissen eine Kulturstadt in Österreich ersten Ranges.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir nunmehr zur Abstimmung. Wer für den Dringlichkeitsantrag der SPÖ, der ordnungsgemäß zur Behandlung stand, ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Ich frage nun, wer ist dagegen?

Für den Dringlichkeitsantrag der SPÖ: SPÖ-Fraktion (22 Stimmen)

gegen den Dringlichkeitsantrag der SPÖ: ÖVP-Fraktion (9 Stimmen), FPÖ-Fraktion (1 Stimme), KPÖ-Fraktion (1 Stimme).

Der Antrag ist daher mit Mehrheit beschlossen.

Wir kommen nun zur Behandlung des zweiten Dringlichkeitsantrages, und zwar hat diesen die ÖVP eingebracht. Ich betone hier, um bei der Wahrheit zu bleiben und die Objektivität dieses Vorganges zu unterstreichen, so wie er ursprünglich eingebracht war, hätte er zur Abstimmung nicht zugelassen werden können. Es war daher auch in einem innerparteilichen Gespräch möglich, die Textierung so abzuändern, daß dieser Antrag formalrechtlich zur Behandlung kommen kann. Ich frage nun, ob jemand gegen die Dringlichkeitszulassung dieses Antrages ist? Ich würde bitten, daß er von Kollegen Fritsch als Verantwortlicher für die Einbringerfraktion den Text verliest. Er wird jetzt zur Kenntnis gebracht, anschließend findet erst die Diskussion statt.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich weiß zwar, meine Damen und Herren, daß ich wahrscheinlich auf verlorenem Posten kämpfe, aber ich glaube, ich bin es meiner Fraktion aber auch der Stadt Steyr schuldig, trotzdem den Antrag einzubringen. Der Dringlichkeitsantrag als solcher befaßt sich inhaltlich – und zwei bis drei Sätze Motivationsbericht seien mir dazu gestattet – doch damit, daß einmal damit aufgeräumt werden könnte, die derzeitigen Rechtsgrundlagen stehen einer Offenhaltung des Gerinnes entgegen. Dieser Antrag wird im beschlußfähigen Gremium des Gemeinderates, der dazumals im Jahre 1972 einen Beschluß gefaßt hat, eingebracht. Von diesem Gremium, wo er ursprünglich beschlossen wurde, würde er im Bezug auf eine Abänderung des Bescheides dringen. Bevor ich den Antrag verlese, darf ich loyalerweise festhalten, wir haben nicht so viele Beamte, die uns bereitwillig entsprechend juridisch beraten, wie es Ihnen von der Mehrheitsfraktion möglich ist. Wir mußten also auf Grund einer rechtlichen Aufklärung inhaltlich eine Textierung herbeiführen. Loyalerweise ist diese Textierung auch in der Änderung anerkannt worden. Es hätte auch noch einen anderen Weg gegeben, das durchzudrücken. Der Inhalt des Antrages ist Ihnen bereits bekannt, er lautet: Der Gemeinderat möge beschließen:

- 1) Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 17. 2. 1972, betreffend die Auffüllung des Wehrgrabengerinnes, wird aufgehoben.
- 2) der Magistrat der Stadt Steyr wird beauftragt, alle jene rechtlichen Schritte einzuleiten, welche die Kanalisation unter Beibehaltung der Wehrgrabengerinne ermöglichen und
- 3) die Stadt Steyr hat im Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung diesbezüglich die entsprechenden Anträge zu stellen.

Ich bitte Sie, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und von der Sache her positiv zu bescheiden. Ich darf nahcher noch meine Stellungnahme dazu abgeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wir haben den Inhalt des Dringlichkeitsantrages gehört. Es ist nun darüber zu befinden, über die Dringlichkeit selbst. Ich frage, ob seitens der SPÖ das Wort gewünscht wird?

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Die SPÖ-Fraktion gibt die Zustimmung zur Dringlichkeit dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Freiheitliche Partei? Geben Sie die Zustimmung zur Dringlichkeit? Wie ich sehe, ist das der Fall. Herr Gemeinderat Tremel? Ebenfalls dafür. Es ist aus den Äußerungen aller Fraktionen erkennbar, daß dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird. Er geht damit offiziell zur Behandlung als Sachantrag ein. Ich bitte nun zum Antrag selbst das Wort zunehmen, Herr Vizebürgermeister Fritsch darf ich bitten!

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Es ist sehr viel bereits gesagt worden, was mit der Thematik und inhaltmäßigen Problematik dieses Antrages direkte Verbindungen herbeiführen könnte. Schauen Sie, meine Damen und Herren, ein paar Dinge müssen wir, glaube ich, von unserer Fraktion dazu doch noch anführen. Erstens einmal hat vorhin der Herr Bürgermeister erklärt, es ist die Behandlung der Anträge gleich, der beiden Dringlichkeitsanträge, nur vom Inhalt her sind Unterschiede – unser Antrag befaßt sich einzig und allein mit der Offenhaltung. Dazu muß ich dahingehend etwas ausführen, – ich wiederhole mich dabei bewußt, denn ich habe das am Beginn der heutigen Sitzung auch schon gesagt – daß bis jetzt immer sich die Berufung auf die Rechtslage ergeben hat, daß man immer als der rechtlich-loyal Handelnde da ist, man kann gar nicht anders als Verantwortlicher für die Stadt Steyr, als dem Rechtsgeschehen Rechnung zu tragen. Dieses Rechtsgeschehen bezieht sich immer wieder auf den Bescheid der Wasserrechtsbehörde bzw. des Landes. Es ist aber unbestritten und unbenommen, auch auf Grund von entsprechenden Anfragebeantwortun-

gen beim Amt der OÖ. Landesregierung von Seiten des Magistrates, daß auch dieser Bescheid, auf den man sich immer wieder beruft, der die Zuschüttung des Gerinnes beinhaltet, daß auch dieser Bescheid abgeändert werden kann. Ich habe da – die entsprechenden Textstellen dürften hieramts wesentlich besser bekannt sein – auch ein Schreiben hier, wo es heißt, Zuschüttbeschuß. Sicherlich wäre eine Abänderung des Spruchabschnittes des hieramtlichen Bescheides – ich lasse bitte die Ziffern weg – mit welchem der Stadtgemeinde unter anderem die Zuschüttung des Wehrgrabens als letztmalige Vorkehrung aus dem Anlaß des Erlöschens der Wasserrechte am Wehrgraben aufgetragen wurde, möglich. Sicher wäre also die Abänderung möglich, meine Damen und Herren. Es ist also nicht unmöglich, das zu tun. Es ist aber auch damit entsprechend untermauert dokumentiert, daß einzig und alleine die Stadtgemeinde Steyr, der Gemeinderat dieser Stadt, nicht der Reinhaltungsverband, dafür zuständig ist, einen Abänderungsantrag, wenn man ihn so bezeichnen möchte, an die zuständigen Stellen zu richten. Diese Möglichkeit, um aus der Problematik herauszukommen, immer nur nach dem einzig derzeit bestehenden Recht handeln zu müssen, aus diesen Zwangsvorstellungen heraus haben wir den Antrag gestellt. Das war die erste Motivation. Die zweite aber, meine Damen und Herren, ist doch die daß sich seit dem Jahre 1982 die Meinung zur gesamten Problematik grundlegend, nicht nur bei drei oder zwei Personen, geändert hat. Es ist doch tatsächlich so – ich will nicht das wiederholen, was ich vorher sagte – daß es doch einzig und alleine nicht nur um die Erhaltung des Wassers geht, sondern daß es auch darum geht, eine entsprechende historiengetreue Bewahrung dieses Gebietes, sicherlich mit allen Modernisierungseffekten versehen, in die Wege zu leiten. Aus diesen Überlegungen heraus, um uns als Gemeinderat aus diesem Dilemma, immer wieder einem Recht folgen zu müssen, haben wir den Antrag gestellt. Es gibt nämlich auch die Zusicherungen diesbezüglich, das hat ja der Herr Bürgermeister vorhin nicht gesagt, von Seiten des Landeshauptmannes Dr. Ratzenböck, in seinem Schreiben an ihn. Ich zitiere daraus: "Damit in diesem Fall nicht auf Grund allfälliger Mißverständnisse nicht mehr rückgängig zu machende Entscheidungen getroffen werden, möchte ich feststellen, daß der vorerwähnte Bescheid eine Abänderung erfahren kann, wobei dann die Stadt Steyr einen entsprechenden Antrag an die Wasserrechtsbehörde des Amtes der OÖ. Landesregierung stellen müßte. Das beweist eindeutig, daß, wenn die Stadt Steyr und der Gemeinderat den Willen zu einer Abänderung zeigen würde, man auch diesem Abänderungswillen von Seiten der Behörde unter Umständen Rechnung tragen könnte. Schauen Sie – das sage ich vielleicht noch dazu – der Herr Bürgermeister Weiss hat sich erst beschwert, indirekt, daß die SPÖ-Fraktion zur Bildung des Vereines "Rettet den Wehrgraben", zum Proponentenkomitee nicht geladen wurde. Ich bin dort weder verantwortlich noch selber drinnen. Aber eines ist, glaube ich, den Gesetzen der Logik folgend irgendwie verständlich. Wenn sich seit jeher die SP-Fraktion für die Zuschüttung des Gerinnes ausgesprochen hat, und wenn der Vereinszweck die Erhaltung des Gerinnes darstellt, dann möchte ich den kennen, der sagt, ich lade noch jemanden ein, der meinem Vereinszweck und praktisch meinen Vereinsstatuten zuwiderhandelt bzw. entgegenspricht. Das muß man bei loyaler Betrachtung, wenn man willens ist, denen sicherlich zubilligen.

Wenn es geheißen hat, meine Damen und Herren, nur das Wasser muß rinnen und alles andere ist bedeutungslos, dann glaube ich, ist die Argumentation falsch. Denken wir doch daran, wovon das Ganze überhaupt ausgegangen ist, von der unbestritten von allen Fraktionen notwendigen Kanalisation. Darüber sind wir uns doch alle einig. Über das Wie der Kanalstrangverlegung scheiden sich sicherlich die Geister. Es sind – das sage ich auch noch dazu – einzelne Lösungsvorschläge, Kompromißvorschläge auch von uns in Gesprächen auch mit den zuständigen Beamten, mit den zuständigen Fachleuten, in die Wege geleitet worden, nicht nur in Steyr. Dort wurde uns glaubhaft versichert, daß es technisch durchführbar und technisch möglich wäre, den Kanalstrang seitlich des Gerinnes zu verlegen. Auch im Bericht von Dr. Flögl ist darauf Bezug genommen. Und wenn schon nicht in die Kanalsole und darunter, zumindestens aufliegend. Es wäre – das wissen wir alle miteinander – damit eine Reduzierung der Breite des Gerinnes erfolgt. Es wäre unter Umständen dadurch auch eine Reduzierung der Wassermenge erfolgt, aber man hätte zumindestens diesem fließenden Wasser noch die Möglichkeit gegeben, tatsächlich zur Belebung dieses Gebie-

tes dort etwas zu tun. Wenn ich schon. Wenn ich schon beim Wasser bin, dann komme ich auf das OKA-Projekt zurück. Argumentieren Sie doch bitte sachbezogen. Es ist für die OKA undenkbar, ein Projekt zu verfolgen oder zu realisieren, bevor die OKA nicht einmal weiß, was die Stadt Steyr mit dem Wehrgraben überhaupt macht. Erhält sie das Gerinne oder aber läßt sie es versiegen.

Verschiedene Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Jetzt stelle ich aber noch etwas fest. Sie alle kennen nach wie vor die Ausleitungstendenzen des Steyrwassers, die Ausleitung der Steyr in die Enns. Es ist dies ein neues Projekt der Ennskraftwerke. Die Ennskraftwerke benötigen für die Ausleitung entsprechende Wassermengen. Das heißt mit anderen Worten, es würde dann, so dieses EKW-Projekt realisiert würde, keinesfalls mehr die Wasserdotierung ausreichen, um den Steyrer Wehrgraben zu füllen. Ich erwähne nur der Vollständigkeit halber, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Ennskraftwerke Bürgermeister Weiss ist. Zum Antrag selber, meine Damen und Herren, ich weiß, daß ich einen Appell nicht vielleicht ins Leere, aber sicher nicht in das willensfähige Gremium richte auf der einen Seite hier, trotz alledem, wenn es Ihnen möglich ist, bitte ich, dem zuzustimmen, obwohl die Sachzwänge, so realistisch bin ich, natürlich dagegen sich aussprechen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Darf ich fragen, wer noch das Wort wünscht? Herr Kollege Kinzelhofer bitte.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir haben einen Antrag vorliegen, dem wir die Dringlichkeit gegeben haben, um darüber sprechen zu können. Ich möchte feststellen, daß wir vor ca. einer halben Stunde einen Katalog beschlössen haben – leider aber nur die sozialistische Fraktion. In diesem Antrag ist sicher nichts Negatives, denn es hat keine Fraktion festgestellt, daß etwas drinnen wäre, was nicht passen würde.

Verschiedene Zwischenrufe

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Was hat daran nicht gepaßt? Ihr habt Euch dauernd über den Weg beschwert ..

Verschiedene Zwischenrufe

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Du hast uns das Programm fast nochmals vorgelesen. Jedenfalls haben wir festgestellt, daß wir – das ist in den Ausführungen der Redner zum Ausdruck gekommen – daß wir den Wehrgraben sanieren wollen für die Bewohner dieses Stadtteiles. Wir haben gezeigt, daß uns das Gebiet Wehrgraben am Herzen liegt. Es ist eindeutig zum Ausdruck gekommen, daß es an der Zeit ist. Es sind Kritiken laut geworden, daß wir zu lange gewartet haben. Wir wissen alle, daß verschiedene Schwierigkeiten vorhanden waren, jetzt aber mußten wir entscheiden und wir haben entschieden.

Verschiedene Zwischenrufe

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der Hut brennt sicher nicht, das ist nur eine Einbildung. Wenn wir dem Antrag der ÖVP zustimmen, daß das Gerinne bleibt, dann verzögern wir das Ganze nochmals. Wir gefährden die finanziellen Mittel. Außerdem ist bereits einmal gesagt worden, es kostet eben um 50 Millionen Schilling mehr. Es ist auch von Kollegen Tremel gesagt worden, er hat uns vorgerechnet, daß wir das nicht machen können. Ich glaube, wir können es

schon machen und wir werden es gemeinsam machen. Ich hoffe, daß auch Ihr wieder einmal bereit seid, mit zu tun. Dem Antrag der ÖVP können wir aus dem Grund, um das nicht wieder zu verzögern, keine Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Herr Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe in meinen Ausführungen zum ersten Tagesordnungspunkt, noch bevor die ÖVP den Dringlichkeitsantrag eingebracht hat, und auch ohne Absprache mit der ÖVP, schon drinnen gehabt, daß ich für die Kommunistische Partei die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses von 1972 verlangt habe. Auf Grund der Situation, die – wie Kollege Kinzelhofer richtig gesagt hat – eingetreten ist, daß die Mehrheit jetzt Ihre Auffassung durchgerungen hat, erübrigt sich es aber, über den Antrag der ÖVP zu debattieren, weil bereits mit Zweidrittelmehrheit beschlossen ist, daß diese Maßnahmen gesetzt werden und daß die Vorstellung der Sozialistischen Partei hier im Wehrgraben erfüllt wird. Eines noch, auch wenn es heute zweimal gesagt wird, und zwar wurde es schon vom Bürgermeister und von seinem Stellvertreter gesagt, mein lieber Freund, gerade Du bist sonst so sparsam, – Sie haben damit ja recht – aber da möchtest Du 50 Millionen ausgeben. Wie man auf die 50 Millionen Schilling kommt, das weiß ich nicht. Vielleicht kann ich schlecht rechnen, aber ich habe mir die Studie von Flögl näher angeschaut und habe auch den Vergleich gebracht und unser städtisches Bauamt sehr hervorgestrichen. Das soll auch für die Zukunft sein, man muß nicht unbedingt außer Haus gehen. Die Beamten waren imstande, obwohl man ihnen gar nicht so viele Möglichkeiten gegeben hat. Ich habe mir das genau angesehen nach den Akten, wann sie den Auftrag bekommen haben, wann sie berichten mußten. Dort haben sie schon festgestellt, daß es finanzielle Unterschiede gibt. Sie haben errechnet 30 – 40 Millionen Schilling käme es bei Zuschüttung billiger, bei Weiterbestand des Gerinnes würden Gesamtkosten von etwa 60 – 70 Millionen anfallen. Flögl kommt auf eine ähnliche Ziffer, obwohl er weit mehr Zeit zur Verfügung hatte und sicher viel mehr Geld von uns dafür bekommen hat. Er sagt, bei Auflassung des Gerinnes würden die Kosten 35,5 Millionen Schilling ausmachen, bei Erhaltung rund 64 Millionen Schilling. Er spricht da von Gesamtbaukosten. Kollege Schwarz als Spezialist in solchen Fragen, was man anrechnen kann, Rücklagen usw. hat uns das schon vordemonstriert und ich kann mir das daher ersparen. Aber nach meiner Rechnung sind es nicht 50 Millionen an Mehrkosten, sondern nur 28,5 Millionen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen?
Der Herr Bürgermeister hat sich zu Wort gemeldet.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, es ist heute schon sehr viel gesagt worden. Ich glaube, man muß aber auch in Erinnerung rufen, daß sowohl bei einer Besprechung im Präsidium als auch in einer öffentlichen in einer öffentlichen Erklärung in der letzten öffentlichen Gemeinderatsitzung von diesem Pult aus Kollege Fritsch gesagt hat, hier etwas umschrieben, unter vier Augen etwas deutlicher, daß, wenn die Kostendifferenz groß sein sollte, sich eine gemeinsame Gesprächsbasis ergeben könnte zwischen SPÖ und ÖVP. Wir haben diese Differenz, die größer als ursprünglich erwartet ist, damals in der Präsidialsitzung bekanntgegeben. Mit dieser Information konnte Kollege Fritsch in die ÖVP-Fraktion gehen. Wir haben dann am nächsten Tag gehört, daß trotz dieser Erklärung Deinerseits und trotz der Behandlung und Information über die Differenz von 50 Millionen die ÖVP gesagt hat, nein, auch unter diesen Umständen sind wir für das Offenhalten. Von vornherein, ohne sich näher zu informieren hat die ÖVP eine negative Entscheidung getroffen. Hier ist von vornherein

schon ein einseitiger Weg in die Einbahn beschritten worden, von dem man sich nicht mehr lösen konnte. Heute wird eigenartigerweise von allen Parteien Beschwerde geführt, daß hier im Gemeinderat eine Unterlage in Form eines Antrages der SPÖ verbreitet wird. Ich sehe das sogar als unsere Pflicht an, wenn die Möglichkeit besteht, daß man allen Mitgliedern des Gemeinderates und auch der Presse die Gelegenheit einräumt, sich zu informieren beim Mitlesen während des Vortrages, worum es dabei geht. Auf der einen Seite beschwert man sich über mangelnde Information. Jetzt besteht die Möglichkeit des Mitlesens, das ist auch wieder nichts. Eines dürfen Sie uns, der Mehrheit, nicht zum Vorwurf machen – Sie können es machen, es wird aber nicht akzeptiert ...

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Die Vorschläge, die Sie heute am grünen Papier gesehen haben, darin sind Ideen eingebaut, die langfristig gewachsen sind, die auf Grund von Vorschlägen der unmittelbar in diesem Gebiet wohnenden Gemeinderäte entstanden sind und die unmittelbar kommen aus einer Überlegung, die von Ihnen bis heute vollständig vernachlässigt wurde. Wir haben heute sicherlich andere Voraussetzungen wie 1972 beim damaligen Beschluß. Aber sie sind gegenüber damals sogar noch verschärft. In dieser Zeit war das Problem der Umweltsauberkeit, das Problem einer qualifizierten und garantierten Trinkwasserversorgung nicht in diesem Maß wie heute maßgebend. Wir wissen, daß wir noch vor 25 Jahren einen Wasserverbrauch von rund 50 – 60 Liter pro Person in Steyr gehabt haben. Wir müssen heute an manchen Tagen das Brunnenfeld zur Gänze ausschöpfen, um die Trinkwasserversorgung garantieren zu können. Insbesondere in heißen Zeiten oder im Winter, wenn weniger Wasser fließt. Das bedeutet aber, daß wir dem Trinkwasser und der Qualität dieses Trinkwassers jedes Jahr mehr Aufmerksamkeit schenken müssen, damit wir die Versorgung aufrecht erhalten können. Dazu dienen gerade die Forderungen des Bundes und der Länder an die Gemeinden. Das ist der Grund der Förderung, daß man den Verbandsgemeinschaften bessere und schnellere Förderungen als den einzelnen Gemeinden gibt, damit hier Vorsorge getroffen werden kann. Denn verunreinigen tun die Grundwässer in erster Linie jene Chemikalien und Abwässer, die teils aus den Haushalten und teils aus den Gewerbebetrieben in die Fließwässer gelangen. Daher brauchen wir einen Kanal. Senn wir das aber jetzt nicht verwirklichen, und zwar sehr rasch, dann treten diese Gefahren, die wir auf der Enns gehabt haben, in verstärktem Ausmaß auf. Schauen Sie, was alles an Fäkalien offen in den Wehrgrabenkanal fließt. Ich habe mir die Mühe gemacht

Verschiedene Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ja meine Herrschaften, ein paar hundert Millionen-Programm werden sie in zwei bis fünf Jahren nicht erreichen. Wir arbeiten 7 Jahre schon an diesem Kanalnetz, das im Jahr 2000 gesamt Steyr und sechs andere Gemeinden entsorgen wird. Da muß man eben auch solche Entscheidungen mittragen und treffen, weil man sie nicht nur verantworten kann, weil man sogar verpflichtet ist, sie zu verantworten. Das ist der große Unterschied.

Ich darf auch noch auf den Brief des Herrn Landeshauptmannes hinweisen. Es gibt keine Zusicherung, daß etwa dann, wenn der Bescheid abgeändert wird, mehr Mittel zufließen. Ich habe heute schon erklärt, ich bin mit Herrn Landesrat Winetzhammer, den ich außerordentlich schätze, immer im Gespräch. In der Zeitung der ÖVP ist im Frühjahr 1981 gestanden, im Herbst wird laut Aussage von Landesrat Winetzhammer mit dem Bau der Müllverarbeitungsanlage begonnen. Fragen Sie irgend einen der Bauingenieure hier im Raum, ob heute auch nur irgend eine Voraussetzung dazu vorhanden ist, heute ein Jahr später!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Weil man bis jetzt von Seiten der Stadt Steyr auch noch nicht weiß, was man haben will.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir wissen es schon, aber diese Entscheidung gilt für 70 Gemeinden und da ist das Land Oberösterreich zuständig und nicht die Stadt Steyr. Solche Aussagen, Kollege Fritsch, kannst Du nur machen, weil Du hinten und vorne nichts weißt von dieser Geschichte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Mir genügt

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Du bist genau so wie Kollege Mausz, der Name bedeutet auch die Größe.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Deine Äußerungen, Herr Bürgermeister

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es muß einmal klargestellt werden, daß die Möglichkeit, solche Aussprüche zu verwenden, auch mir zustehen muß, nicht nur immer Dir und anderen Mitgliedern des Gemeinderates.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Der übliche Größenwahn!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich gehe Gott sei Dank nicht mehr bei Dir zur Schule. Aber Tatsache ist, daß in jener Zeit, als die private Wehrgrabenkommune die Wasserrechte dort besessen hat, kein Mensch von Seiten der ÖVP oder von anderswo sich jemals aufgeregt hat, daß die dort zuschütten wollen, wie es von der Wasserrechtsbehörde aufgetragen war. Man regt sich erst heute auf, weil es die Gemeinde tun soll und wir wissen sehr wohl warum. Wenn hier Zweifel daran bestehen sollten, ob das Flögl-Gutachten richtig oder falsch ist oder manipuliert, wie es insbesondere unserer Beamenschaft unterlegt wurde, dann muß ich ehrlich sagen, wäre das ein Vorbeischauen daran ..

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Hat niemand etwas gesagt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Die Beamtschaft wurde angezweifelt in der Sitzung am 19. März, und zwar sehr deutlich und die von der Beamtschaft angestellten Kalkulationen und Berechnungen decken sich weitgehend mit dem Flögl-Gutachten. Hut ab vor unseren Beamten, die sich damit befaßt haben

Jetzt noch einmal zur Flögl-Studie. Wenn sich OKA, Bund, Land, EKW, sich dieses Institutes bedienen, dann haben wir alle Ursache, diesem Gutachten zu vertrauen, und dies geschieht in höchstem Maß. Deswegen glaube ich, nochmals sagen zu müssen, es gibt mehrere Aspekte. Es gibt den Aspekt der Erhaltung unserer städtischen Landschaft in dem bewußt angezogenen Gebiet Wehrgrabenniederung, das geschieht mit offenem und mit geschlossenem Gerinne. Es geschieht allerdings mehr für die Bevölkerung, die dort wohnt an Infrastruktur bei geschlossenem Gerinne und es kostet uns nicht so viel, ohne das etwas geschieht, wie bei offenem Gerinne. Es gibt noch einen dritten Aspekt, wenn wir hier rasch handeln, haben wir die Garantie eher, das Grund-

wasser in unseren beiden sauberen Flüssen garantieren zu können, und damit die Versorgung unserer Haushalte mit einem sauberen, qualitativ jederzeit vertretbaren Trinkwasser zu gewährleisten. Mehr dazu zu sagen, möchte ich mir heute erübrigen. Erlauben Sie mir aber bitte eines noch zu sagen. Es scheint so, daß ich als Bürgermeister mit Ihrer Hilfe in Ihrer Zeitung, wo der Herr Gemeinderat Schwarz und der Herr Gemeinderat Seidl im Aufsichtsrat der Steyrer Zeitung sitzen, oft sehr unqualifizierte persönliche Äußerungen gegen mich hinnehmen muß. Diese kommen nicht von der Presse selbst, die werden ihr zugetragen. Sie werden mir daher gestatten, daß ich mir auch hier erlaube, öffentlich Bemerkungen zu machen, die Ihnen persönlich nicht passen.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich danke dem Bürgermeister für seine Wortmeldung und gebe den Vorsitz zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Majestätsbeleidigungen hat man früher geahndet.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Die Verhandlung über diesen Punkt ist abgewickelt. Herr Kollege Seidl hat sich noch zu Wort gemeldet. Darf ich bitten!

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn ich schon mit meinem Kollegen Herbert Schwarz genannt wurde als Maßgeblicher der Steyrer Zeitung, so mag das sicherlich irgendwie stimmen. Allerdings bin ich nicht im Aufsichtsrat, aber das ist nur ein verbaler Unterschied. Nur eines möchte ich schon feststellen, daß wir unseren Redakteuren schon so viel Spielraum lassen, daß sie völlige Freiheit haben und, Herr Bürgermeister, Sie dürfen sich nicht einbilden, wenn ich hingehe und sage, das möchte ich haben, dann ist das so. Ganz im Gegenteil, Sie wissen genau, Herr Bürgermeister, daß die Grundidee der Steyrer Zeitung durchaus nicht auf der politischen Ebene liegt und Sie wissen genau, wie sich der Vorstand zusammensetzt. Sie können mir glauben, daß die Redakteure auf die sogenannten "Zuträgerdienste" wirklich nicht angewiesen sind. Es tut mir leid, daß heute Herr Schipek nicht mehr da ist, aber die sind wirklich nicht darauf angewiesen, daß wir ihnen das zutragen. Sie sind sehr wohl in der Lage, sich die Informationen selbst zu besorgen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Dem kann ich insofern widersprechen, Herr Gemeinderat, als sich einmal ein Beitrag in der Steyrer Zeitung, weitergegeben von Stadtrat Wallner, befunden hat, wo mir dieser selbst bestätigt hat, daß diese Mitteilung von ihm kommt. Das ist nicht Gegenstand der heutigen Behandlungen. Ich wollte nur sagen, daß gleiches Recht für alle gelten muß. Das hat nichts mit Majestätsbeleidigung zu tun, sondern es kann nicht nur der einen Seite immer erlaubt sein, die andere zu beschmutzen. Wenn man sich dann in ähnlicher Weise wehrt ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Lies einmal im Tagblatt nach!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

... dann ist es auf einmal ein Sakrileg. Wortmeldungen sehe ich keine mehr. Wir kommen zur Abstimmung. Es wird heute über diesen Antrag zu behandeln sein. Er ist ordnungsgemäß in Behandlung genommen, versehen mit den nötigen Unterschriften. Ich frage daher, wer stimmt diesem Dringlichkeitsantrag der Österr. Volkspartei zu, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen?

Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Für den Antrag der ÖVP: 9 Stimmen ÖVP, 1 Stimme FPÖ, 1 Stimme KPÖ;
gegen den Antrag: 22 Stimmen SPÖ.

Damit ist dieser Sachantrag abgeschlossen.

Wir sind damit am Ende der Behandlungen. Es ist noch die Aktuelle Stunde ausständig. Wie ich aber weiß, hat keine Fraktion für heute einen Beitrag vorbereitet. Ich nehme das mit Dank zur Kenntnis. Ich schließe die heutige Sitzung mit der Erklärung, daß Entscheidungen getroffen wurden mit einem Betrag von insgesamt 27,333.000 Schilling.

Die Sitzung ist damit geschlossen.

Ende der Sitzung: 21.55 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser e. h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Hermann Leithenmayr e. h.
Otto Tremel e. h.